

„the antigerman show must go on!"
READER zur DEBATTE



Herausgeber: Gruppe.Internationale.Webteam

Wir stehen quer zum Mainstream
Wir werden belächelt
Wir wurden oft rausgeschmissen
Wir geben nicht nach
Wir sind kreativ
Wir attackieren
Wir träumen es, wir machen es
wir probieren, scheitern und schaffen es
Wir werden ständig besser!

Kontakt:

gi@mail.nadir.org

www.nadir.org/nadir/initiativ/gi

V.i.S.d.P.: Fritz Erler, Chodowieckistraße 17; 10405 Berlin

„Das antiimperialistische Weltbild macht keine Fehler, es ist der Fehler“

Thomas Haury

Interview:

„Wenn du Kuh sagst, sag ich Käfer ...“	
Interview mit zwei antideutschen Kommunisten	
von Ralf Fischer	04

Theorie:

Abschaffung des Staates	
von Joachim Bruhn	07
Rechte Leute von links	
von Günther Jacob	15
Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus	
von Thomas Haury	20

Debatte:

Der Kommunismus und Israel	
von der Initiative Sozialistisches Forum Freiburg	29
Islamismus, eine religiöse Ideologie	
von Claudia Dantschke	32
„Solidarität mit Palästina“ – so nicht!	
von der Antisemitismus-AG der Gruppe Subcutan	35
Was verbindet und unterscheidet die Jahre 2002 und 1932?	
von Max Brym	40
Dammbrüche - Linksdeutscher Rückstau	
vom Cafe Morgenland/Fluchschrift	42
...den Rotdorn von der Straße fegen!	
von dem Gruppe Internationale Webteam	47
oder wie Kritik das A3 irre macht!	
von unabhängigen Antifas aus dem Nordosten Berlins	49
Kommentar: Juden, Nazis und Amerikaner	
aus der FTD vom 23.9.2002	52

Geschichte:

Die »Gruppe Internationale Kommunisten« in Holland -	
Persönliche Erinnerungen aus den Jahren 1934 - 1939	
von Cajo Brendel	53

Wir danken allen Personen die sich an der Erstellung und Verbreitung des Reader beteiligt haben.

Spezieller Dank geht an:

Die LayouterCrew; die AktivistInnen des Internetprojektes www.krasse-zeiten.de; Stefan Oksan, Ralf Fischer und Torsten Lange.

Viele Grüße gehen raus an: die Autonome Antifa Nordost Berlin [AANO]; die HUmmeL Antifa; die Gruppe Venceremos aus Berlin; an die AktivistInnen der Internetprojekte www.indymedia.de.vu und www.antisemitismusstreit.tk; Ilka Schröder; Roland Peters und natürlich auch die netten Südschweden!

„Wenn du Kuh sagst, sag ich Käfer ...“

von Ralf Fischer

Interview mit den antideutschen Kommunisten Torsten Lange und Stefan Oksan aus dem Nordosten Berlins

R.F.:

Könnt ihr euch ein wenig den LeserInnen vorstellen? Wie seid ihr zu den sogenannten „Antideutschen“ gekommen? Wurdet ihr infiltriert oder gar von einem bekannten Geheimdienst angeworben, wie häufig innerhalb der linksradikalen Szene kolportiert wird?

T.L.:

Also ich bin Mitte 20, männlich und seit mehreren Jahren in der antifaschistischen Szene im Nordosten Berlins organisiert. Meine Politisierung war die übliche am Anfang der 90er Jahre: linksdeutsch!

So war ich am Anfang meiner Politisierung also „Gefühlslinker“ mit antiimperialistischer Ausrichtung, doch nach dem intensiven Studium einiger Büchern und wenige Jahre später bin ich im antinationalen Spektrum der radikalen Linken gelandet. Die theoretisch fundierte Kritik an der deutschen Volksgemeinschaft, sowie der praktische Kampf gegen die militanten Neonazis wurde über Jahre mein politischer Alltag.

Die Entwicklungen im „AntifaSommer“ und insbesondere nach dem 11. September 2001, sowie der Beginn der zweiten Intifada, waren für meine „antideutsche Politisierung“ entscheidend.

Das dreiste Auftreten der rot-grünen Bundesregierung, mit „antifaschistischen Placebos“ den deutschen Militäreinsatz in Jugoslawien zu rechtfertigen, war für mich schon unfaßbar. Doch die Reaktion und Rezeption des neu aufgeflamten Nahostkonflikts in der Politik und insgesamt in der deutschen „Sozialgemeinschaft“ war eine nicht vorherzusehende Offenbarung der weiterhin lebendigen „inhumanen Realität“ hier in der BRD.

Antisemitismus, Antiamerikanismus und verkürzte Kapitalismuskritik in völlig ähnlichen Phrasen konnte mensch nun lauter denn je von Linksaußen quer durch die Neue Mitte bis hin natürlich zu den extremen Rechten vernehmen. Auf diese deutsche Realität gab es und gibt es für mich nur eine Antwort: Fight the Germans!

S.O.:

Ich bin 20 Jahre alt und ebenfalls, mit Unterbrechungen, seit einiger Zeit politisch aktiv. Besonders wichtig waren und sind für meine Politisierung Debatten in meinem politischen wie privatem Umfeld.

Begünstigt wurde meine Positionierung zugunsten des antideutschen Teils der radikalen Linken sicherlich durch meine kommunistische Politisierung Jahre zuvor. So war ich einige Jahre Mitglied in einer linkskommunistischen Jugendgruppe.

Dazu kam die Reaktion der deutschen Linken auf die militärische Beseitigung des steinzeitlichen und faschistischen Taliban-Regimes. Diese war ausschlaggebend dafür meine Rolle als „Deutscher“ im Allgemeinen und als „deutscher Linker“ im Besonderen zu überdenken.

Wenn „internationale Solidarität“ bedeutet sich mit jedem barbarischen Staat und mit eliminatorischen Antisemiten gemein zu machen nur weil sie sich in Gegnerschaft zur USA und zu Israel befinden dann ist diese Definition vieles, aber nicht fortschrittlich oder gar emanzipatorisch. Hier für den Kommunismus, also für die Befreiung zu kämpfen, heißt für mich Deutschland zu bekämpfen.

R.F.:

Wie nimmt euer politisches Umfeld diese unzweideutigen Einstellungen auf? Habt ihr viele Probleme innerhalb der „linken Szene“ in Berlin?

S.O.:

Mensch sollte sich sehr genau überlegen ob er/sie in einigen Fragen offen ist und „Gesicht zeigt“. Die bisherige „Antisemitismus-Debatte“ polarisiert und provoziert linksdeutsche Gemüter weil sie über Generationen reproduzierte Stereotype und Weltbilder angreift und hoffentlich irgendwann auch auflöst.

Wüste Beschimpfungen, Machtspiele, offene Drohungen und sogenannte Platzverweise sind bisher die widerwärtigsten Auswüchse des „linken Volkszorns“. Es gibt allerdings auch positive Feedbacks so ist nach einem Jahr voll von Auseinandersetzungen eine gewisse Dynamik entstanden das heißt, dass Diskussionen von immer mehr Menschen geführt werden und dass mensch Standards langsam höher ansetzen kann, konkret: „Palitücher“ bei jüngeren, sich politisierenden Menschen in meinem Umfeld nicht mehr Mainstream sind.

T.L.:

„Viel zu oft hab ich mich nur aufgeregt, anstatt ich mich aus dieser Szene heraus bewegt!“ - ist wirklich die passend Umschreibung meiner Gefühle.

Doch es geht nicht. Mensch kann aus „der Linken“ nicht aussteigen, wie aus einem Bus, schon weil der Begriff derart „unterbestimmt“ ist. Antideutsche KommunistInnen treten für die Emanzipation des Individuums von Herrschaft ein, für den kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzustürzen, unter denen der Mensch ein erniedrigtes Wesen ist. Dies ist wohl als „links“ definiert, ob mensch will, oder nicht.

Dass viele Linke irgendeinen völkischen Scheiß betreiben und sich auch noch für fortschrittlich halten, dass sie den Pazifismus als der Weisheit letzten und besten Schluß erachten, ist ein gewaltiges Problem, läßt sich aber nicht durch einen „Austritt aus der Linken“ ändern.

R.F.:

Wo genau erlebt ihr, sagen wir mal, problematische Ereignisse? Welche Gruppen, Lokalitäten sind besonders bekannt oder könnt ihr Vorfälle schildern? Ist diese Konfrontation alltäglich?

S.O.:

Einschlägig ist mir der Jugendclub „Bunte Kuh“ bekannt, hier trifft mensch immer wieder auf die in linksdeutsch-antiimperialistischen Kreisen weit verbreiteten Vorurteile. Eine Sammlung von z. T. derb antisemitische Ausfälle in der „Q“ von A wie „Anarchie heißt alle Staaten inklusive des israelischen abzulehnen“ bis Z wie „Zionismus ist Rassismus“ herzustellen wäre kein Problem. Es war wirklich alles dabei von einem eigens zur Verteidigung antizionistischer Positionen herangekehrten Aktivisten der israeli-



schen Friedensbewegung bis hin zu offenem Nationalbolschewismus. In Jugendclubs sind natürlich die Theoriefeindlichkeit der oft nicht mehr wirklich jungen AktivistInnen und der deshalb wuchernde Vulgäranarchismus die größten Triebfedern des linken Antizionismus.

Es bleibt nur zu hoffen, dass sich eine neue, politische Generation bildet und durchsetzt in der nicht die zwanzig Jahre alten Fehler und antiquierten Weltbilder reproduziert werden. Die Anzeichen hierfür sind nicht mal so schlecht.

T.L.:

Wenn du Kuh sagst, sag ich Käfer! Sonst entsteht hier der Eindruck, das Problem ist nur in einigen heimeligen Nischen zu finden. Ne, in jeder pseudo-linken Lokalität kann mensch antisemitische Stereotype hören und erleben, so auch in dem von mir gerade erwähnten Torpedokäfer.

Das Problem ist nicht die Tatsache, dass mensch mit solchen Situationen konfrontiert wird, sondern der Umgang damit. Die offensive Verteidigung des Existenzrechts Israels, einschließlich seiner Armee, und die fundamentale Kritik an der deutschen Linken werden als nicht annehmbare Dogmen mehr oder wenig ignoriert und abgekanzelt.

Im Klartext bedeutet dies: dass den linksradikalen KritikerInnen in einer schaurigen Neuauflage der Dolchstoßlegende der Part des „linkischen Meuchelmörders“ zugesprochen wird, der die barmherzige deutsche Linke, die gerade tapfer gegen das personalisierte Böse kämpft, von hinten mit dem „theoretischen“ Dolch zu spalten versucht und damit töten will.

Auf dieser Grundlage, dem geistigen Wahn, lässt sich schwer argumentieren. Jegliche Kritik wird automatisch als Propagandainstrument des wild herbei halluzinierten „Feindes“ abgestempelt.

R.F.:

Politisch wird euch immer vorgeworfen das „Antideutsche“ den möglichen Krieg der USA gegen den Irak unterstützen? Und der pauschale Vorwurf des „Rassismus“ spielt ja auch immer in den Diffamierungen gegen euch eine Rolle? Was steckt dahinter?

S.O.:

Ich werde als Deutscher nicht gefragt wie meine Position zu einer möglichen militärischen Lösung des Irak-Konfliktes ist. Als Kommunist befragt würde ich jedoch sagen, dass die Beseitigung des semifaschistischen Baath-Regimes ein (möglicher) klarer Schritt in Richtung Emanzipation also in Richtung Kommunismus ist. Ein bürgerliches, kapitalistisches System im Irak würde dort eher wieder die Klassenfrage auf den Plan rufen und nicht „ein Volk“ hinter seinem kriegerischen Tribun vereinen. Andererseits muß mensch auch sehen, daß einem erst einmal in Gang gekommenen Krieg gegen das Zweistromland auch der deutsche Landser nicht lange fernbleiben würde, da der Pazifismus der Bundesregierung und ihrem Volke genau da aufhört wo konkret, deutsche Kapitalinteressen bedroht sind. Außerdem stellt der Konflikt Israel vor unvorhersehbare Gefährdungen. Es ist also ein zweischneidiges Schwert. Festhalten sollte mensch aber in jedem

Fall, dass deutsch-europäischen Grossmachtambitionen aus linksradikaler Sicht eine klare Absage erteilt werden muß. Auf einen kurzen Nenner gebracht: Deutschland halt's Maul!! Zu den Rassismus Vorwürfen kann ich nur sagen, dass unsere KritikerInnen sich scheinbar nicht wirklich mit unseren Positionen befassen, denn sonst würden sie bemerken, dass wir weder „die Araber“ noch „die Afghanen“ verdammen, sondern lediglich die Ideologie wie die Praxis des politischen Islam kritisieren außerdem ist Religionskritik nach Marx ja die Grundlage aller Kritik.

T.L.:

Ja pauschale und undifferenzierte Vorwürfe sind der alltägliche Schrott mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. In der Beantwortung der vorhergehenden Frage bin ich ja schon im Detail darauf eingegangen.

Zu der Frage der Unterstützung eines möglichen Krieges gegen den Irak, kann ich mich zum Großteil meinem Vorredner anschließen. Und mit der Frage des Rassismus ist es ähnlich gelagert, wie mit den vielen anderen üblen Unterstellungen gegenüber „den“ Antideutschen KommunistInnen. In ihrer Pauschalität sind sie einfach nur an den Haaren herbeigezogen.

R.F.:

Was haltet ihr von dem „deutschen Sonderweg“ in der Frage eines möglichen Krieges gegen den Irak??

T.L.:

Das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit ist nirgends so beliebt wie in Deutschland. "Keine Gewalt!" fordern die Deutschen doch bei jeder Gelegenheit. Die Voraussetzung dafür kann nur der komplette Realitätsverlust sein.

Daß Soldaten dazu da sind, Kriege zu führen, ist für einen Deutschen eine Sensation, für jeden anderen banal. Dahinter steckt, daß sich die Deutschen spätestens seit 1945 (eigentlich schon vorher) für das friedfertigste Volk der Welt halten, und daß ihnen jede Lüge recht ist, um diesen Trug, an den außer ihnen doch niemand glaubt, aufrechtzuerhalten.

Sie lassen sich nicht gerne an ihre Verbrechen erinnern. Sie können keiner Fliege was zuleide tun, und weil sie so harmlos sind, müssen sie empört aufschreien, wenn sie sehen, daß andere Staaten Kriege führen. So etwas tut ein anständiger Staat (natürlich der deutsche) nicht.

Wenn die USA den Irak angreifen, folgen sie nicht ihrer Staatsraison, sondern ihrer sadistischen Bosheit gegen die 3. Welt und ihrem überheblichen Ami-Dünkel. Die Deutschen dagegen beweisen, daß das Wesen des Staates gut ist, indem sie "Politik statt Krieg" (z.B. Fischer und die Friedensbewegung) machen. Dieses deutsche Getue hat mit einem gutmütigen, naiven Humanismus nichts zu tun, sondern ist eine ziemlich boshafte, verschlagene Selbstgerechtigkeit, die sich nur hinter der scheinbaren Naivität verschanzt.

S.O.:

Es muß Schröder und seinen Kumpanen, wie im Übrigen auch jeder anderen deutschen Regierung, schwer fallen in der Frage

14. April 2002 Berlin >



des Krieges gegen den Irak an der Seite der USA zu stehen. Die militärische Unterlegenheit Deutschlands und Europas zwingt zur Zivilisierung der äußeren Beziehungen. Ich denke in Zeiten in denen „der große und der kleine Satan“ also die USA und Israel, im Wortlaut ihrer Feinde, sich im Krieg gegen die „arabische Nation“ und ihre muslimischen Verbündeten befinden. lässt Wirtschaftspolitik, zumindest im nahen und mittleren Osten, sich für die EU momentan eben erfolgversprechender betreiben wenn:

1. Die Region politisch stabil ist (der Irak unter Saddam Hussein ist ein Musterstück an Stabilität) und

2. Deutsch-Europa die Sache des arabischen Lagers im Zweifelsfall auch gegen die USA und Israel unterstützt und verteidigt um so als ökonomische Alternative zu erscheinen.

R.F.:

Zum Schluß noch eine Frage in eigener Sache. Was haltet ihr von dem Vorgänger dieses Readers - „Gegen Antisemitismus und Antizionismus“? Habt ihr ihn für die Debatte in euren Zusammenhängen nutzen können?

T.L.:

Na ich glaube nur bedingt. Die positive Bezugnahme auf den Staat Israel, die sogenannten Antideutschen und dann noch auf den Kommunismus waren anscheinend wohl kalkuliert und haben

mir ausgesprochen gefallen. Doch somit war von vornherein voraussehbar, dass eine größere Verbreitung kaum möglich wird. Nur in interessierten Kreisen konnte der Reader verteilt werden, und dies wiederum nur mit mäßigem Erfolg. Die weitergehende Perspektive ist und bleibt offen. Die Fragen die wir für notwendig halten, sind gestellt worden, auch sind schon einige beantwortet. Doch die Emanzipation der deutschen Linken von ihren theoretischen Wahnprojektionen und deren praktischem Produkt steht noch lange nicht vor der Tür.

S.O.:

Inhaltlich hat mir der Vorgänger bis auf wenige Ausnahmen sehr zugesagt. Ich denke nur, dass der Versuch mit einem Reader in eine aktuelle Debatte einzugreifen an einer dumpfbackig-theoriefeindlichen Linken im Nordosten Berlins gescheitert ist. Ich halte die Reader dennoch für sinnvoll da sie einem durchaus vorhandenen interessierten Publikum eine Einführung in unterschiedliche behandelte Themen erleichtert.



ABSCHAFFUNG DES STAATES

von Joachim Bruhn

Thesen zum Verhältnis von anarchistischer und marxistischer Staatskritik

1

Marx beweist nichts gegen Bakunin, Kropotkin widerlegt nicht Lenin, Engels ist kein Argument gegen Proudhon, und der spanische Anarchismus der Jahre 1936/37 ist nicht die Alternative zur Russischen Revolution von 1917.

2

Für eine Staatskritik in revolutionären Absicht sind die anarchistischen wie marxistischen Theorien über den Staat gleichermaßen unerheblich und belanglos, d.h. nur Gegenstände von historischem Interesse. Das Bestreben, Marx gegen Bakunin auszuspielen, beweist nur, daß der Kritiker noch unter dem Niveau der Verhältnisse agiert, die er doch überwinden möchte. Das Beharren auf Bakunin als Alternative zum "autoritären Sozialismus" ist ein Kapitel revolutionären Romantik.

3

Die Linke denkt klassisch die Gesellschaft in der Perspektive von ökonomischer Krise und Zusammenbruch. Sie denkt die Ökonomie als das zentrale Verhältnis der Ausbeutung, das den Staat strukturiert und aus dem er sich "ableitet". Der Staat ist ein leerer, wesentlicher Effekt der Produktion. Als wesentlicher Staat gilt er - wäre er nur demokratischer Staat, also dem "Einfluß" der herrschenden Klassen entzogen - als das neutrale Instrument krisenfreier Planung und Verwaltung der Produktion. Die "linke Utopie" träumt den Staat als den Ort bewußter Selbstorganisation der Gesellschaft, als Verwaltung ohne Herrschaft.

4

Ebenso klassisch betrachtet die Rechte die Gesellschaft in der Perspektive von politischer Krise und Staatsstreich. Sie denkt die Ökonomie als das an sich selbst neutrale Mittel der "Bedarfsdeckung", die, wäre sie nur entformalisiert und entpolitisiert, den Staat auf das reine Mittel der Garantie gewaltfreier Tauschakte auf dem Markt reduzieren würde. Die Ökonomie, wäre sie wahrhaft nach ihrem Wesen, der freien Konkurrenz, organisiert, würde sich vom Staat als dem Ort des juristischen Privilegs emanzipieren. Die "rechte Utopie" träumt die Gesellschaft ohne Staat.

5

Die Linke und die Rechte sind das Spiegelspiel der Politik. Es ist die objektive Paradoxie der bürgerlichen Gesellschaft, daß die linke Vorstellung vom politischen Prozeß - Addition der staatsbürgerlichen Einzelwillen zum Inhalt der Souveränität im Akt demokratischer Wahl - exakt negativ und daher genau komplementär zur rechten Vorstellung vom ökonomischen Prozeß sich verhält: Addition der individuellen Nachfrage auf dem Markt zum Bestimmungsgrund der Produktion.

6

Das Spiegelspiel der Politik ist der Prozeß der Verschmelzung von Legalität und Legitimität zur Souveränität. Der Bourgeois tritt an gegen den Citoyen, und der Citoyen strebt danach, den egoistischen Bürger der Konkurrenz in sich aufzuheben und zu vernichten. In diesem Verhältnis erzeugt jeder beständig sein Gegenteil. Dieses Verhältnis selbst ist die Reproduktion der Souveränität.

7

Ökonomie und Politik, Gesellschaft und Staat, Ausbeutung und Autorität sind die extremen Abstrakta dieses Spiegelspiels, der Versuch, das eine aus dem anderen "abzuleiten" und auf den 'Ursprung' zu reduzieren. Staatskritik in revolutionären Absicht hätte zuallererst die Bedingung der Möglichkeit dessen zu denken, über den gleichen Gegenstand - den Staat, das Geld - das eine und das andere und im nächsten Moment das eine gegen das andere auszusagen. Wie kann etwas gedacht werden, das

sich der logischen Regel des "ausgeschlossenen Dritten" nicht fügt?

8

Die historischen Gestalten anarchistischer und marxistischer Staatstheorie haben das bürgerliche Spiegelspiel der Politik in den Reihen der Opposition nur wiederholt und damit die Hegemonie der objektiven bürgerlichen Denkformen noch über ihre entschiedene Opposition bewiesen.

9

Der Anarchismus ist seiner historischen Gestalt nach der ins Äußerste getriebene Liberalismus, der Versuch, den Bourgeois vom Citoyen zu befreien. Er ist der radikale Liberalismus der Bürger, Kleinbauern und Handwerker, die ihre Produktion ohne Lohnarbeit organisieren und den Staat nur als Kommando, Befehl und allgemeine Steuererhebung ohne Nutzen erfahren. Die "Gesellschaft ohne Staat" (Ernst Mühsam) ist der ins Politische gewendete Traum des nicht-kapitalistischen Privateigentums, der Logik des Privateigentums zu entkommen, ohne das Kapital aufzuheben.

Nachbemerkung:

Der Staat erscheint gegenüber der Gesellschaft als das reine Kommando und die bloß anordnende, ökonomisch sterile Autorität in Gesellschaften ohne kapitalistische Vergesellschaftung und ohne allgemeines Wahlrecht. Es ist kein Zufall, daß der konsequente Anarchismus eines Bakunin oder Kropotkin im zaristischen Rußland entstand. Hier bestand keine Balance einer gesellschaftlich erzeugten Hegemonie, eines Konsenses von unten, mit den Imperativen der Staatsgewalt. Daß die Gesellschaftsmitglieder den Staat wollen müssen, war einer Gesellschaft, deren Mitglieder nicht Bürger waren, sondern Objekte der Feudalgewalt, undenkbar - daraus zieht die anarchistische Utopie die Konsequenz.

Kropotkin setzte folgerichtig der absolutistischen Willkür die Utopie der freien Vereinbarung entgegen. Er wies nach, daß die Regierung nur die gesellschaftliche Spontaneität einengt und hemmt. Das Kommando ist der Tod der Initiative. In der "Eroberung des Brotes" schreibt er: "Die Menschheit sucht sich von jeder Art Herrschaft zu befreien und ihre Organisationsbedürfnisse durch freie Vereinbarung zwischen den Individuen und Gruppen mit gleichen Zielen zu befriedigen. Unabhängigkeit der kleinsten territorialen Einheit wird ein dringendes Bedürfnis; gemeinsame Übereinkunft ersetzt das Gesetz und regelt, über die Grenzen hinweg, die partikularen Interessen in Hinsicht auf ein gemeinsames Ziel. Alles, was früher als Funktion der Regierung angesehen wurde, ist heute in Frage gestellt: man arrangiert sich leichter und besser ohne deren Intervention. (...) Wir gelangen zu dem Schluß, daß die Menschheit dahin tendiert, die Tätigkeit der Regierungen auf Null zu reduzieren, d.h. den Staat, diese Personifikation der Ungerechtigkeit, der Unterdrückung und des Monopols, abzuschaffen." Er setzt dagegen die "aus freier Vereinbarung und privater Initiative hervorgegangene, völlig spontane Bewegung".⁽¹⁾

Aber hinter dem Ideal der Mündigkeit ist unschwer die bürgerliche Autonomie, seinen Willen nur im gleichen Maße abzutreten, als ein Vertrag angemessenen Nutzen garantiert, zu erkennen. Kropotkins Beispiele der spontanen Initiative sind ebenso rührend wie lächerlich: Beispiele freier Vereinbarung sind der Weltpostverein, die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft, die Eisenbahnen, schließlich gar das ökonomische Kartellwesen! Eben jene vertragsförmigen Organisationen, in denen die bürgerliche Gesellschaft sich selbst organisiert, in denen sie ihren Willen

bekundet, vom Staat beherrscht zu werden, sind Kropotkin die menschliche, anthropologische Utopie.

Überhaupt vermag es der historische Anarchismus nicht, ohne positive Anthropologie auszukommen. Der Mensch ist seiner Natur nach das freie, denkende, aufrührerische Wesen. Bakunin in Bezug auf die "freie Vereinbarung" weniger naiv als Kropotkin, vermag daher die Revolution nur in der Moral zu begründen, in der existentiellen Lage des Revolte. Freiheit entsteht aus Entscheidung, aus dem acte gratuit der Verweigerung, die nach ihrem Nutzen nicht fragt und durch die Tat für ihren Willen Zeugnis ablegt⁽²⁾. Aber auch diese existenzialistische Begründung der Abschaffung des Staates vermag einen logischen Zusammenhang von Gesellschaft und Staat nicht zu denken. Staat erscheint gänzlich als das, was er auch ist; das Spiegelspiel geht weiter: "Es ist offenbar, daß alle sog. allgemeinen Interessen der Gesellschaft, die der Staat angeblich vertritt, eine Abstraktion, eine Fiktion bilden und der Staat gleichsam eine große Schlächterei und ein ungeheurer Friedhof ist", schreibt Bakunin 1871 in dem Aufsatz "Die Kommune von Paris und der Staatsbegriff". Und weiter: Das gesellschaftliche Elend gründet "im Prinzip und in der Tatsache einer jeden Regierung". Der Anarchismus organisiert eine "antipolitische Macht" zur radikalen "Verneinung des Staates", zur Abschaffung "jener ganz formellen, vom Staat aufgezungenen, zugemessenen und reglementierten Freiheit".⁽³⁾ Ein Zusammenhang, aus dem die Mitglieder einer Gesellschaft im vernünftigen Verfolg ihrer ökonomischen Interessen die staatliche Autorität als die Ergänzung und Bedingung ihres Interesses wollen müssen, ist dem Anarchismus bis heute undenkbar geblieben. Auch neuere Versuche, Anarchismus als Praxis zur Abschaffung des Staates zu denken, verbleiben im traditionellen Schema. Ein Zeugnis dafür ist das "Jahrbuch für gewaltfreie und libertäre Aktion, Politik und Kultur. Wege des Ungehorsams".

Die etwa von S.Münster in seinem Aufsatz "Exterminismus und Revolution" versuchte Wiederbeatmung eines "bakunistischen Begriffs von Freiheit" klingt nicht zufällig nach dem bürgerlichen Ahnherren des Vertragsbegriffes, Immanuel Kant.⁽⁴⁾ Münster schreibt, der bakunistische Freiheitsbegriff bestünde in der "Forderung des Sittengesetzes, so zu handeln, daß der Handelnde in seine Handlung auch dann einwilligen könnte, wenn er die Interessen derer abwägt, die von seiner Handlung betroffen sind."⁽⁵⁾ Letztlich bleibt nur die unbegründete Hoffnung, die Verhältnisse des 19. Jahrhunderts wiederkehren zu sehen: In den neuen sozialen Bewegungen deute sich an, daß "der gemeinsame Bezugspunkt zwischen Staat und Bürger brüchig wird. Auf einem neuen historischen Niveau wiederholt sich so etwas, was dem historischen Anarchismus die Kraft gegeben hat: Der Staat war äußerlich, Zwang, er hatte in der bäuerlichen, handwerklichen Produktion keine Funktion, er kam von außen und nahm mit Gewalt Rekruten und Steuern, er schützte die, die einen Eigentumstitel hatten, während die Arbeit ohne sie gemacht wurde."⁽⁶⁾

Nicht zufällig schreibt Münster diesen neuen sozialen Bewegungen zu, was nach Ansicht der RAF Ergebnis des Terrors ist. Über die Schleyer-Entführung 1977 heißt es in deren Erklärung "Guerrilla, antiimperialistische Front und Widerstand" (1983), der Staat sei gezwungen worden, "zum reinen starken Staat zu werden, jede auch nur kritische Geste niederzuwalzen und sich als unentrennbarer Apparat der Gesellschaft bis in die feinsten Verästelungen gegenüberzustellen"⁽⁷⁾.

Auch wenn man nicht, wie das bürgerliche Vorurteil, Anarchismus und Terror für zwei Seiten der gleichen Medaille hält, so ist doch die Übereinstimmung frappant: Als das Subjekt von Opposition und Revolution kann nur, wie schon bei Kropotkin und Bakunin, "die Gesellschaft", "das Volk", oder gar, in äußerster Konkretion, "die Menschen" benannt werden.

Der dem Anarchismus konstitutive Ausfall einer Klassenanalyse der bürgerlichen Gesellschaft rächt sich. Es wird systematisch unmöglich, den Begriff des Staates zu entwickeln. Dies zeigt instruktiv der Aufsatz von Bernd Urich/Stefan Saathoff über "Zivilen Ungehorsam - ein deutsches Trauma" im gleichen Band der "Wege des Ungehorsams". Auf dem Wege immanenter Kritik der bürgerlichen Demokratietheorie versuchen sie, "einen Standpunkt außerhalb der Theorie bürgerlicher Demokratie"⁽⁸⁾ aufzufinden. Sie zeigen auf, daß es letztlich keinen demokratietheoretisch begründbaren Widerstand gegen die im formellen Sinne legal ausgeübte Staatsgewalt geben kann. Aber gleichwohl muß sich der notwendige Widerstand auf ein allgemein als vernünftig anerkanntes Prinzip berufen können, soll nicht reine Willkür das Resultat der Kritik sein. Als Geltungsbedingung der Mehrheitsregel formell legaler Entscheidung bezeichnen sie die "Reversibilität":

Soll das Prinzip der Volkssouveränität gelten, dann ist das Handeln einer legal gewählten Regierung auf jene Entscheidungen beschränkt, die von der nächsten Regierung rückgängig gemacht werden können. Daher sind Entscheidungen über Kernenergie und Atomkrieg undemokratische Entscheidungen, gegen die es das Widerstandsrecht gibt.

Sie schreiben: "Die Vernichtung eines Volkes ist der Extremfall der Vernichtung seiner Rechte" und glauben, so ein materielles Kriterium der Demokratie gegen die Formaldemokratie ins Feld geführt zu haben. "Überlebensprobleme sind in der Demokratietheorie nicht vorgesehen"⁽¹⁰⁾ - aber merkwürdig ist, daß sie, was genauso gut ginge, diesen Fall nicht an einem Individuum, sondern am "Volk" durchexerzieren. Auch für den "Staatsbürger in Uniform" gilt, daß die gegen seinen individuellen Willen gefällte Entscheidung für den konventionellen Krieg - der nach Saathoff/Ulrich die Mehrheitsregel nicht außer Kraft setzt - für ihn irreversible Folgen haben kann:

Ist er tot, kann er bei der nächsten Wahl den Krieg nicht beenden. Oder anders: Dem Staat die Entscheidung über Krieg und Frieden zu bestreiten, wäre auch über die Frage möglich gewesen, warum dieser Staat das Recht haben soll, über jene Menschen auf seinem Territorium irreversible Entscheidungen zu verhängen, die noch nicht einmal staatsbürgerliche Qualität haben, also kein Wahlrecht besitzen: Ausländer, Minderjährige etc.

Ulrich/Saathoff behandeln die Demokratie nicht als Staatsform. Daher ist ihr Widerstandskriterium genauso willkürlich wie irgendein anderes. Nach allen, unbestreitbar angemessenen, Einwänden gegen die Rechtsstaatstheorie von Habermas et al. verfallen sie doch wieder in den liberalen Glauben, nicht die Demokratie selber könne am Krieg schuld sein, sondern nur ein "demokratisches Defizit", ein "Zuwenig an Demokratie"⁽¹¹⁾. Dies aber ist die alte Lösung Kants, der den Krieg einzig aus der willkürlichen Dezision absoluter Souveränität erklären konnte: Ein Publikum



freier und gleicher Staatsbürger, versammelt im Parlament als einzigem Ort legitimer und legaler Dezipion, könne seiner Konstitution nach den Krieg nicht beschließen⁽¹²⁾.

Der Widerstand gegen den Staat ist daher letztlich Widerstand für den Staat: Handeln für die völlige Subsumtion der Exekutive unter das Parlament, Opposition gegen den Krieg als eines Ergebnisses illegalen Einflusses privilegierter Gruppen (Rüstungsindustrie) auf die Politik. Der "Geist der Freiheit" kämpft gegen "das äußere Hindernis einer sich selbst mißverstehenden Regierung"⁽¹³⁾.

Das Modell "Gesellschaft gegen Staat" kann den Staat nur als grundlose Autorität denken. Konsequenter mündet der moderne Anarchismus in revolutionärem Liberalismus, wie S. Jansson seinen Artikel im "Jahrbuch" resümiert⁽¹⁴⁾. Aus der bloßen Tatsache: "Die Verfassung kann ihre Funktion als Legitimationsquelle bürgerlicher Staatlichkeit nur behalten, wenn darin die Interessen der Gesellschaft miteingegriffen sind"⁽¹⁵⁾, aus der Tatsache, daß es eben jenen notwendigen Zusammenhang von bürgerlicher Gesellschaft, Staat und Recht doch gibt, den der historische Anarchismus stets geleugnet hat - daraus wird gefolgert, dieses Interesse sei im Gegensatz zum Staat als der unkontrollierten Gewalt schon das emanzipative, vernünftige und allgemeine Interesse.

Als revolutionären Liberalismus mündet der moderne Anarchismus darin, sich gegen das System auf die Seite der Lebenswelt zu schlagen - ganz im Sinne der Kommunikationstheorie des Jürgen Habermas⁽¹⁶⁾ der "Kolonisierung der Lebenswelt"⁽¹⁷⁾ widerstreitet, als anarchistisch zu interpretieren. Über eine andere Praxis als jene, als einzige politische Strömung die Phrasen der Neuen Sozialen Bewegungen auch wirklich ernst zu nehmen, etwa "Leben gegen Gewalt" zu setzen, kann nicht mehr verfügt werden. Das einleitende, grundlegend gemeinte Vorwort der "Wege des Ungehorsams" bringt dies u.a. auf die Formel: "Betroffenheit gegen 'Allgemeininteressen' = Staat"⁽¹⁸⁾. Wie aber soll in einer Gesellschaft, für die der Selbstwiderspruch von Gesellschaft und Staat, von Bourgeois und Citoyen konstitutiv ist, die die Souveränität als ein dynamisches Verhältnis organisiert, zwischen alltäglichem Widerstand etwa des Beamtenbundes gegen Stellenkürzung und revolutionären Praxis noch unterschieden werden?

In der theoretischen Unmöglichkeit, diese Frage im Horizont des Anarchismus begründbar zu entscheiden, spiegelt sich insbesondere die Verschmelzung des klassischen Anarchismus eines Bakunin mit dem zivilen Ungehorsam nach Gandhi und H. D. Thoreau. Anarchismus wird zur Frage der Moral, die es verbietet, das Ziel-Mittel-Verhältnis pragmatisch zu denken: Der Kampf gegen die Gewalt, der aufgrund der objektiven Struktur der Souveränität immer die Militarisierung der Opposition erzwingt, kann nur als "gewaltfreier" organisiert werden, soll nicht das Ziel diskreditiert werden. Das "Jahrbuch" drängt das Problem konsequent in die Fußnote: "Die Haltungen, die wir brauchen, um nicht

unterzugehen und um die herrschenden Strukturen wirksam zu bekämpfen, und die Haltungen, die einer freien Gesellschaft entsprechen, sind grundlegend verschieden. Wir können aus diesem Dilemma nicht entkommen"⁽¹⁹⁾.

Zwei Seelen wohnen, ach!, in meiner Brust. Das "Jahrbuch" mündet im Staatstheoretischen dort, wo es anzufangen hätte: Bei der Frage, wie sich dies "Dilemma" zwischen Moral und Politik, zwischen Recht und Gewalt, zwischen dem, was einer lieber lassen sollte, und dem, was derselbe zu tun gezwungen ist, überhaupt konstituiert. Der Anarchismus verbleibt innerhalb dieses Dilemmas, indem er eine Staatstheorie überhaupt versucht.

10

Als radikaler Liberalismus will der Anarchismus die bürgerliche Gesellschaft ohne die kapitalistische Vergesellschaftung, von der er daher auch keinen Begriff entwickelt. Die "Gesellschaft ohne Staat" ist der Traum, bürgerliche Hegemonie ohne Zwang, Konsens des Marktes ohne Despotie der Fabrik herzustellen. Der immanente Zusammenhang von Demokratie und Despotie, die Notwendigkeit der Despotie für das Funktionieren der Demokratie bleibt Geheimnis. Der Anarchismus will die politische Form der bürgerlichen Gesellschaft ohne ihren sozialen Inhalt.

11

Gleichwohl: Als prinzipieller Einspruch gegen Befehl, Gehorsam, Disziplin und Autorität sowie im prinzipiellen Beharren darauf, die bürgerliche Gesellschaft als letztlich nach dem Muster der Kaserne zu kritisieren, ist der Anarchismus die halbe Staatskritik. Indem er aber den Staat aus diesem Prinzip der Autorität und Willkür ableitet, wird er zur Staatstheorie, wird die Revolution durch das Spiegelspiel der bürgerlichen Gesellschaft paralytisiert. Marxismus wäre die andere Hälfte dieser Staatskritik, indem er die Autorität auf ihre soziale Konstitution hin untersucht und diese in einer prinzipiellen Analyse des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft fundiert. Indem er jedoch den Staat aus dem Kapital ableitet, wird auch Marxismus zur Theorie und stiftet die Denkbarekeit eines vernünftigen Gebrauchs der Staatsgewalt. Wer den Staat ableitet, der hat ihn als einen theoretisierbaren - und d.h., an sich selbst vernünftigen - Gegenstand schon legitimiert.

Nachbemerkung:

Das Halbe wird zum Ganzen nicht durch Addition. Darin liegt der Irrtum aller Versuche, etwa Ernst Blochs, dem um stalinistische Staatsexese verkürzten Marxismus den spanischen Anarchismus aufzupropfen oder gar, wie bei Wolfgang Harich, einen "Kommunismus im Geiste der Kaufhausbrandstiftung"⁽²⁰⁾ zu fordern. Bloch hält, trotz der Frage, ob sich der Marxismus im Stalinismus "zur Kenntlichkeit oder zur Unkenntlichkeit"⁽²¹⁾ verändert habe, daran fest, diese Frage nur "treuen Marxisten" vorzulegen. Ebenso bleibt Bakunins Versuch, die Kritik der Autorität um die des Kapitals zu ergänzen, ganz äußerlich und nur verbal⁽²²⁾. Letztlich gelangen alle Versuche der Addition nicht über das Lippenbekenntnis hinaus, Anarchismus und Marxismus hätten die letzt-



< 13. April 2002 Berlin >



lich gleichen Ziele und nur verschiedene Mittel - das aber war schon der Standpunkt Stalins⁽²³⁾.

12

Der Marxismus ist seiner historischen Gestalt nach zum Ausdruck der Verewigung des Kapitals mit proletarischen Mitteln geworden. So ist er wenig mehr als die Ideologie der gewerkschaftlich organisierten Facharbeiterklasse, die dem Privatkapital die Reproduktionsinteressen des Humankapitals aufzwingen will, um es darüber zum Staatskapital zu transformieren. Als Ideologie der Arbeit ist er die Ideologie des variablen Kapitals, des Werts in lebendiger Form. Als Politik ist Marxismus der Aufstand gegen das "mühevolle Einkommen", die Rebellion gegen den für die Produktion unnützen Kapitalisten, der nur den Eigentumstitel und damit das Recht auf den Zins besitzt. Letztlich ist dem Marxismus das Kapital für die Produktion so äußerlich wie dem Anarchismus der Staat für die Gesellschaft. Der Gebrauchswert der Produktion scheint diesem Marxismus durch die allumfassende Logik der Arbeit letztlich ebenso garantiert, wie dem Anarchismus das gesellschaftliche Bedürfnis nach Freiheit trotz aller Staatsüberformung im Letzten eindeutig. Was für den Anarchismus das Volk oder die Gesellschaft - Fetisch vernünftiger Allgemeinheit -, ist dem Marxismus die Arbeit. Der sog. "Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital" reproduziert das Kapital in anderer Potenz.

13

Als Politik des Staates gilt dem Marxismus daher die Verallgemeinerung der Arbeit als der Prozeß der Aufhebung von Herrschaft. Wenn sich das Kapital im Verfolg seiner eigenen (Arbeits-)Logik auf reines Recht reduziert, auf das Privateigentum als die äußerliche Garantie der Abschöpfung des Mehrprodukts und dessen geregelte Verteilung an die Klasse der Eigentümer, dann ist Revolution als Federstrich der Aufhebung dieses Rechts zugleich die Abschaffung des Staates als Klassenstaat, seine Überführung ins neutrale Instrument der Verteilung von Gebrauchswerten. Das gegen das Kapital gesetzte "Recht auf Arbeit" schlägt um in allgemeinen Arbeitszwang. Der "soziale Arbeiterstaat" (Karl Kautsky) ist der Arbeitsstaat, der ideelle Gesamtlohnarbeiter, wie er unmittelbar mit dem "ideellen Gesamtkapitalisten" identisch geworden ist, d.h. "Staat des ganzen Volkes" (Programm der KPdSU, 1961) oder zu werden strebt, d.h. "Sozialstaat". Indem der Marxismus von der Krise her die Gesellschaft denkt, erhebt er den Staat als das Muster von Planung, Organisation und Bewußtsein zum Instrument der Revolution.

Nachbemerkung:

Im Verhältnis zur sozialen wie zur historischen Funktion, die der Marxismus ausgeübt hat, ist der Versuch, seinen "authentischen Gehalt" zu "rekonstruieren" (das Hobby der akademischen Revolte von '68) oder den "späten" Marx des "Kapital" gegen den Marx der Frühschriften einzutauschen (das Hobby progressiver Pfaffen und linker Sozialdemokraten) ein intellektuelles Spaßvergnügen. Der Marxismus hat den Staat stets im Rahmen einer positiven, ins Politische nur verdoppelten Metaphysik der Arbeit gedacht - vom frühesten Marx bis zum spätesten Engels. Sit

venia verbo: Marx war schon immer ein mindest 90%iger Kautskyaner und, daher, Leninist.

"Arbeit als der Selbsterzeugungsprozeß des Menschen"⁽²⁴⁾ setzt jenes Verhältnis von Wesen und Erscheinung, von Grund und Begründetem, das, indem es Ableitungsverhältnisse stiftet, proletarische Vernunft als emanzipatorische letztlich garantieren soll. Das "Prinzip Arbeit" ist ein Idealismus von der Statur des Hegelschen Weltgeistes. Schon in der Marxschen "Kritik des Hegelschen Staatsrechtes" ist vorgeprägt, was sich später zur "Diktatur des Proletariates" auswachsen sollte: "Der Staat ist der Mittler zwischen dem Menschen und der Freiheit des Menschen" ⁽²⁵⁾. Indem sich der Bourgeois verdoppelt, sich in den egoistischen und den allgemeinen Menschen, den Citoyen, auseinanderlegt, provoziert er den Rückschlag des Allgemeinen ins Besondere und schafft, "indem sich der konkrete Mensch den abstrakten Staatsbürger aneignet"⁽²⁶⁾, auch die objektiven Bedingungen der Revolution. Die marxistische Staatstheorie ist die Theoretisierung dieser Verdoppelung. Das Privateigentum als juristischer Ausschluß der Produzenten von der Aneignung ihres Produktes ist nur der ökonomische Aspekt des Zensuswahlrechtes als des Ausschlusses der Nicht-Besitzenden von der demokratischen Abstimmung über die Inhalte der Souveränität. Fällt das Zensuswahlrecht, dann kann von Staats wegen das Privateigentum zur Disposition gestellt werden. In diesem Sinne heißt es etwa in den Frankreichschriften: "Der umfassende Widerspruch dieser Konstitution besteht darin: Die Klasse, deren gesellschaftliche Sklaverei sie verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzt sie durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht"⁽²⁷⁾.

Die Theorie der Republik ist die ins Politische gewendete Theorie der Aktiengesellschaft - die Anonymisierung der Verfügung durch Wegfall des Zensus wie der Personalunion von Eigentum und Direktion ist schon der Wegfall der Herrschaft "Das namenlose Reich der Republik" ⁽²⁸⁾ ist als anonymes auch das herrschaftslose, zumindest virtuell, d.h. solange, bis die politischen Bestimmungen der Freiheit ins Ökonomische hinab ausgedehnt sind, der Staatsbürger auch zum "Wirtschaftsbürger" geworden ist. Der Staat, in der berühmten Formel von Engels als "ideeller Gesamtkapitalist" gedacht, geht restlos auf in der rationalen Garantie der Eigentumstitel, ist bloßer Exponent der Garantie der Abschöpfung des Mehrproduktes - ohne das geringste Eigenleben. Es ist diese positive, aus der Arbeitsdialektik von Subjekt und Objekt, von Wesen und Erscheinung, von Entäußerung und Aneignung gefolgte Philosophie, die den Marxismus als "wissenschaftlichen Sozialismus" auszeichnet. Als positive Philosophie des Wesens ist er eine rationalisierte Form schlechter Metaphysik. Denn "Arbeitsmetaphysik und Aneignung fremder Arbeit sind komplementär"⁽²⁹⁾.

Marxistische Staatstheorie als die Arbeitsmetaphysik auf politischem Terrain begreift Empirie als Erscheinung, den Protest der Erscheinung gegen das Wesen als Irrationalismus. Sie leistet damit der repressiven Aneignung des Besonderen durch das Allgemeine Vorschub. Nicolai Bucharin: "(Es bedeutet) z.B. die allgemeine Arbeitspflicht im System des Staatskapitalismus eine



**NO COMMIES
NO NAZIS**



**linksdeutsche Propaganda -
gefunden auf einer
anarchistischen Website**

Knechtung der Arbeitermassen, dagegen im System der proletarischen Diktatur ist sie nichts anderes als die Selbstorganisation der Arbeit durch die Massen; alle Formen des staatlichen Zwangs stellen bei der staatskapitalistischen Struktur eine Pression dar, die den Ausbeutungsprozeß sichert, ausdehnt und vertieft, während der staatliche Zwang bei der proletarischen Diktatur eine Methode des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft darstellt. Kurzum, die funktionelle Gegensätzlichkeit der formal ähnlichen Erscheinungen wird total bestimmt durch die funktionelle Gegensätzlichkeit der Organisationssysteme, durch deren entgegengesetzte Klassencharakteristik"(30).

Dialektik von Wesen und Erscheinung ist als negative Dialektik, als gedanklicher Nachvollzug der Anverwandlung der Erscheinung ans Wesen allein möglich. Andernfalls verfällt sie der Metaphysik, deren Opfer - das Schicksal Bucharins beweist es nachdrücklich - selbst das Recht auf Protest verloren haben. Oder anders: Marxismus als positive Bestimmung des Wesens der Arbeit, dem das Kapital, die "Produktion um der Produktion willen nichts anderes (heißt) als Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte, also Entwicklung der menschlichen Natur als Selbstzweck"(31), ist die Affirmation des Kapitals wider Willen.

14

Der Marxismus denkt das Politische als eine Potenz des ökonomischen Antagonismus der Ausbeutung. Der Anarchismus denkt das Ökonomische als eine Potenz des politischen Antagonismus der Herrschaft. Aber beide begreifen ihren Gegenstand unter Kategorien des Dualismus: Die Ökonomie erscheint als Kuddelmuddel des Einerseits der Ausbeutung und des Andererseits der "Vergesellschaftung der Arbeit"; die Politik erscheint als Mischmasch von sowohl staatlicher Autorität als auch gesellschaftlicher Hegemonie und Freiheit. Theorie ergibt sich zwanglos aus der Reduktion dieses unheilbaren Dualismus auf ein Verhältnis von Wesen und Erscheinung.

15

Marx und Bakunin liegen als die Urväter dieses Modells in Lager der Opposition unter dem Niveau ihres Gegenstandes, indem sie unter dem Niveau der Hegelschen Staatsphilosophie verbleiben. In ihrer konstitutionellen Unfähigkeit, das Wesen als die Bedingung der Möglichkeit dessen zu fassen, einen Gegenstand überhaupt unter den Kategorien des Dualismus zu begreifen und daher über ihn sowohl wahr als auch falsch sprechen zu können, können sie es zugleich als ein Unwesen nicht denken.

Nachbemerkung:

Marx und Bakunin sind Schüler und Kritiker Hegels, indem sie ihm nachweisen, daß die Versöhnung von Staat und Gesellschaft im System der "Rechtsphilosophie" nicht gelingen kann. Bakunins berühmtes Diktum: "Die Lust der Zerstörung ist zugleich eine schaffende Lust"(32) ergibt sich daraus, daß er die Hegelsche "Negation der Negation" der bürgerlichen Gesellschaft durch den Staat nicht mitvollzieht, bei der "einfachen Negation" stehen bleibt und meint, die Abschaffung des Staates entbinde die

Gesellschaft als eine der Freiheit unmittelbar. Das Eigentum fällt mit der staatlichen Garantie des Erbrechtes. In der Garantie dieses Rechtes jedoch war der Staat zugleich die äußere Usurpation des Sozialen, das eigenlogisch den Staat schon überschritten hatte. Bakunin unterstellt Hegel, er könne die Versöhnung von Staat und Gesellschaft nur als Gewalt und daher als eine gegen den Bürger denken. Er hat Recht im ersten, aber irrt im zweiten.

Marx führt den Nachweis, daß Hegel die Versöhnung von Citoyen und Bourgeois nur illusorisch denken kann, daß dieser Versöhnung im realen gesellschaftlichen Leben nichts entspricht als die bürgerliche Schizophrenie selber. Der Bourgeois wird zum Citoyen allein durch die völlige Abstraktion vom sozialen Leben, durch "Transsubstantiation"(33). Die menschliche Allgemeinheit des Citoyen verbirgt nur die Allgemeinheit der selbstsüchtigen Interessen des Bourgeois. Marx unterstellt Hegel, das Allgemeine sei gar nicht das wahre Allgemeine, da ihm keine besondere Existenz zukomme. Er hat Recht im ersten, aber irrt im zweiten.

Es ist charakteristisch, daß die Marxsche Hegelkritik noch vor dem Übergang Hegels von den Bestimmungen der innergesellschaftlichen zu den Bestimmungen der zwischenstaatlichen Souveränität Halt macht. Seine Hegel-Kritik geht bis § 313; Hegel aber gibt in § 328 seiner "Rechtsphilosophie" die Versöhnung von Citoyen und Bourgeois als eine reale und also negative. Der Soldat ist die reale Einheit, er ist Beispiel "des feindseligsten und dabei persönlichsten Handelns gegen Individuen bei vollkommen gleichgültiger, ja guter Gesinnung gegen sie als Individuen." (34)

Die unmittelbare Aufopferung der Individualität für den Staatszweck ist die wirkliche, mit Gewalt und mit Zustimmung des Bürgers(35) vollzogene Synthese von Staat und bürgerlicher Gesellschaft, von Politik und Moral, von Citoyen und Bourgeois.(36) Indem Hegel die Bewegung der Sache Souveränität selbst verfolgt, ist ihm die Synthese des Besonderen und des Allgemeinen nur als eine negative möglich. Das Wesen, das Hegel als ein affirmatives doch begründen wollte, entlarvt sich als Unwesen. Damit ist "Hegel der metaphysische Denker des Kapitals".(37)

16

Negative Dialektik kann das Wesen als Unwesen denken. Es ist die Bedingung dafür, einen Gegenstand als dualistischen zu begreifen. Der Staat ist weder Recht noch Gewalt, er ist Recht und Gewalt, Hegemonie durch Zwang und Konsens durch Polizei. Als Souveränität ist er die Bedingung dafür, am Staat überhaupt Recht und Gewalt unterscheiden zu können. Der Begriff der Souveränität verweist auf die negative Dialektik des Wertes. Diese aber kann weder von marxistischer noch anarchistischer Staatstheorie gedacht werden.

17

"Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet. (...) Er steht außerhalb der normal geltenden Rechtsordnung und gehört ihr doch an, denn er ist zuständig für die Entscheidung, ob die Verfassung in toto suspendiert werden kann. (...) Im



< typisch linksdeutsche Symbolik >



Ausnahmefall suspendiert der Staat das Recht kraft seines Selbsterhaltungsrechtes. (...) Die Ausnahme erklärt das Allgemeine und sich selbst; kann man sie nicht erklären, so kann man auch das Allgemeine nicht erklären".⁽³⁸⁾

18

Das Subjekt der Souveränität ist nicht theoretisierbar. Aber davon, es zu kritisieren, hängt in Sachen Staat alles weitere ab. Das Subjekt der Souveränität ist subjektlos, aber es ist dasjenige, das die letztlich verbindliche Entscheidung gewaltförmig trifft. Es hat keine gegenständliche Form, aber es vergegenständlicht sich stets in einer Situation der "Gefährdung der Existenz des Staates" (Schmitt). Wo der Souverän auftaucht, ist unabsehbar und jeder Staatstheorie verschlossen - und doch ist er die Bedingung, überhaupt Staatstheorie treiben zu können. Er gehört der Legalordnung an, steht aber als Legitimität über und neben ihr.

Nachbemerkung:

Die Souveränität bezieht praktisch jenen "Standpunkt außerhalb der bürgerlichen Demokratie", den Saathoff/Ulrich⁽⁴⁰⁾ aus immanenter Kritik dieser Theorie in einem emanzipativen Sinne beziehen wollen. In diesem Bedürfnis ist gesehen, aber nicht formuliert, daß der Sturz der Souveränität immer nur durch die Konstitution eines Gegen-Souveräns möglich ist. Dies ist der rationelle Kern der Formel von der "Diktatur des Proletariats", zieht man einmal die soziologische Bestimmung des Subjektes der Gegen-Souveränität und den darin implizierten Leninismus ab. In diesem Sinne ist auch die Bestimmung von Friedrich Engels über das "Absterben des Staates" zu verstehen: Tritt der Staat einmal als das wirklich Allgemeine auf, dann ist er zugleich als Staat schon das Besondere und damit Obsolete. Daraus wäre das Problem revolutionären Organisation zu entwickeln.

19

Die Souveränität ist dasjenige Verhältnis, das, als Bedingung der Möglichkeit, den Staat unter den Dualismus von Recht und Gewalt setzen zu können, der Grundregel der Theorie - dem Satz vom ausgeschlossenen Dritten - nicht gehorcht. Zwischen Staat und Kapital kann daher ein Verhältnis der Ableitung nicht bestehen, vielmehr: Die Souveränität ist das politische Verhältnis des Kapitals wie das Kapital nur das ökonomische Verhältnis der Souveränität ist. Zwischen ihnen besteht das Verhältnis der Verdoppelung und Komplementarität: Die ökonomische Synthese bedarf der politischen, die politische der ökonomischen. Die Verdoppelung des Ökonomischen in Tauschwert und Gebrauchswert, ihre Synthese durch den Wert, ist und erzwingt die Verdoppelung des Politischen in die Bestimmungen von Citoyen und Bourgeois, ihre Synthese durch die Souveränität.

Nachbemerkung:

Daher ist die Frage, ob der Staat das Kapital qua Erbrecht schafft oder das Kapital den Staat, nicht nur überflüssig, sondern hirn-rissig. Die bürgerliche Gesellschaft suspendiert die Frage nach dem Verhältnis von Ursprung und Geltung. Der Streit zwischen

Anarchismus und Marxismus stellt sich dar als Streit zwischen Geschichte und Logik, ohne zu bemerken, daß dieses Verhältnis selber nur im Rahmen einer negativen Dialektik - als selbst schon konstituiertes - gedacht werden kann. Folgerichtig unterstellen beide Systeme eine Notwendigkeit des historischen Ablaufes, wo es doch ein historischer Unfall war, der Staat und Kapital, Geschichte und Logik etc. überhaupt erst in ein prozessierendes Verhältnis setzte.⁽⁴¹⁾

20

Den Staat unter den Gegensatz von Recht und Gewalt zu setzen, das verlängert die Setzung des Ökonomischen in den Gegensatz der "Republik des Marktes" und der "Despotie der Fabrik". Jenes Verhältnis, das Republik und Despotie als die zwei Seiten einer Medaille stiftet, ist zugleich die synthetische Instanz bürgerlicher Vergesellschaftung, der Wert. Es ist dieses Wesen, das negative Dialektik als das Unwesen denkt. Der Wert ist die ökonomische Bedingung dessen, die Politik als Spiegelspiel betreiben zu können.

Nachbemerkung:

"Der Souverän (...) zentriert die Konkurrenz der Wahrheiten, so daß tatsächlich keine ausbrechen kann, sondern beiträgt, das Spiel durch den Widerspruch zu reproduzieren"⁽⁴²⁾. "(Andererseits zeigt sich die Albernheit der Sozialisten (namentlich der französischen, die den Sozialismus als Realisation der von der französischen Revolution ausgesprochenen, Ideen der bürgerlichen Gesellschaft nachweisen wollen), die demonstrieren, daß der Austausch, der Tauschwert etc. ursprünglich (in der Zeit) oder ihrem Begriff nach ein System der Freiheit und Gleichheit aller sind, aber verfälscht durch das Geld, Kapital etc. (...) Ihnen ist zu antworten: (...) daß, was ihnen in der näheren Entwicklung des Systems als störend entgegentritt, ihm immanente Störungen sind, eben die Verwirklichung der Freiheit und Gleichheit die sich ausweisen als Ungleichheit und Unfreiheit. (...) Was die Herren von den bürgerlichen Apologeten unterscheidet, ist auf der einen Seite das Gefühl der Widersprüche, die das System einschließt; auf der andern Seite der Utopismus, den notwendigen Unterschied zwischen der realen und idealen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft nicht zu begreifen und daher das überflüssige Geschäft vornehmen wollen, den ideellen Ausdruck selbst wieder realisieren zu wollen, da er in der Tat nur das Licht-bild dieser Realität ist"⁽⁴³⁾.

21

Die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie gibt - als negative Dialektik des Unwesens verstanden - die Begriffe der Kritik der Souveränität in der Kritik des Geldes vor. Das Geld ist mit den Mitteln der Vernunft ebenso unverständlich wie die Souveränität. Es ist die sinnliche Vergegenständlichung der abstrakten Synthesis der Gesellschaft durch den Wert. Das Geld ist die Bedingung der Einheit von äußerster Subjektivität (Bedürfnis, Nachfrage) und extremer Allgemeinheit (Markt, Angebot) ebenso wie die Souveränität die Bedingung der Einheit von Willkür, Gewalt, Autorität, Legitimität einerseits, von Kalkulierbarkeit, Recht, Le-



Das Subjekt der Souveränität ist nicht theoretisierbar. Aber davon, es zu kritisieren, hängt in Sachen Staat alles weitere ab. Das Subjekt der Souveränität ist subjektlos, aber es ist dasjenige, das die letztlich verbindliche Entscheidung gewaltförmig trifft. Es hat keine gegenständliche Form, aber es vergegenständlicht sich stets in einer Situation der "Gefährdung der Existenz des Staates"

(Schmitt)



galität andererseits darstellt.

22

Daher kann es eine Theorie der Souveränität ebensowenig geben wie eine des Geldes und der Wertform. Die Wahrheit über den Staat als eines falschen Verhältnisses ist die Abschaffung des Staates ebenso, wie die theoretische Wahrheit über das Kapital nur die praktische Aufhebung des Kapitals sein kann. Dieses materialistische Paradox reproduziert ex negativo die Form bürgerlicher Vergesellschaftung, indem sie es auf die Spitze treibt. In Sachen Staat ebenso wie in Sachen Kapital kann es ein Verhältnis von Theorie und Praxis nicht geben, sondern nur eines von Kritik und Krise, von Denunziation der ideellen Formen der Vergesellschaftung in der Hoffnung, deren reale Formen in die Krise zu treiben.

Nachbemerkung:

Das "Jahrbuch Wege des Ungehorsams" hängt ganz dem Theorie-Praxis-Verhältnis an, und es ist daher folgerichtig, daß es in "Theorie" wie "Praxis" unter dem Niveau der Verhältnisse bleibt. Es geht ihm darum, die "Bearbeitung eines Theoriedefizits"⁽⁴⁴⁾ einzuleiten, als sei es möglich, Begriffe wie Kohlen Säcke aufzufüllen und umzulagern. Hinter der Rede vom "Theoriedefizit" steckt stets - und da stehen die Jahrbuchautoren nicht alleine - die Vorstellung, Wahrheit ließe sich innertheoretisch erzeugen, d.h. letztlich auf Konsens reduzieren. Im Ergebnis bleibt dann wenig mehr als der Praxis, d.h. den neuen sozialen Bewegungen, einen anderen Sinn zu unterstellen, d.h. sie bloß zu interpretieren. Im Resultat führt dies zu linkskritischem Positivismus in Theorie und Praxis.

23

Die Hoffnung, durch Kritik die Krise zu provozieren, ist durch nichts begründbar. Marxismus, als negative Dialektik des Unwesens verstanden, vermag ebensowenig das Subjekt der Revolution anzugeben wie der historische Anarchismus Bakunins. Als Kritik ist er strikter Anti-Utopismus, die gerade deshalb der Utopie im Schweigen die Treue hält. Die Berufung auf ein positives Allgemeines ist der Kritik versagt, da Allgemeinheit als gesellschaftlich nur negativ mögliche selber das Aufzuhebende darstellt. Kritik ist die Provokation darauf, daß die gesellschaftlichen Individuen die Resultate ihrer Vergesellschaftung sich als die Resultate ihres Willens nicht zurechnen können - also die kontrafaktische Unterstellung dessen, daß es außerhalb des Spiegelspiels von Citoyen und Bourgeois ein Anderes noch geben könne. Kritik ist Negation der ideellen Formen der Vergesellschaftung als Provokation und ungedeckter Wechsel auf die praktische Negation ihrer realen Formen. Daher der reinste Voluntarismus.

Nachbemerkung:

Der objektive Zustand der Gesellschaft ist der Nihilismus, d.h. die Gleich-Gültigkeit aller Werte als objektives Resultat bürgerlicher Vergesellschaftung⁽⁴⁵⁾. Marxens Kritik an Bakunin, dieser könne Revolution nur als den reinsten "Voluntarismus" denken⁽⁴⁶⁾, ist

daher ebenso wahr wie falsch: Anders als der reine, auf nichts als den Willen begründete Akt ist Revolution nicht mehr denkbar - damit ist sie aber überhaupt als eine vernünftige nicht denkbar. Es ist ebenso vernünftig, im Hühnerstall Motorrad zu fahren wie einen revolutionären Verein aufzumachen - die Gründe subjektiver Pathologie, das eine zu tun oder das andere zu lassen, sind nicht wahrheitsfähig.

24

Die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft kann sich nur aus der Differenz von Ausnahme und Regel herleiten. Sie muß als Synopse von Kapital- und Staatskritik arbeiten, die das eine im anderen denkt und zugleich aus der doppelten Perspektive von ökonomischer Krise und politischem Staatsstreich. Der Protest gegen Autorität und Kommando ist auf seinen kritischen Gehalt gegen die bürgerliche Hegemonie ebenso zu befragen wie die Opposition gegen Ausbeutung darauf, ob sie nicht einzig danach strebt, die "Anarchie des Marktes" gegen die "planmäßige Produktion in der Fabrik" auszuspielen. Kritik hat die Arbeit zu leisten, die Reproduktion des Spiegelspiels durch die Opposition zu unterbinden, soll die Therapie das Übel nicht nur ins Unaufhebbare verlängern.

25

Als gewalttätige Garantie der Legalität des Marktes garantiert der Staat die Legitimität der Despotie der Fabrik ebenso, wie das Kapital in seiner Oberfläche als Republik des Marktes die Legitimität der bürgerlichen Legalordnung erzeugt und reproduziert. Der soziale Gehalt der bürgerlichen Legalität, die Ausbeutung, ist der politische Gehalt der staatlichen Legitimität: Hierarchie, Befehl, Kommando. Das eine ist ohne das andere nicht aufhebbar, das eine jedoch nur durch das andere.

26

Damit fällt die historische Scheidung und Gegnerschaft zwischen Anarchismus und Marxismus. Anarchie als Freiheit ohne Gewalt ist unmittelbar nur denkbar im Sozialismus als Gewalt gegen die Gewerbefreiheit.

Aus

**„Archiv für Geschichte der Arbeit und des Widerstands“
Nr. 10, Germinal, Bochum 1989**

- 1 Petr Kropotkin, Die Eroberung des Brotes, in: Ders., Die Eroberung des Brotes und andere Schriften, herausgegeben, neu übersetzt und mit einem Nachwort v. Hans G. Helms, München I 473, S.102 bzw. 207.
- 2 Vgl. Peter Heintz, Anarchismus und Gegenwart, 3. Aufl., Berlin 1985, S. I Rf. u. SRf.
- 3 Michael Bakunin, Die Commune von Paris und der Staatsbegriff, in: Ders., Gesammelte Werke, Band 2, Berlin 1975, S. 275, 270, 269, 270, 26R; ebenfalls in: Ders., Staatlichkeit und Anarchie und andere Schriften, herausgegeben und eingeleitet v. Horst Stuke, Frankfurt/M. - Berlin - Wien 1972, S. 307, 301, 300, 302, 244.
- 4 S. Münster, Exterminismus und Revolution, in: Wege des Ungehorsams, Jahrbuch für libenäre & gewaltfreie Aktion, Politik & Kultur 1984, Kassel-Bettenhausen 1984, S. 23.



< typisch linksdeutscher Wahlkampfschrott >



- 5 Ebd.
- 6 Ebd., S. 35.
- 7 RAF, Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front (Mai 1982), in: texte der raf. Überarbeitete und aktualisierte Ausgabe, o.o., 1983, S. 600.
- 8 Bernd Ulrich/Günter Saathoff, Ziviler Ungehorsam - ein deutsches Trauma, in: Wege des Ungehorsams, a.a.O., S.100.
- 9 Ebd., S.1 I 2.
- 10 Ebd., S. I I4.
- 11 Ebd.
- 12 Vgl. Immanuel Kant Zum ewigen Frieden, in: Ders., Werke in sechs Bänden, herausgegeben von Wilhelm Weischedel, Band VI Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik, Darmstadt 1970, S. 193 - 251.
- 13 Immanuel Kant, Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, in: Ebd., S. 51 - 61, S. 60.
- 14 Stefan Janson, "...erkämpft das Menschenrecht!", in: Wege des Ungehorsams, a.a.O., S. 131.
- 15 Ebd., S. 129.
- 16 Vgl. Stefan Breuer Die Depotenzierung der kritischen Theorie. Über Jürgen Habermas' "Theorie des kommunikativen Handelns", in: Levittthan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 10. Jg., 1982, H. 1, S. 132-146.
- 17 Redaktion Wege des Ungehorsams, "...oder Barbrei!", in: Wege des Ungehorsams, a.a.O., S.10.
- 18 Ebd., S.15.
- 19 Ebd., S. 18, Anmerkung 16.
- 20 Wolfgang Harich, Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der 'Club of Rome'. Sechs Interviews mit Freimut Duve und Briefe an ihn, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 124.
- 21 Gespräche mit Ernst Bloch. Herausgegeben von Rainer Traub und Harald Wieser, Frankfurt/M. 1975, S.21.
- 22 Vgl. Horst Stuke, Einleitung, in: Michail Bakunin, Staatlichkeit und Anarchie und andere Schriften, a.a.O.
- 23 J.W. Stalin, Anarchismus oder Sozialismus?, in: Ders., Werke Band 1, Berlin 1950, S. 257-342.
- 24 Karl Marx Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: MEW, Ergänzungsband I, S. 584.
- 25 Karl Marx, Zur Judenfrage, in: MEW 1, S. 353.
- 26 Ebd., S. 370.
- 27 Karl Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: MEW 7, S. 43.
- 28 Ebd., S. 59.
- 29 Theodor W. Adorno, Drei Studien zu Hegel, Frankfurt/M.1963, S. 36.
- 30 Nikolaj Bucharin, Ökonomik der Transformationsperiode, Reinbek 1970, S. I 17/118.
- 31 Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, in: MEW 262, S. 111.
- 32 Michail Bakunin, Die Reaktion in Deutschland, in: Ders., Philosophie der Tat. Auswahl aus seinem Werk. Eingeleitet und herausgegeben von Rainer Beer, Köln 196R, S. 96.
- 33 Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW I, S. 280.
- 34 G.W.F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, in: Ders., Werke Band 7, Frankfurt/M. 1970, S. 496.
- 35 Vgl. Hegel über Patriotismus, ebd., S. 413.
- 36 Zu der Bestimmung dieses Widerspruchs und seiner negativen Synthese vgl. Initiative Sozialistisches Forum, Die Entstehung der Psychokratie aus dem Selbstwiderspruch der bürgerlichen Gesellschaft, in: Dies., Diktatur der Freundlichkeit, Freiburg 1974, S. 13ff.
- 37 Hans Jürgen Krahel, Bemerkungen zum Verhältnis von Kapital und Hegelscher Wesenslogik, in: Oskar Negt (Hrsg.), Aktualität und Folgen der Philosophie Hegels, Frankfurt/M.1971, S.141-150, hier S.145.
- 38 Carl Schmitt Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, München/Leipzig 1922, S. 9-15.
- 39 Ebd. S. 9.
- 40 Bernd Ulrich/Günter Saathoff, a.a.O., S.100.
- 41 Wolfgang Pohrt Vernunft und Geschichte bei Marx, in: G. Schweppenhäuser/Dietrich zu Klampen/Ro If Johannes (Hrsg.), Krise und Kritik. Zur Aktualität der Marxschen Theorie, Lüneburg 1983, S. 5-14.
- 42 Alex Demirovic, Philosophie und Staat. Althusser's philosophische Strategie und der hegemoniale Status der Philosophie, in: Das Argument 152/1985, S: 562.
- 43 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857-1858. Anhang 1850-1859, Berlin 1953, S.160.
- 44 Herausgeber & Verlag, Auf den Weg begeben..., in: Wege des Ungehorsams, a.a.O., S. 4.
- 45 Vgl. Stefan Breuer, Sozialgeschichte des Naturrechts, Opladen 1983.
- 46 Vgl. Karl Marx, Konspekt zu Bakunins Buch "Staatlichkeit und Anarchie", in: MEW 18, S. 597-642.

Rechte Leute von links

von Günther Jakob

Bei ihrer Suche nach neuen Alliierten und Reserven der Revolution hat es der Linken nie an Phantasie gemangelt. Dem Proletariat, das anfangs die Welt noch alleine verändern sollte, wurde im Laufe der Zeit eine wachsende und zusehends illustre Gesellschaft von Bündnispartnern zur Seite gestellt: Bauern, Kleinunternehmer und schließlich ganze "Völker" und "Nationen". Die dabei aufgeworfene "nationale Frage" überlagerte bald die soziale und brachte schließlich einen antifaschistischen und antimperialistischen Internationalismus hervor, der einige Jahrzehnte die Weltpolitik mitprägte und von dem heute nur der Nationalismus übrig geblieben ist.

„Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie habe eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ Diese berühmten Sätze, die das Manifest der kommunistischen Partei beschließen, verknüpfen eine eigenartige - von Hannah Arendt in „Über die Revolution“ problematisierte - politische Kosten-Nutzenrechnung mit einem äußerst kühnen Programm: In einer Zeit (1848), als der Formierungsprozeß der modernen "Nationen" noch längst nicht abgeschlossen war, fordert das „Manifest“ die "Proletarier" dazu auf, den nationalen Rahmen ihrer Kämpfe zu sprengen und ihre Kräfte zu vereinen. Diese Vorstellung hatte zuvor allerdings bereits eine realpolitische Fassung erhalten: "Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zu nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie." In der englischen Ausgabe von 1888 wurde "sich zur nationalen Klasse erheben" abgeändert in "sich zur führenden Klasse der Nation erheben". Mit anderen Worten: Da der Weltmarkt in Nationalstaaten zerfällt, kommt "das Proletariat" nicht umhin, zunächst nationale Abteilungen zu bilden, aber es macht dies - so die Erwartung - nur notgedrungen und nicht einem "Vaterland" zuliebe. Die "vereinigte Aktion" ist nicht nur fernes Ziel, sondern Verpflichtung von Beginn an. So verstanden, charakterisierte die Losung „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ für Jahrzehnte das Selbstverständnis der marxistischen Arbeiterbewegung, und sie zierte daher die Titelseiten vieler ihrer Publikationen.

Siebzig Jahre später wurde die Losung von der kommunistischen Internationale (KI) überraschend erweitert. Sie lautete nun: „Proletarier aller Länder und unterdrückter Völker, vereinigt euch!“

In seiner Rede an die Aktivistenversammlung der Moskauer Organisation der KP Rußland (Bolschewiki) vom 6. Dezember 1920 berichtete Lenin, wie es zu dieser Entdeckung weiterer Aktivposten der Weltrevolution kam: "Auf dem Kongreß der III. Internationale habe ich gesagt, daß sich die ganze Welt in unterdrückte Nationen und in herrschende Nationen teilt. Die unter-

drückten Nationen machen nicht weniger als 70 % der Gesamtbevölkerung aus. ...In der Tat treten wir jetzt nicht mehr nur als Vertreter der Proletarier aller Länder auf, sondern auch als Vertreter der unterdrückten Völker. Unlängst ist eine Zeitschrift der KI unter dem Titel "Die Völker des Ostens" erschienen. Die KI hat für die Ostvölker die Losung ausgegeben: "Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!". Ein Genosse hat gefragt: "Wann hat das EKKI eigentlich beschlossen, daß die Losungen geändert wurden?" Ich kann mich wirklich nicht entsinnen. Wenn man vom Gesichtspunkt des "Kommunistischen Manifests" ausgeht, so ist das natürlich nicht richtig, aber das "kommunistische Manifest" ist unter ganz anderen Verhältnissen geschrieben worden. Vom Standpunkt der gegenwärtigen Politik ist es jedoch richtig."

Die für einige Kommunisten überraschende Entdeckung war demnach nicht das Resultat theoretischer Erörterungen, sondern sie setzte sich als mehr oder weniger spontane politische Reaktion auf neue weltpolitische Ereignisse durch: Die von Lenin so selbstverständlich wie unbegründet als "Völker" des Ostens bezeichneten Bewegungen - den Begriff "Nationen" verwendet er ohne weitere Erläuterungen synonym - hatten sich gegen die Kolonialmächte erhoben, und darauf reagierte die KI mit dem Versuch, sie als revolutionären Faktor zu vereinnahmen.

Weil der soziale Widerstand in den Kolonien, in den "kein oder fast kein Proletariat" existierte (Lenin), die imperialistischen Herren das Fürchten lehrte, maß die KI den Protestierenden eine Bedeutung zu, die bis dahin der Arbeiterklasse vorbehalten war. Wieso aber war sich Lenin so sicher, daß es sich bei den antikolonialen Bewegungen nur um die Aktionen von "Völkern" handeln konnte, und woraus schloß er, daß deren Ziele mit den Kommunisten irgendwie übereinstimmten?

Ähnlich dogmatisch wie Lenin ging rund 40 Jahre später auch die chinesische „Polemik über die Generallinie“ mit Marx um, als sie, im Verlauf der Auseinandersetzung um Thesen des XX. Parteitag der KPdSU, eine gegenüber Lenin deutlichere Unterscheidung zwischen "Völkern" und "Nationen" einführt und letztere zu zusätzlichen revolutionären Elementen der Weltpolitik erklärte. Die neue Losung lautete nun: „Proletarier aller Länder, unterdrückte Völker und Nationen, vereinigt euch!“

Der X. Parteitag der KP China konkretisierte diese Linie als "Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zur Erringung und Wahrung der nationalen Unabhängigkeit" und formulierte den griffigen Dreischritt "Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen die Revolution". Im Bericht von Tschou En-Lai an den IV. Nationalen Volkskongreß der VR China hieß es dann 1975: "Wir müssen am proletarischen Internatio-



nalismus festhalten, die Einheit mit den unterdrückten Völkern und den unterjochten Nationen der ganzen Welt verstärken und zur gegenseitigen Unterstützung beitragen."

Die Selbstverständlichkeit, mit der hier positiv auf "Völker" und "Nationen" wie auf "organisch" gewachsene Gegebenheiten Bezug genommen wurde, war verblüffend. Denn daß Regierungen von "abhängigen Staaten" nicht selten die Mächtigen der Staatenwelt paktierten und die eigenen Bürger für den Weltmarkt zurichten, war den Kommunistischen Parteien keineswegs entgangen. Auch die Tatsache, daß die patriotischen Eliten, die in den "nationalen" Bewegungen das Sagen hatten, ganz unkommunistische Interessen verfolgten, hatte man durchaus zur Kenntnis genommen. Wenigstens gegenüber diesen Interessen sollten die kommunistischen Kräfte, der Doktrin zufolge, auch wachsam sein. Den Kommunistischen Parteien galten aber "nationale Befreiungskämpfe" und, damit einhergehend, das Ideal souveräner Staatlichkeit auch dann "progressiv", wenn die linken Kräfte darin keine führende Rolle spielen konnten. In der „Generallinie“ wird hervorgehoben, daß das nationale Ziel von "Arbeitern, Bauern, Intellektuellen und Kleinbourgeoisie" wie auch von "patriotisch gesinnter Nationalbourgeoisie und sogar Fürsten und Aristokraten, die ihr Land lieben", gemeinsam verfolgt werden könne.

Hier wird dem linken Verstand einiges zugemutet. Man möchte einwenden, daß es sich doch von selbst verstehe, daß Aristokraten ihr Land lieben - mitsamt den abhängigen Bauern darauf, und man wird sich möglicherweise darüber wundern, daß eine KP, die immerhin die Bauern zum Kampf gegen feudale Strukturen mobilisiert hatte, ein Bündnis zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern im Namen der nationalen Sache vorschlägt. Auch kann man sich daran erinnern daß diese Politik internationale "Persönlichkeiten" wie den kambodschanischen Prinzen Sihanouk hervorgerufen hat. Doch das wären nicht einmal die entscheidenden Einwände, denn wer andere nicht hervorzubringen weiß, wird von den Urhebern dieser Denkrichtung jederzeit bedient.

Lenin: "Der Grundsatz (?) der Nationalität ist in der bürgerlichen Gesellschaft unvermeidlich, und der Marxist, der mit dieser Gesellschaft rechnet, erkennt die geschichtliche Bewegung durchaus an. Damit aber diese Anerkennung nicht zu einer Apologie des Nationalismus werde, muß sie sich strengstens auf das beschränken, was an diesen Bewegungen fortschrittlich ist, damit sie nicht zur Vernebelung des proletarischen Klassenbewußtseins durch die bürgerliche Klasse führe. Fortschrittlich ist das Erwachen der Massen aus dem feudalen Schlaf, ihr Kampf gegen jede nationale Unterdrückung, für die Souveränität des Volkes, für die Souveränität der Nation."

Diese eigentümliche "Dialektik", die zwar noch den Argwohn gegen das apologetische Moment kennt, schaltet und redet dennoch so, als wäre sie selber jenes unmittelbare Wissen vom Ganzen, das vom Prinzip der Dialektik gerade ausgeschlossen wird. Lenin bezieht hier einen Standpunkt der Totalität - die "geschichtliche Berechtigung" -, von dem aus er weiß, was "fortschrittlich" oder "reaktionär" ist. Für diese Denkschule, die im Verlauf der Geschichte der alten Arbeiterbewegung zur Doktrin wurde, kommt es auf die willentlichen Handlungen der sozialen Kräfte gar

nicht so sehr an. Wichtig ist vielmehr, daß sie sich der gegebenen "historischen Situation" anbequemen. Basierend auf einer geschichtsphilosophisch gestützten "ideologischen Produktionsweisen-Periodisierung" (Balibar), ging diese Denkfigur später in die Rhetorik vieler linker Strömungen ein und prägt bis in die Gegenwart oft auch jene, die mit einem kanonisierten Marxismus-Leninismus nichts zu tun haben wollen.

Diese Welt-Anschauung erlaubt es, sich zu allem ins Verhältnis zu setzen. Es geht ihr nicht mehr um die strukturelle Modalität des inneren Widerspruchs einer Sache. An einem von der Geschichte ins Recht gesetzten "objektiven" Verbündeten interessiert nicht so sehr, was dieser selbst sein will, sondern wozu er nützt. (Anmerkung: Inhaltlich legitimierte Lenin die Charakterisierung der antikolonialen Kämpfe als bürgerlich-nationale Revolutionen unterdrückter Völker durch eine Kritik des Kapitalismus als Imperialismus, die bereits von einem nationalrevolutionären Standpunkt aus formuliert war: Demnach hatte sich in der imperialistischen "Niedergangsepoche" des Kapitalismus die "Funktion" dieser Bewegung so verändert, daß sie prinzipiell zu sozialistischen Bewegungen werden konnten. Nach der bis dahin gültigen Prozeßordnung der Geschichte war ja selbst die Oktoberrevolution als Revolution in einem "rückständigen" Land historisch verfrüht. Auch nach Lenins eigenem Verständnis des Historischen Materialismus (aus dem heraus er bis 1911 die "nationale Frage" nicht weiter thematisiert, eine eigenständige Arbeiterpartei für die Ukraine abgelehnt und eine revolutionäre Rolle der russischen Bauern verneint hatte) mußte dieses, mit einer Verschiebung der Akzente von "Klasse" zu "Nation" einhergehende, außerplanmäßige geschichtliche Voranschreiten ebenfalls nach dem Modus der Notwendigkeit begründet werden. Er fand die Begründung im Begriff der "imperialistischen Epoche".)

Damit wurden alle kritischen Fragen an die "Völker" und "Nationen" überflüssig. Lenin hätte jedoch auffallen müssen, daß Menschen, die seiner eigenen Meinung nach soeben "aus dem feudalen Schlaf erwachen", gegen eine "nationale" Unterdrückung überhaupt nicht kämpfen können, weil dies die Existenz einer kollektiven nationalen Identität voraussetzen würde. Unter den feudalen Verhältnissen ist die imaginäre Gemeinschaft "Nation" jedoch entweder völlig unbekannt, oder sie existiert nur als luftige westliche Importware.

Benedikt Anderson hat in „Die Erfindung der Nation“ nachgezeichnet, wie der Mythos der Nation und die Idee der nationalen Befreiung von der holländischen Kolonialregierung in eine heterogene Inselwelt implantiert wurden, die wir heute als Indonesien kennen: 1913 organisierte Holland in seiner Kolonie aufwendige Feste, damit auch die asiatischen Untertanen die Jahrhundertfeier der "nationalen Befreiung" der Niederlande vom französischen Imperialismus begehen konnten. In den Schulen des Britischen Empire wurde die englische "Nationalgeschichte" gelehrt. Jungen Vietnamesen brachte man die Essentials der Französischen Revolution bei. Im Kongo hatten sich die Kinder mit der Geschichte des belgischen Unabhängigkeitskampfes gegen Holland vertraut zu machen, und in den Kolonien heranwachsenden jungen Intellektuellen informierten sich ebenfalls über den Unabhängigkeitskampf Jeffersons und den Befreiungsnationalismus Simon Boliwars.



Joschka Fischer in jungen Jahren

Der Befreiungsnationalismus, an die Linke glaubte umstandslos anknüpfen zu können, war also ein Import. Die Vorkämpfer für eine "nationale Befreiung" waren nur dadurch "Nationalisten", daß sie eine westliche Ideologie übernahmen, und viele von ihnen übernahmen sie ironischerweise von Marxisten, deren begriffslose und von taktischen Erwägungen bestimmte Debatte über die "nationale Frage" vielerorts das Feld beherrschte. Nicht einmal die kaum zu übersehende Tatsache, daß die Situation in den Kolonien mit den relativ homogen wirkenden Gebilden nicht zu vergleichen war, die man im Westen "Nation" nannte, konnte die leninistische Linke davon abhalten, dort eine "nationale Frage" zu entdecken. Große Teile der Neuen Linken, die in der "Dritten Welt" eher den positiven Gegenentwurf zum Leben in den Metropolen sehen wollten, ersetzten den Begriff der "Nationalität" in den 60er Jahren durch die scheinbar primordiale Kategorie "Ethnie" und schufen damit die Voraussetzung für den ethnopluralistischen Kulturbegriff, in dem "kulturelle Identität" als kausales Resultat von "Ethnie" bestimmt und "Ethnie" als natürlicher, unveränderlicher, der Kultur vorgelagerter und politisch neutraler Sachverhalt verstanden wird. Die Neue Linke aktualisierte damit nur einen alten Fehler: Wenn Lenin von der "Pflicht der Marxisten zur Unterstützung nationaler Befreiungskämpfe" sprach, dann handelte es sich um den klassischen Fall einer sich zirkulär selbsterfüllenden Prophezeiung: Diese Kämpfe erschienen den Marxisten als nationale Kämpfe, weil sie selbst die "nationale Idee" auf die Kolonien projizierten und ihre Projektion dort entweder selbst verkündeten oder sie von Intellektuellen bestätigt bekamen, die die nationale Rhetorik in Kolonialschulen gelernt hatten.

Es macht demnach die grundsätzlichen Einwände gegen eine linke Beteiligung an der Konstruktion nationaler Identitäten nicht überflüssig, wenn Lenin einschränkend bemerkte, die Unterstützung des Nationalismus sei eine "in der Hauptsache negative Aufgabe", und wenn er warnte: "Weiter darf das Proletariat in der Unterstützung des Nationalismus nicht gehen, denn damit beginnt die positive, bejahende Tätigkeit der nach Stärkung des Nationalismus der Bourgeoisie." Ähnliche Formulierungen, die sich ein paar Jahrzehnte später bei der KP China wie ein Nachklang dieser Warnung lesen, sind in Wirklichkeit bereits der unbegriffene Ausdruck politischer Niederlagen, die man beim Geschäft der Instrumentalisierung hinnehmen mußte: "Mit der Verschärfung der inneren sozialen Widersprüche und des internationalen Klassenkampfes baut die Bourgeoisie in manchen jungen und unabhängigen Ländern immer mehr auf die Unterstützung von seiten des Imperialismus und betreibt eine volksfeindliche, anti-kommunistische und konterrevolutionäre Politik. Gegen ihre reaktionäre Tendenz muß eine Politik des Kampfes eingeschlagen werden" („Polemik über die Generallinie“).

So steht man nun klagend vor dem Scherbenhaufen einer nationalistischen Bündnispolitik, ohne sich ein einziges Mal zu fragen, ob nicht vielleicht der ganze Ansatz falsch (gewesen) sein könnte. Noch in der Unbefangenheit, mit der hier Kategorien, die der Analyse voll ausgebildeter Klassenstrukturen entstammen, auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in jungen postkolonialen

Staaten übertragen werden, zeigt sich, wie unbedacht die kommunistischen Parteien mit ihrem "europäischen Erbe" umgingen.

Nach Jahrzehnten einer sich clever dünkenden, ausdrücklich auf Staatlichkeit zielende Politik war die kommunistische Weltbewegung zweifellos theoretisch dümmere geworden. Mehrere Generationen von Kommunisten hatten sich auf das Studium von machtpolitischen Schriften zur "Strategie und Taktik der Proletarischen Revolution" (Die in den frühen 70er Jahren in der BRD fast komplett nachgedruckt wurden) geworfen und darüber völlig verlernt, revolutionäre Antipolitik zu betreiben und eine rücksichtslose Kritik der Verhältnisse und Bewußtseinsformen zu leisten. Indem sie sich taktisch verhielten, verblödeten viele Kommunisten und wurde schließlich selbst Parteigänger derer die sie vereinnahmen wollten. Es ist dies das gerechte Schicksal, das letztlich alle linken "Bündnispartner" ereilt, wobei das Problem nicht die einzelne gemeinsame Aktion mit "Andersdenkenden", sondern das ausgeklügelte und "Weltanschaulich" begründete Gesamtsystem einer aufs Beutemachen zielenden Bündnispolitik ist, die Kapitalismuskritik durch politisches Taktieren ersetzt ("Teilforderungen") und sich darüber selbst um den Verstand bringt.

Auch Lenins gut gemeinte Warnungen waren von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil etwa die von ihm behauptete "Verpflichtung" der Marxisten zur Instrumentalisierung des patriotischen Aristokraten dessen Kritik unmöglich machte. Der Punkt, an dem "das Proletariat"/ die KP in der Unterstützung des Nationalismus eben nicht nur "ein bißchen" unterstützen kann, ohne ihn auch ein bißchen "fortschrittlich" zu finden.

Weil die "nationale Befreiung" von Anfang an auf die Installation einer "Nation" nach dem Vorbild der bereits existierenden "großen Nationen" zielt, fällt schließlich auch die Kritik des nationalen Mythos insgesamt aus der Aufgabenstellung heraus. Es wird den Linken (in den Befreiungsbewegungen und in den Metropolen) damit unmöglich, etwas Besseres als Nation auch nur zu denken, denn der traditionelle Internationalismus bewegt sich ebenso wie der kosmopolitische Humanismus im Rahmen der nationalen Logik. Das Werk der Überwindung der Nation traut man schließlich - schöne Ironie! - nur noch dem Gegner zu: dem Kapital und insbesondere den "multinationalen Konzernen". Aber der Weltmarkt löst die Nationen nicht auf, nur weil Kapital & Lohnarbeit die nationalen Grenzen überschreiten müssen. Im „Kommunistischen Manifest“ wird dem Weltmarkt deshalb kaum mehr als eine Tendenz zur Aufhebung der "nationalen Absonderungen" nachgesagt.

Etwas Besseres als die Nation wird dort erst für den Fall in Aussicht gestellt, daß etwas Besseres als das Kapital gefunden wird: Erst "mit dem Gegensatz der Klassen im Inneren der Nationen fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander".

Nach all den Lobreden auf die "progressiven" Aspekte des Nationalen konnte es nicht ausbleiben, daß der eingeschlagene Weg konsequent zu Ende gegangen wurde. Spätestens in den 30er Jahren brach die kommunistische Bewegung konsequent mit den



noch verbliebenen antinationalen Positionen der Zweiten und der Dritten Internationale.

Von nun an wurde die Kombination der roten mit der nationalen Fahne zur Selbstverständlichkeit. Über den antifaschistischen Nationalismus der Volksfrontpolitik und die stillschweigende Auflösung der Komintern ging die Entwicklung sehr rasch zur rigorosen Nationalisierung der Kommunistischen Parteien. Beispiele der Burgfriedenspolitik der KP der USA während und nach dem zweiten Weltkrieg, die These der KPD von der "Kolonialisierung Deutschlands durch den US-Imperialismus" und der extreme Nationalismus des "Eurokommunismus", der sich schließlich konsequent von der Sowjetunion distanzierte.

Eric J. Hobsbawm hat in seinem Buch „Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780" die Falle beschrieben, die der westliche Nationalismus den Kolonisierten stellte: Er hat den Prozeß rekonstruiert, in dem sich die Widerstandsbewegungen in den Kolonien, deren Thema ja zunächst der Kampf gegen soziale Repression war, zunehmend am Vorbild des westlichen Nationalismus orientierten und darüber zu nationalen Befreiungsbewegungen wurden.

Die kommunistische Bewegung hat diese notwendige Arbeit der Dekonstruktion des Nationalen nie zustande gebracht. Das heißt nicht, daß dort keine theoretische Arbeit geleistet worden wäre, sondern es heißt, daß diese von vornherein "in den Zusammenhang politischer Praxis" gestellt, und, wenn's schief gelaufen war, "die Praxis theoretischer Kritik ausgesetzt" wurde. Diese Tradition wird von bündnispolitisch orientierten Linken bis heute fortgesetzt. "Vom Standpunkt der Politik" aus hat man sich zwar gelegentlich gefragt, was denn ein "Volk" ausmache und woran man eine "Nation" erkennen könne. Allerdings war, als man sich diese Fragen stellte, die Skepsis nie besonders groß, sieht man einmal von Rosa Luxemburg und den Linkskommunisten ab.

Statt auf dem Weg der Kritik den Mythos von Volk & Nation zu destruieren, konzentrierte die an politischer Handlungsfähigkeit interessierte leninistische Linke auf die Suche nach "objektiv" gültigen Kriterien des Nationalen und glaubte diese schließlich in den "Merkmale" Sprache Territorium, Markt und Kultur gefunden zu haben. Stalin schrieb 1913 „Nationale Frage und Marxismus", Lenin im gleichen Jahr „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage" und ein Jahr später „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen". Während der Georgier Stalin in offen "großrussisch-nationalistischer" Manier (so Lenins Kritik 1923) die bereits existierenden westlichen "Nationen" zum Maßstab machte, legte Lenin die Zutrittsschwelle zum Club der Nationen tiefer an: "Die Nation ist keine Kultur-, keine Schicksals-, sondern eine Sprachgemeinschaft."

Schon mit der falschen Suche nach "objektiv" gültigen Kriterien - kollektive Identitäten werden ja in einem sozialen Prozeß konstituiert und nicht von Sprache, Territorium etc. faktisch gesetzt - saß Lenin damit aber den sprachnationalistischen Diskursen auf, die zwischen 1820 und 1920 unter europäischen Nationalisten vorherrschend waren - anders als in Amerika, wo sich Unabhän-

gigkeitsnationalismus nicht in Abgrenzung zur spanischen und englischen Sprache herausbildete. Denn statt um harte (Stalin) oder weiche (Lenin) Aus- und Abgrenzungskriterien zu streiten, käme es darauf an, grundsätzliche praktische und theoretische Einwände gegen die wuchernde Identitätsdiskurse vorzubringen. Versuche "Volk" oder "Nation" nach objektiv gültigen Kriterien zu definieren, unterstützen statt dessen Herrschaftsideologien und sind selbst Bestandteile des modernen Mythos "Nation".

Hobsbawm kommt in seiner Untersuchung über die unterschiedlichen Begründungsmuster für Nationalstaatskonzepte der letzten 150 Jahre - wirtschaftsliberale, sozialistische, rechtsnationale - zu dem Ergebnis, daß sie alle auf ihre Weise den nationalen Mythos stärken bzw. erst hervorbringen. In diesem Zusammenhang zeigt er, daß auch die "nationalen Befreiungsbewegungen" die erwünschte nationale Identität erst einmal mit Nachdruck herbeiführen mußten und daß sie dabei in vielen Fällen nicht sonderlich erfolgreich waren: "Soweit in der einfachen Bevölkerung Vorformen einer nationalen Identifikation - ethnischer, religiöser oder sonstiger Art - bestanden, waren sie ...eher Hindernisse als Beiträge zum Nationalbewußtsein und ließen sich von den imperialen Herren leicht gegen die Nationalisten mobilisieren." Selbst diese Vorformen - "Ethnien", "Stämme" etc. - waren häufig gemeinsame Konstrukte von Kolonialmächten und lokalen Eliten, etwa im Sudan oder in Äthiopien.

Hobsbawm erinnert unter anderem an die Teilung Indiens, der die Teilung Pakistans folgte, und an übernationalistische Ideologien wie den Panafrikanismus, dessen ideengeschichtliche Quelle er ebenfalls im Westen lokalisiert - beim Pangermanismus! "Die Führer und Ideologien kolonialer und halbkolonialer Befreiungsbewegungen sprachen aufrichtig die Sprache des europäischen Nationalismus, die sie in so vielen Fällen im und vom Westen gelernt hatten..." Aufrichtig nationalistisch waren daher auch jene Befreiungsbewegungen, die im zweiten Weltkrieg zeitweise Deutschland und Japan unterstützen wollten.

Im Ergebnis wurden diese Konzepte universalisiert - unter Mit Hilfe der Linken: "Die Befreiung von Ländern einer Welt, die noch nicht als die 'dritte' bekannt war, wurde nunmehr überall als 'nationale' oder von den Marxisten als 'nationale und soziale Befreiung' verstanden." Noch den antirassistischen Widerstand der Afroamerikaner in den USA erklärte die KI - im Anschluß an Lenin - zum 'nationalen Befreiungskampf', und sie beschrieb auch gleich das Territorium des zukünftigen 'schwarzen' Separatsstaats: Mississippi, Louisiana, Alabama, Georgia und South Carolina. Diese Konzeption findet auch heute noch Anhänger in den USA, und insofern sie von HipHop-Gruppen vertreten wird, wird sie als "interessante Position" in den popkulturellen Multi-kulti-Diskurs aufgenommen. Das Drama der kommunistischen Linken, die die Entstehung des nationalen Mythos und die Herausbildung der modernen "Nationen" wie auch des Befreiungsnationalismus zwischen 1820 und der Periode der Entkolonialisierung selbst miterlebte, besteht darin, daß sie, ausgehend von Vorstellungen über "geschichtliche Notwendigkeiten" und davon, was jeweils "historisch fortschrittliche" oder "reaktionäre" Phäno-



< Flugblatt auf der Anti-Bush-Demo >
in Berlin, Mai 2002



mene seien, ein Bündnis mit "progressiven Nationalismen" einging und über dieses taktische Verhältnis die Kritik des nationalen Mythos versäumte.

Im Kontext des Kampfes gegen Kolonialismus, Imperialismus und Faschismus brachte diese Linke einen eigenwilligen antiimperialistischen und antifaschistischen Nationalismus hervor. Oder wie Hobsbawm sagt: "Hitler und die Entkolonialisierung hatten offenbar das Bündnis des Nationalismus mit der Linken ...wiederhergestellt." Dabei ging nicht nur die Linke eine Verbindung mit dem Nationalismus ein - viele "ethnische" und separatistische Bewegungen in aller Welt (auch in Westeuropa) adaptierten ihrerseits eine sozialrevolutionäre und marxistisch-leninistische Rhetorik. Im Gegenzug wiederum übernahm die Linke von den "nationalen Befreiungsbewegungen" unbesehen deren territoriale Definitionen. Zum Beispiel akzeptierte man als "Indien" jenes Territorium, das der Indische Nationalkongress so bezeichnete (das alte Britisch-Indien), bis an dann der Abspaltung Pakistans zusehen mußte, daß das "indische Volk" nicht existierte. Der linke Nationalismus war als antifaschistischer über Jahrzehnte eine einflußreiche Kraft in der Weltpolitik. Im Kampf gegen den Nationalsozialismus wurde eine Linke, die ihre letzten Berührungspunkte gegenüber dem Nationalen bereits überwunden hatte, aus nunmehr tiefster patriotischer Überzeugung (und nicht mehr nur taktischer Erwägung) zum Verbündeten der Staaten der Anti-Hitler Koalition. In den kolonialen Auseinandersetzungen war sie Verbündeter - und Schöpfer - von "nationalen Befreiungsbewegungen".

An diesen traditionsreichen antiimperialistischen und antifaschistischen Nationalismus knüpfte 1968 auch die Neue Linke an, und dieser Diskurs wirkt bis heute überall dort fort, wo Linke Rebellionen gegen Ausbeutungs- und Herrschaftsstrukturen unterstützen wollen, weil sie darin einen "historischen Fortschritt" erkennen - sei es nun gegenüber rappenden afroamerikanischen Nationalisten oder den Zapatistas in Mexiko. Bei nicht wenigen 68ern war so schon früh der ideologische Boden bereitet, der ihnen später einen abgeklärt-nationalistische Kritik am "Mythos des Internationalismus" (Kursbuch 57/1979) und dann den Übergang zu einem "linken" Deutschnationalismus leicht machen sollte. Man denke an Dutschke (er verfocht das "Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation"), die ML-Gruppen (die meisten waren sich mit Dutschke einig), die DKP (sie hatte die deutsche Flagge von Beginn an im Parteiemblem), einige autonome Gruppen, an die Friedensbewegung (Deutschland als Opfer der USA und der "Supermächte") und an die Zustimmung linker, alternativer und grüner Gruppen zur "ethnisch" begründeten "Wiedervereinigung".

Kaum Distanz zum Nationalismus zeigt bei ihrer unentwegten Suche nach dem revolutionären Subjekt bisher auch die linke "Soli-Bewegung", die sich praktisch jede Regung der "Völker des Trikont" oder sonst marginalisierter "Minderheiten" als nativistische, ethnozentrische oder nationalrevolutionäre übersetzt - ganz unabhängig davon, ob die Objekte ihrer "internationalen Solidarität" sich selbst so verstehen oder nicht - und dabei mit

fiktiven Ethnizitäten und daraus abgeleiteten kulturellen Identitäten hantiert. Nach einer gewissen Verunsicherung im Falle Jugoslawiens, wo die übliche Zustimmung zum "Selbstbestimmungsrecht der Völker" angesichts von Krieg und "ethnischen Säuberungen" nicht so recht gelingen will, ist die Erleichterung über das Auftauchen der Ejército Zapatista de Liberación Nacional im südlichen Mexiko nun umso größer (wobei die Tatsache, daß von den Hoffnungen des linken Nationalismus immer nur der Nationalismus übrig blieb, natürlich kein Argument gegen den Aufstand von Subsistenzbauern und Landarbeitern ist, sondern eines gegen dessen Orientierung auf das Nationale).

Doch diese Erleichterung wird nicht lange vorhalten. Das Bündnis der Linken mit dem Nationalismus und des Nationalismus mit der Linken, das über viele Jahrzehnte die Weltpolitik mitprägte - auch in Gestalt der realsozialistischen Staatenwelt selbst -, hat in den 90er Jahren nur noch marginale Bedeutung. Was bleibt, etwa die Tendenzen des "revolutionären Nationalismus" von Basken, PLO, IRA, PKK, Leuchtendem Pfad, den Bewegungen in Puerto Rico, Osttimor etc., wird auch von vielen InterNationalisten nur noch eingeschränkt als Identifikationsangebot wahrgenommen, ganz zu schweigen vom Separatismus auf Korsika oder in Kanada. Die Strömungen, die auf den alten antifaschistischen Nationalismus zurückgehen sterben international aus: In der DDR wurden sie kultiviert und tauchen daher noch in der PDS auf; in der alten BRD standen Teile der Studentenbewegung, VVN, DKP und andere für diese Position. Mit dem Zerfall der Sowjetunion und den damit einhergehenden Renationalisierungs-Prozessen in den ehemaligen Sowjetrepubliken und in Osteuropa ist auch der realsozialistisch gestützte antiimperialistische Nationalismus faktisch an sein Ende gekommen.

Ungeachtet der guten Absichten vieler ihre Mitglieder hat die Linke in der Vergangenheit erfolgreich am modernen Mythos der Nation mitgestrickt, ihn mit der "sozialen Frage" verknüpft und nach "unten" vermittelt. Sie hat für diesen Fehler teuer bezahlt. Die Versuche ihrer radikalen Reste, aus diesem traditionsreichen, noch immer die Gedanken prägenden Diskurs "dekonstruktiv" herauszutreten, stehen am Anfang.

aus: Konkret 5/94



ZUR LOGIK DES BUNDESDEUTSCHEN ANTIZIONISMUS

von Thomas Haury

Die Lage im Weltmaßstab "Die Welt im Nahen Osten ist in zwei Fronten geteilt, da sind die arabischen Völker, die von den progressiven Kräften der Welt im Sinne des Fortschritts unterstützt werden, demgegenüber stehen die zionistischen Kreise, die jüdische Bourgeoisie und Monopole in und außerhalb Israels, die von der ganzen kapitalistischen Welt unterstützt werden."

[Unsere Zeit (DKP), 13.3.1975]

Das Böse

Israel - "die blutrünstige und machtgierige Bastion gegen die Völker" (Roter Morgen (KPD/ML), 23.11.1974); der Zionismus - "der Feind aller Menschen"

(Autonome Nahostgruppe Hamburg 1989, 2)

Das reine Gewissen

"Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen"

(Schwarze Ratten/Tupamaros Westberlin, nach Baumann 1976, 67ff).

Das Ziel

"Der Konflikt im Nahen Osten kann nicht anders gelöst werden als durch die Zerschlagung des zionistischen Staats"

[Arbeiterkampf (Kommunistischer Bund), Oktober 1973]

"Siege im Volkskrieg; "Israel muß weg!"

(Interim 1992, 6)

Alles Gute!

Wir unterstützen rückhaltlos die gerechte Sache des palästinensischen Volkes. Es ist unser tiefer Wunsch, daß die palästinensischen Kämpfer sich in all ihren Aktionen fest auf die Volksmassen stützen, die Widersprüche im Lager des Feindes ausnutzen,... auf ihre eigene Kraft und die Kraft ihrer arabischen Brudervölker vertrauen und im langanhaltenden Volkskrieg ausharren"

(Rote Fahne, 5.6.1974)

Cui Bono?

"Eigene politische Identität"

(RAF 1987, 38);

"kämpferische nationale Identität"

(Al Karamah 7(1988,3)

Ist das der "Antisemitismus von Links"? Oder ist all dies lediglich eine in den 70er Jahren weit verbreitete, heute aber innerhalb "der Linken" marginalisierte, militante Phrasologie bedeutungsloser Gruppen? Jeder Versuch, der Klärung auszuweichen, verlängert neben dem Ärgernis, daß deutsche Antizionisten sich weiterhin un widersprochen als links und gar als so revolutionär wie sonst niemand dünken können, den handfesten Skandal einer Linken, die solche Denkformen nicht nur toleriert, sondern in vielen Grundzügen teilt, sie nur weniger penetrant und in einer nicht so markigen Sprache selbst produziert. Die Kritik der Quellen und der Logik des deutschen Antizionismus ist deshalb zugleich die Kritik des andauernden Bewußtseinszustands einer Linken, in deren Milieu sich Ideologien heimisch fühlen können, die von metropolitaner Revolutionsromantik und nationalistischen Bedürfnissen, von völkischen Sehnsüchten und antisemitischen Denkformen geprägt sind, und dabei allenfalls auf vielsagende Indifferenz stoßen.

Einige Bemerkungen zum Begriff des Antisemitismus

Antisemitismus⁽¹⁾ wird, zumal im Land des Nationalsozialismus, unweigerlich mit jener Tat verknüpft, für die "Auschwitz" steht. Entsprechend empört wird der Vorwurf des "Antisemitismus von

links" als überzogene oder gar böswillige Verleumdung nicht nur von den deswegen Angegriffenen abgewehrt. Doch der Kurzschuß von Antisemitismus mit Auschwitz verdeckt nicht nur die besonderen Konstellationen und Prozesse, die zur nationalsozialistischen Judenvernichtung führten, sondern unterschlägt überdies, daß der Antisemitismus alles andere als das Anormale und Außergewöhnliche darstellt, sondern vielmehr eine integrale "Alltagsreligion"(Claussen 1989, 112) der kapitalistisch-etatistisch verfaßten Gesellschaft ist. Weder gibt es einen ewigen Antisemitismus, noch kann pauschal jegliche "Feindschaft gegen Juden" als Antisemitismus bezeichnet werden. Er ist weder nur ein "Tradiziertes Vorurteil" noch bloße Zweckpropaganda der Herrschenden zur Ablenkung der Wut der Beherrschten. Auch wer Antisemitismus erst dort zu sehen vermag, wo Juden verfolgt oder ermordet werden, und dies von Menschen, die sich selbst als Antisemiten bezeichnen, verkennt das Wesen des Antisemitismus, seine Ursachen und Dynamik.

Der moderne Antisemitismus ist prima facie eine Denkform, die sich im 19. Jahrhundert in unmittelbarem Zusammenhang mit der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft ausbildet, eine ideologische Reaktion auf die von vielen als Bedrohung oder gar Katastrophe erfahrene Universalisierung der kapitalistischen Warenvergesellschaftung und dem dadurch eingeleiteten Umbruch der gesellschaftlichen Beziehungen, Herrschaftsverhältnisse und Herrschaftsformen. Gesellschaftstheoretisch begriffen werden muß er als eine Ideologie, die die Subjekte einerseits selbst produzieren, um sich die kapitalistische Gesellschaft zu deuten, um ihr Leiden daran zu artikulieren und ihrer ohnmächtigen Wut und ihrem Haß ein zwar falsches, aber konkretes und wehrloses Ziel zu geben, als eine Ideologie, die andererseits in ihrer Struktur, in ihren Funktionen und zentralen Inhalten durch eben diese Gesellschaft präformiert wird.

Obwohl es angesichts der zahlreichen historischen wie nationalen Ausprägungen dieser Ideologie problematisch ist, von dem modernen Antisemitismus zu sprechen⁽²⁾, so lassen sich gleichwohl einige zentrale und allgemeine Komponenten aufweisen. Zentral ist die Identifikation "der Juden" mit dem ebenso notwendig wie folgeschwer falsch verstandenen Kapitalismus. Die eigene Ohnmacht, Abhängigkeit und Nutzlosigkeit wird tagtäglich erfahren am Geld, sie vermittelt sich über den Besitz bzw. Nichtbesitz dieses konkreten Abstraktums "Geld regiert die Welt": So hebt das falsche Credo der Alltagserfahrung an, die eine ebenso evidente wie irrige Reduktion des Kapitalismus auf das Geld vollzieht, die Ausbeutung als Beutelschneiderei des Marktes mißdeutet und das Bank- und Börsenkapital als das geheime Zentrum der Macht identifiziert. Aber das Geld, das denkbar Abstrakteste, muß doch einem konkreten Besitzer gehören, der die Welt aus dem Hintergrund regiert - und so endet diese "Logik" im Antisemitismus, wenn sie in einem letzten Schritt den Geldbesitzer als "Jude" namhaft und haftbar macht.

Die Eigenschaften, die der Antisemitismus "den Juden" zuschreibt - Rast- und Wurzellosigkeit(Ahasverus), Internationalität, Abstraktheit, parasitär von fremder Arbeit lebend, alle Werte zersetzend, als geheime Macht hinter dem Rücken der Menschen das Schicksal der Gesellschaften bestimmend -, lassen sich als auf "den Juden" projizierte und ihm personifizierte Eigenschaften des aus der Universalisierung der Tauschbeziehungen entspringenden Kapitals dechiffrieren.

Das ökonomische Tun der einzelnen Privateigentümer bringt als notwendige Konsequenz den bürgerlichen Staat und damit diejenige Herrschaftsform hervor, die sie selbst wiederum als abstrakt gleiche Staatsbürger mittels des formalen Rechts und der bürokratischen Verwaltung, notfalls mit Repression zusammenzwingt. Das Problem der Atomisierten, ihre

Unterworfenheit unter die abstrakte Zwangsinstantz Staat erklären und ertragen zu können, die daraus resultierende, ebenso blinde wie vergebliche Suche nach konkreter, "natürlicher" Gemeinschaft einerseits und der Identität der "guten" Herrschaft mit den Beherrschten andererseits läßt das Wahnbild des Zwillingspaars von "Volk und Nation" entstehen, das als ideologisches Vehikel zur Einordnung der ohnmächtig Atomisierten in das herrschaftliche Gefüge dient.

Dieses Bedürfnis, eine Zusammengehörigkeit zu finden oder besser zu erfinden, die auf mehr beruht als auf dem Zufall der Unterworfenheit aller einzelnen unter die gleiche abstrakte Herrschaft, erfuhr in Deutschland aufgrund seiner Geschichte die Ausprägung einer blinden und rückhaltlosen Identifikation mit der Macht, die sich mit antidemokratischen Ressentiment paarte und mit einer völkischen Definition des "Deutsch-Seins" verband. Seit der militanten Germanomanie der Fichte, Arndt und Jahn erfüllte das Konstrukt des "Juden" immer mehr die Funktion des "Anti-Volkes" (Améry 1990, 201; vgl. Hoffman 1990) und der "Gegenrasse" (Rosenberg 1934, 462), als dessen Gegenbild und Gegengift erst "der Deutsche" und dann "der Arier" nur entstehen konnte. Der Versuch, der "deutschen Identität" die ihr wesentlich eigene Leere vom Leibe zu halten und die Homogenisierung der Gesellschaft zur Volksgemeinschaft zu erreichen, konnte unmöglich ohne die versprochene, intendierte oder praktizierte Bekämpfung "des Juden" durch das sich in der aggressiven Verfolgung anderer erst findende Kollektiv "der Deutschen" gelingen (Vgl. Poliakov 1977, 1986; Hoffmann 1990).

Auch lag es nahe, die Juden für alle weiteren, mit der Durchsetzung der kapitalistischen Ökonomie einhergehenden und als vitale Drohung empfundenen Umbrüche und Phänomene des modernen Kapitalismus verantwortlich zu machen - für die Auflösung der traditionellen Familien-, Geschlechts- und Autoritätsbeziehungen, für die Verstädterung und Vereinzelung, die Infragestellung der überkommenen Moral und aller bisherigen Werte und Normen, für freie Presse, Kultur und Liberalismus, für Parlamentarismus und Individualismus, für die "Ideen von 1789", für radikale Kritik, Sozialismus, Bolschewismus und Psychoanalyse. Diesem manichäischen Weltbild wurden "die Juden" zum Urheber alles Bösen, alles und jedes traf das Urteil: Zersetzung durch "den Juden". Die Aggression wurde besonders dadurch stimuliert, daß die Juden so gehaßt wurden wie man sie zugleich beneidete, hatten sie eine wirkliche Gemeinschaft zu sein, obwohl sie doch seit Jahrhunderten zerstreut in vielen Staaten lebten und viele Sprachen sprachen. So wurden sie zur Provokation eines Volkes ohne Staat. "Die Juden sind unser Unglück": Heinrich Treitschkes Parole verhalf diesem Denken zum Programm. (3)

Und gerade darin besteht der fundamentale Unterschied des Antisemitismus zum Rassismus, der es verbietet, ihn als bloße Unter- oder Spezialform eines allgemeinen Rassismus zu betrachten. Der Rassismus projiziert auf die als "die andere Rasse" - heute als Angehörige einer anderen "Kultur" - Definierten eine idealisierte Natur, triebhafte Sexualität und starke Körper, dazu Faulheit, Leistungsunfähigkeit und -unwilligkeit, eine niedrigere Intelligenz und ungehemmte Emotionalität, schließlich Irrationalität und Kriminalität. Im Ersatzobjekt wird die Angst vor dem

drohenden Rückfall des disziplinierten und sich selbst disziplinierenden Subjekts in den Naturzustand symbolisiert und bekämpft. Die Angst, in der Konkurrenz zu unterliegen, treibt den lohnarbeitenden Staatsbürger zur aggressiven Abwehr des Bewußtseins seiner eigenen Wertlosigkeit und Ersetzbarkeit, die zugleich den angstvollen Appell an den Staat darstellt, die Selbstunterwerfung auch zu honorieren (Vgl. Postone 1988, 277; Bruhn 1991; Jacoby/Lwanga 1990, 95).

"Der Jude" dagegen symbolisiert die andere Seite. Er steht für Kapital, abstrakte Herrschaft und künstliche Zivilisation; ihm werden eine hohe, aber verschlagene Intelligenz, sagenhafte Macht und kalte Berechnung zugeschrieben. Der moderne Antisemitismus leistet wesentlich mehr als der (klassische) Rassismus. (4) Als Geschichtsphilosophie bietet er eine ursächliche Erklärung der gesamten kapitalistischen Gegenwart aus einem Prinzip, er macht "die Juden" für ihre Nöte und Krisen, ihre Zwänge und Katastrophen verantwortlich und verheißt Erlösung: die "Lösung" des "Judenproblems".

Die ideologische und psychologische Dynamik des modernen Antisemitismus ist dadurch gekennzeichnet, daß seine Parteiläger gegen jeden Versuch rationaler Überzeugung immun sind und daß er eine zwar objektiv konformistische, weil am Ersatzobjekt sich ausagierende, subjektiv aber ernst gemeinte Rebellion darstellt. Die Resistenz der antisemitischen (und auch der rassistischen oder nationalistischen) Denkform gegen jede ihr widersprechende Realität speist sich, wie ihre Immunität gegen Argumente und Kritik, aus dem psychischen Gewinn, den sie verschafft. Sie erlaubt nicht nur eine instinktsichere Orientierung in einer weithin unverständlichen und widersprüchlichen Gesellschaft, die sich mit dem Stolz paart, einer Gemeinschaft der Eingeweihten und Wissenden anzugehören - durch die Projektion alles Bösen auf das prospektive Opfer "Jude" vermag der Antisemit sich vielmehr selbst zum absolut Guten zu erklären und so den Freibrief sich auszustellen, in Notwehr zur ersehnten Gewalttat am Ersatzobjekt zu schreiten und endlich den ein Leben lang aufgestauten Haß ausleben zu dürfen. So wenig das projizierte mit dem Objekt zu tun hat, so wenig will der Projizierende diese Differenz erkennen. Denn dann müßte er kritisch auf sich selbst reflektieren und das Ziel seiner Vernichtungswünsche käme ihm abhanden. Der Antisemitismus ist eine Bewußtseinsform, die nicht über sich selbst aufgeklärt werden kann, die sich dagegen wehrt, ihrer selbst aufgeklärt zu werden.

Der radikalisierten und strikt binären Ideologie des Nationalsozialismus mußten "der Jude" und die Juden am unerbittlichsten für das abstrakt Böse von Ökonomie, Staat und Kultur einstehen. Sie deutete die Weltgeschichte als Kampf zweier Prinzipien, sie stellte die Alternative von katastrophischen Untergang oder Bekämpfung des "im Juden" personifizierten abstraktem Bösen auf. Der moderne Antisemitismus und insbesondere der Nationalsozialismus verstanden sich als die ebenso nationale wie soziale Bewegung, als wahrhaft "deutsche Revolution" gegen das "Sinnbild alles Bösen" zur Rettung der Welt (Hitler 1936 355).

Nach der Zäsur "Auschwitz", d.h. nach dem siegreichen Untergang des Systems der Massenvernichtung, konnte der Antisemi-



Exemplarisch für diese Großen Sprung zurück steht die Biographie von Ulrike Meinhof: Sie forderte noch 1967 die politische Vernunft und historische Verantwortung der Linken ein statt blinder Parteilichkeit. Nur wenige Jahre später regredierte sie mit RAF auf Positionen, aus denen nur verzweifelter Aktivismus und historische Amnesie spricht.

tismus unmöglich in seiner alten Form noch überhaupt als offener Antisemitismus fortbestehen. Die Öffentlichkeit hat antisemitische Äußerungen bislang tabuisiert; es scheint daher, als sei der Antisemitismus als Welterklärung und als politische Bewegung verschwunden. Gleichwohl erweisen die mit unheimlicher Regelmäßigkeit auftretenden antisemitischen "Entgleisungen" in Miltenberg und anderswo die manifeste Verdrängungs- und Entlastungsfunktion des demonstrativ zur Schau getragenen Philosemitismus. Auch alle empirischen Erhebungen beweisen das hartnäckige Fortleben antisemitischer Stereotypen in weiten Teilen der Bevölkerung. Unterhalb der Schwelle geschlossener Weltbilder und politischer Bewegungen wird der Antisemitismus als Alltagsdenken beständig produziert und erneuert.

Weil die Antisemiten nach Auschwitz keine mehr sein können, kam es zum Phänomen des Antisemitismus ohne Antisemiten, der in Deutschland zugleich ein Antisemitismus ohne Juden ist - ein Beleg mehr für die Produktivität einer Ideologie, die sich ihren Gegner erst ganz am Schluß, wenn es um den Endkampf geht, in der Gestalt "des Juden" konstruiert. Das im klassisch modernen Antisemitismus Gebündelte existiert heute aufgespalten in Anti-Intellektualismus und Anti-Amerikanismus, in Antikommunismus, Kulturpessimismus und Apokalypse, d.h. in Komponenten und Bausteine, die - vorerst - nicht unabweislich zum "Juden" zusammengefügt werden müssen (Vgl. Claussen 1991, Bering 1982).

Das paradoxe und perverse Novum des Antisemitismus nach 1945 besteht, gerade in Deutschland, darin, daß Auschwitz zur neuen Quelle eines sekundären Antisemitismus werden konnte. Die vielfältigen Versuche der Verleugnung, Entschuldigung und Relativierung des Nationalsozialismus zeugen samt und sonders von der Schranke, die die "deutsche Tat" Auschwitz dem Bedürfnis nach "deutscher Identität" setzt. Das provoziert den "Antisemitismus wegen Auschwitz" (Diner 1986, 125).

Die antisemitischen Emotionen, die sich aus scheinbar heiterem Himmel an Ereignissen wie der Rückgabe jüdischer Vermögen anfangs der 50er Jahre, an der Fassbinder-Kontroverse, an Bitburg und der Waldheim-Affäre exemplarisch entluden, bezeugen das immense Verlangen der überwiegenden Mehrheit der Deutschen danach, "endlich einen Schlußstrich unter die Vergangenheit" zu ziehen und Israel als eine "Staat wie jeden anderen" zu behandeln. Die nationalistischen Tendenzen weiter Teile der Friedensbewegung der 80er Jahre und während des Golfkriegs, die neue Konjunktur des christlichen Antijudaismus und seines Stereotyps vom unversöhnlichen alttestamentarischen Rachegott sind Symptome dieser aus unbewußten kollektiven Schuldgefühlen und aggressiven Entlastungswünschen sich speisenden "bedrohlichen Präsenz der Juden im kollektiven Bewußtsein in Deutschland nach Auschwitz" (5) Treitschkes Schlachtruf "Die Juden sind unser Unglück" gewann durch Auschwitz tatsächlich den Inhalt, daß jeder Jude der "deutschen Identität" im Wege steht, weil er an die deutsche Untat erinnert. "Die deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen" (Broder 1986, 125).

Kleine Geschichte des bundesdeutschen Antizionismus

Meinungsumfragen der amerikanischen Militärverwaltung 1946/49 zeigten, daß es in Deutschland auch in Sachen Antisemitismus alles andere als eine "Stunde Null" gegeben hatte. Die Mehrheit der Deutschen wollte sich keineswegs für den Nationalsozialismus verantwortlich fühlen, und bereits die Rückerstattung des jüdischen Eigentums stieß nach 1950 auf massiven Protest (Schoeps 1986, Bergmann 1990, Erb 1990).

Die sozialdemokratisch, gewerkschaftlich, linksliberal und christlich geprägte Nachkriegslinken dagegen vertrat dezidiert proisraelische Positionen, trug maßgeblich zum Zustandekommen des Wiedergutmachungsabkommens von 1952/53 bei und engagierte sich in der ersten Hälfte der 60er Jahre für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, die die Regierung Adenauer bis 1965 hinauszögerte. Doch die stereotype Bewunderung von Israel und der israelischen Gesellschaft, die Begeisterung für die Kibuzzim und die Heroisierung der jüdischen Pioniere (während die palästinensische Bevölkerung keine Erwähnung fand), sind Belege dafür, daß der Pro-Israëlismus der Linken nicht nur aus

dem Bewußtsein politischer Verantwortung folgte, sondern auch von Befangenheit, latenten Schuldgefühlen sowie dem Bedürfnis geprägt war, sich gegenüber dem Ausland wie in Abgrenzung zur CDU-Regierung als das "bessere Deutschland" zu bewähren (Stern 1991a,b).

Die Neue Linke der 60er Jahre dagegen, die sich vor allem im Engagement gegen den Vietnamkrieg sowie in der Kritik der nachnazistischen autoritären Demokratie formierte, nahm seit Ende der 60er Jahre eine ganz andere Haltung zu Israel ein (Kloke 1990, Fichter 1984). Der Wendepunkt war der Junikrieg von 1967, der nur drei Tage nach der Erschießung Benno Ohnesorgs während einer Demonstration gegen das Schahregime begann, als die APO sich mit der bis dato massivsten staatlichen Repression sowie der tagtäglichen Hetze der Springer-Presse konfrontiert sah.

Regierung und Springer-Presse feierten den Sieg Israels mit einer Blitzkriegsbegeisterung, in der sich der ohnehin fadenscheinige offizielle Philosemitismus mit der kaum verhohlenen Freude und tiefen Genugtuung mischte, daß "die Juden" endlich Untaten begingen und Krieg führten wie andere auch, hinzu kam die Erleichterung, daß die "Rache der Juden" nicht die Deutschen ereilte, sondern die arabischen Staaten, die überdies noch als Vorposten der Sowjetunion galten (So z.B. Golo Mann 1960, vgl. Meinhof 1980, Diner 1986). Innerhalb kürzester Zeit kippte die Position der Neuen Linken von einer verhaltenen proarabischen Neutralität in eine überbordende Verurteilung Israels als "imperialistisch-faschistisches Staatsgebilde" um, während die Al Fatah zum avantgardistischen Subjekt der sozial-revolutionären Umwandlungsprozesse in der Dritten Welt stilisiert wurde.

Argumente, Kritiken und Warnungen bekannter Altlinker, wie Ernst Bloch, Herbert Marcuse, Jean Améry, Jean-Paul Sartre, Iring Fetscher u.a.m., die die Selbstverständlichkeit der Differenzierung zwischen der Existenz des Staates an sich und der Kritik an der israelischen Regierungspolitik einforderten und auf die "unerträglichen" Vernichtungsdrohungen (Meinhof 1980, 102) und die "nationalistische Demagogie" (Deutscher 1977, 93) der arabischen Propaganda hinwiesen, vermochten den Stimmungsumschwung nicht aufzuhalten (vgl. Améry 1969, 190a,b; Deutscher 1977M Kloke 1990 1990, 71ff). Damit begann der Niedergang der Neuen Linken. Exemplarisch für diese Großen Sprung zurück steht die Biographie von Ulrike Meinhof: Sie forderte noch 1967 die politische Vernunft und historische Verantwortung der Linken ein statt blinder Parteilichkeit. Nur wenige Jahre später regredierte sie mit RAF auf Positionen, aus denen nur verzweifelter Aktivismus und historische Amnesie spricht.



Plakat aus den 70'ern

Seit 1969 wurde der Palästina-Konflikt nur noch als "ein Bestandteil des Kampfes aller unterdrückten Völker der Dritten Welt gegen den Imperialismus" wahrgenommen. Nahezu alle Gruppen der zerfallenden APO waren sich einig in der Parole "Nieder mit dem chauvinistisch-rassistischen Staatengebilde Israel!", die der Frankfurter SDS 1970 ausgegeben hatte (Nach Kloke 1990, 80). Schon 1969 hatten es die anarchistisch-spontaneistischen "Schwarzen Ratten/Tupamaros Westberlin", eine Vorläufergruppe des 2. Juni, nicht mehr bei Verbalinjuriern blassen: "Am 31. Jahrestags der faschistischen Kristallnacht wurden in Westberlin mehrere jüdische Mahnmale mit "Schalom und Napalm" und "El Fatah" beschmiert. Im Jüdischen Gemeindehaus wurde eine Brandbombe deponiert". Bislang habe infolge des deutschen Schuldbewußtseins nur eine "neurotisch-historizistische Aufarbeitung der geschichtlichen Nichtberechtigung eines israelischen Staates" stattgefunden. Doch der "wahre Antifaschismus ist die klare und einfache Solidarisierung mit dem kämpfenden Fedayin." Denn "aus dem Faschismus vertriebene Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen" (Nach Baumann 1976, 67f).

Damit war der Antizionismus innerhalb der Linken nicht etwa diskreditiert, und in der Folgezeit gründeten sich zahlreiche Palästina-Komitees; in den 70er Jahren hatte der Antizionismus Hochkonjunktur. Nach der Geiselnahme der israelischen Olympiamannschaft durch ein Kommando der palästinensischen Organisation "Schwarzer September" 1972 in München führten die harten staatlichen Repressionen gegen in der BRD lebende Palästinenser und Araber nicht nur zu politischen und praktischen Solidarisierung mit ihnen, sondern die Solidarität ging mit einem weiteren Aufschwung der antizionistischen Agitation einher; die RAF äußerte in einer längeren Erklärung, die jeder der "Schwarzen Ratten" in nichts nachstand, ihre Begeisterung über den beispielhaften Charakter der "antimperialistischen, antifaschistischen und internationalistischen" Aktion des "Schwarzen September" (RAF 1987, 31).

Sowohl die Zeitungen des Palästina-Komitees (mit ihren so martialischen Titeln wie Die Front oder Die Revolution) wie die Zentralorgane der K-Gruppen der 70er Jahre bezeugen, daß damals ein ebenso bedingungs- und wie besinnungsloser Antizionismus zur Grundausrüstung einer sich revolutionär dünkenden "linken Identität" gehörte. Selbst als sich 1976 die Ungeheuerlichkeit der Selektion der jüdischen (und nicht nur der israelischen) Fluggäste während der Entführung eines Verkehrsflugzeugs nach Entebbe durch ein Kommando der palästinensischen PFLP und zwei Angehörige der bundesdeutschen Revolutionären Zellen mit dem Ziel der Freipressung von inhaftierten Palästinensern ereignete, reagierten weite Teile der Linken mit Ignoranz und Gleichgültigkeit - während z.B. die KPD "dem Ministerpräsidenten von Uganda, seiner Exzellenz Idi Amin .. uneingeschränkte Solidarität" ausdrückte und ihm "unser tiefempfundenes Mitleid" versicherte (Rote Fahne, nach Broder 1984, 22). Danach begann, vorerst nur in kleinen Teilen der Linken, die erste Anti-

semitismusdebatte,⁽⁶⁾ die noch durch die öffentlich begründete Emigration von Henryk M. Broder und Lea Fleischmann nach Israel verstärkt wurde (Fleischmann 1980, Broder 1981). Einige forderten das "Ende einer falsch verstandenen linken Toleranz" (Fichter 1984, 96), gegenüber dem Antizionismus.

Die Welle der Empörung, die 1982 durch die Libanon-Invasion der israelischen Armee und die Massaker in den Flüchtlingslagern von Sabra und Schatilah hervorgerufen wurde, erschreckte durch ihr zwanghaftes Bedürfnis, Israel mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen, eine Analogisierung, die von den Palästina-Komitees bis hin zu den Grünen Anklang fand. Doch die Schlagzeilen der linken Presse, die von der "Endlösung der Palästinenserfrage" handelten, stießen auf eine bereits heftigere Kritik. Nicht mehr nur allein der Palästinasolidarität, sondern auch den neuen sozialen Bewegungen wurden antijüdische Tendenzen oder gar "Antisemitismus von links" vorgeworfen (Vgl. Verlängerung 1983, Solidarität 1984, Brumlik 1986, Diner 1983).

Diese Kritik, aber auch der allgemeine Niedergang der Zerfallsprodukte der APO, das Ende des "Mythos des Internationalismus" (so der Titel eines Kursbuches von 1979) sowie die beginnende Umorientierung der PLO in Richtung auf Verhandlungsbereitschaft drängten den harten Kern der Palästinasolidarität zunehmend in isolierte Zirkel ab und ließ darin - Musterbeispiele sind die Zeitschrift Al Karamah sowie der an der Hamburger Universität wirkende Pädagoge Karam Khella - immer stärker völkisch-nationalistische Denkweisen hervortreten. Der fundamentalistische Dissens schwelte weiter und brach immer wieder auf. So provozierten die von keiner Einsicht getrüben antisraelischen Äußerungen von Nahostgruppen, mit denen diese die gerade begonnene Intifada zu unterstützen trachteten, 1988 erbitterte innerlinke Auseinandersetzungen und Trennungsprozesse (Deutsche Linke 1988, Initiative 1990, IZ3W Nr. 150/1988). In den Diskussionen um die linke Position zum Golfkrieg und zu Israel 1991 büßten die ohnehin zusammengeschmolzenen Nahostgruppen ihre restlichen Identitätskrücken nahezu ein, nachdem selbst "Gefangenen aus dem Widerstand" und ein Gruppe der Revolutionären Zellen den Antizionismus vehement kritisierten.⁽⁷⁾ Trotzdem muß bezweifelt werden, daß dieser Aufsatz schon ein Nachruf ist.

Eine mehr als zwanzigjährige Geschichte von disparaten Gruppen und Sekten, die sich schon über der Frage heftig befahdeten, ob El Fatah, PFLP oder DFLP der linken Sympathie teilhaftig werden dürften, dazu die Entwicklung von der anfangs enthusiastischen Hoffnung auf Veränderung über die bald nur noch stereotype Beschwörung der weltweiten Einheit der revolutionären Bewegung bis hin zu den verquastesten völkisch-nationalistischen und antisemitischen Phrasen der 80er Jahre, deren Verbreitung sich die Zeitschrift Al Karamah verschrieben hat - läßt sich all das überhaupt als der Antizionismus darstellen?

Das antiimperialistische Weltbild macht keine Fehler...

So verschieden und untereinander zerstritten die Verfallsprodukte der 68er-Bewegung, die diversen Kaderparteien sowie die Gruppen des bewaffneten Kampfes bis hin zu den Autonomen

Das reine Gewissen

"Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen"

(Schwarze Ratten/Tupamaros Westberlin, nach Baumann 1976, 67ff).



und den Antiimperialisten der 80er Jahre auch waren: Sie einte doch eine spezifische Interpretationschablone, deren Grundstruktur hier idealtypisch als antiimperialistisches Weltbild skizziert werden soll.⁽⁸⁾ Diese Weltanschauung gehört bis heute zum diffusen Grundkonsens der Linken und bildet einen wichtigen Schlüssel zum Verständnis des Antizionismus und seiner wohlwollenden Akzeptanz als legitimer Bestandteil "linker" Gesinnung. Der linke Common Sense begreift die Gesellschaft als von einem monolithischen Machtblock aus Kapital und Staat gesteuert. Weder wird die bürgerlich-kapitalistische Ökonomie als ein System sozialer Beziehungen begriffen oder das relativ getrennte Dasein eines politischen Gebildes namens "Staat" als ein notwendiger Ausdruck dieser sozialen Verfaßtheit gesehen, noch wird unter "Ideologie" mehr verstanden als Manipulation und geschickte Lüge. So entsteht zwangsläufig ein binäres und verdinglichendes, ein personalisierendes und moralisierendes Denken, das eine Clique von bösen Herrschenden annehmen muß, die mittels direkter Repression, Korruption durch Sozialpolitik und gemeiner Propaganda in den Medien die Guten, die Beherrschten, niederhalten - ein Ideenkonglomerat, das zur unsäglichen These vom "neuen Faschismus" in der BRD treibt.

Doch wo hört die Herrschaft auf, wo fangen die Unterdrückten an? Alle nach 1968 unternommenen Versuche, das Proletariat über seine wahre Lage aufzuklären und es von seinen eigentlichen Interessen zu überzeugen, scheiterten. Waren Repression und Indoktrination daran schuld? Oder war das Proletariat bereits so durch den der "Dritten Welt" abgepreßten Profit korrumpiert worden, daß es nun selbst bekämpft werden mußte? Die Linke bleibt marginal, jede Hoffnung auf baldige praktische Veränderung wurde und wird schnell frustriert. Nach dem Scheitern der Anti-Springer-Kampagne, der Verabschiedung der Notstandsgesetze, dem Ende des Pariser Mai und des Prager Frühlings verblieben die demokratischen, sozialistischen und utopischen Inhalte der Neuen Linken, und an die Stelle der Utopie trat die negative Selbstdefinition als "Opfer", das gegen das System rebelliert.

Doch je notwendiger eingehendere Analysen oder zumindest das Eingeständnis der eigenen Ratlosigkeit und Ohnmacht sowie der Haltlosigkeit der Phrase von der "Diktatur des Proletariats" wurden, desto mehr schwor man sich auf einen maoistisch eingefärbten Marxismus-Leninismus ein. Je unwahrscheinlicher die Revolution in der BRD wurde, desto mehr glaubte man (auch weil die UdSSR trotz aller ideologischer und praktischer Kongruenzen dazu nicht mehr taugen konnte) wenigstens in den Befreiungsbewegungen der "Dritten Welt" die Verkörperung der weltrevolutionären Kräfte gefunden zu haben. Im Trikont schien es noch leicht, den "klaren Trennungsstrich zwischen sich und dem Feind" (Mao) zu ziehen. Der monolithische (US-)Imperialismus stand weltweit als Verschwörung der Metropolen gegen den vereint kämpfenden "proletarischen Internationalismus". Je aussichtsloser die eigenen Aktionen zur Konfrontation mit dem staatlichen Repressionsapparat führten, desto entschiedener hefteten sich die antiimperialistischen Sehnsüchte an den "Sieg im Volkskrieg". Und je unabweisbarer die objektiven Schwierigkeiten der linken Theorie und Praxis in der BRD hätten reflektiert werden müssen, desto stärker wurde das subjektive Bedürfnis, sich stattdessen eine linke revolutionäre "Identität" (auch ein neulinker Modebegriff) durch den Bezug auf die "geborgte Realität" (Oskar Negt) der Befreiungsbewegungen in der "Dritten Welt" zu verschaffen.

Das Modell war griffig: Ein Volk fordert seine Selbstbestimmung gegen fremde Herrschaft und imperialistische Ausbeutung. Herrschaft wurde auf Fremdherrschaft, Kapitalismus auf fremde Ausbeutung reduziert. Die notwendige und richtige Parteinahme für die aufständische Bevölkerung mutierte zur unkritischen Pauschalidentifikation mit den jeweiligen Befreiungsbewegungen. Was in Wirklichkeit in erster Linie nationale Befreiungsbewegungen waren, das geriet der erfolgs- und perspektivlosen Metropolenlinken zur Stellvertreterbewegung, die die sozialistische Utopie an ihrer Statt verwirklichen könne. Dieser unkritische und identifikatorische Bezug auf die Kämpfe der nationalen Befrei-

ungsbewegungen - legitimiert durch die Pseudotheorie des Marxismus-Leninismus, der von Anfang an wenig mehr war als die nationale Legitimationsideologie der sowjetrussischen Entwicklungsdiktatur und mit Kommunismus nichts zu tun hatte (Claussen 1979, Pannekoek 1991)-, führte zur unkritisch-affirmativen Besetzung der Begriffe Nation, Staat und Volk. Gelangte eine nationalistische Befreiungsbewegung erfolgreich an die Macht, so wurde sie zu dem, was sie werden wollte bzw. was erwartbar war: im besten Fall zu einem relativ "normalen" Nationalstaat, mit einer ganz normalen Regierung, mit staatlicher Repression usw. Oft genug wurde sie aber auch zu einem äußerst diktatorischen Regime, dessen Brutalität, Vertreibungen und Massaker meist lange kritiklos beschwiegen und vielmehr bis zum völligen Verlust aller moralischen Maßstäbe und jeglicher politischen Vernunft mit marxistisch-leninistischen Phrasen so lange zu legitimieren versucht wurden, bis die blinde Gefolgschaft, enthusiastische Romantisierung und Heroisierung dann Hals über Kopf aufgegeben und der revolutionäre Weltgeist sodann in einer anderen Weltengegend entdeckt wurde.

Das antiimperialistische Weltbild ist nicht nur mit einigen "Fehlern" behaftet, sondern es weist - in seiner vereinfachenden Sicht von Herrschaft als Fremdherrschaft und Ausbeutung als fremde MACHENSCHAFT, in seinem binären Denken, das unter Verlust des Realitätsbezuges das Weltgeschehen sauber in Gut und Böse sortiert, in seinem Willen, den Kampf um nationale Unabhängigkeit als Revolution mißzuverstehen und der daraus resultierenden Identifizierung mit dem Volk und dessen Gleichschaltung mit dem "guten Volksstaat", schließlich in seiner Tendenz, Politik und Ökonomie zu personalisieren - zahlreiche strukturelle Affinitäten mit dem antisemitischen Weltbild auf.

Das gute Volk kämpft gegen das künstliche Zionistengebilde

Der Antizionismus ist die Anwendung des antiimperialistischen Schemas auf den Konflikt zwischen Israel und der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung. Darin führt die strukturelle Affinität zur teilweisen inhaltlichen Affinität: das antiimperialistische Weltbild ist den antisemitischen Stereotypen gegenüber nicht nur nicht immun, sondern es tendiert, wird es zum Antizionismus konkretisiert, dazu, diese selbst hervorzubringen. Ordnet man das Material von zwanzig Jahren antizionistischer Agitation, so läßt sich aus all den Traktaten und Elaboraten verschiedenster Provenienz doch eine allgemeine Logik des bundesdeutschen Antizionismus destillieren.

Von rebellischen Identifikations- und Projektionsbedürfnissen getrieben, sucht das binäre Denken auch im Nahost-Konflikt nach Gut und Böse und findet das Unheil mit schlafwandlerischer Sicherheit im "Zionismus" sowie im Staat Israel, der, und hier darf ausnahmsweise einmal das Bewußtsein das Sein bestimmen, zu dessen "materiellen Ausdruck" erklärt wird (Autonome Nahostgruppe Hamburg 1988, 9).

Um den Zionismus zu geißeln, wird zuerst seine üble Herkunft, d.h. sein "Klassencharakter", als bloße "ideologie jüdischer Kapitalisten" (Rote Pressekonferenz, 18.10.1973) nachgewiesen, wobei der vulgärmaterialistischen Phantasie keine Grenzen gesetzt sind. Al Karamah weiß, daß der Zionismus von der osteuropäischen jüdischen Bourgeoisie, deren bislang so arbeitssame jüdische Lohnarbeiter gefährliche Klassenbewußt wurde, um mit "der Errichtung eines eigenen 'rein jüdischen' Staates die Verhältnisse des sich auflösenden Ghettos...zu reproduzieren" (Al Karamah Nr.8, 1988, 40); die "Gruppe Arbeiterpolitik" dagegen hat schon etwas von Antisemitismus gehört und favorisiert die jüdische Bourgeoisie in Westeuropa als Urheber des Zionismus, weil diese "das sorgfältig gehütete Gerüst der 'Assimilation'" angesichts der starken Zuwanderung von Juden aus Osteuropa habe schützen wollen. Wie phantasievoll hergeleitet auch immer, der Zionismus ist jedenfalls "die imperialistische Antwort auf die 'Judenfrage'" (Nahostgruppe Hamburg 1989, 4f) - was allemal besser klingt als der verzweifelte Fluchtversuch vor dem Antisemitismus, der er war.

Dieses abstrakte Böse schuf etwas Künstliches, eine "Gebilde" mit dem Namen "Israel". Zwar ist der Zionismus bemüht Israel "als 'Heimstätte aller Juden' zu tarnen"(Nahostgruppe Freiburg 1988b), doch der geschulte Antisemitismus durchschaut das natürlich und verurteilt diese naturwidrige Existenz mit deutscher Gründlichkeit, d.h. mittels Gänsefüßchen, zum Tode.

Wie konnte dieser "Garten des Bösen"(Elias 1983, 93), dieser Staat "der ein einziges Kontinuum des Verbrechens gegen die Menschlichkeit ist" (Khella 1988, 19) überhaupt entstehen? Natürlich ist "der Imperialismus" mitbeteiligt. nur im Bündnis mit dem Imperialismus konnte der "Zionistenstaat" als "Brückenkopf gegen die nationalen Befreiungsbewegungen" geschaffen werden (Arbeiterkampf November 1973); und er hatte "seit jeher die Funktion, die Interessen des Imperialismus in dieser Region durchzusetzen" (Autonome Nahostgruppe Hamburg 1989,2). Diese üble Abkunft läßt "den Zionismus" dann zur Metapher für das Böse schlechthin taugen, und meist wird er in einem Atemzug mit Imperialismus und Rassismus genannt. Er "wehrt sich vehement gegen ein friedliches Zusammenleben der Völker" (Nahostgruppe Freiburg 1988b). Mit der "durch keine Vernunft und Menschlichkeit gebundene Ungeheuerlichkeit zionistischer Aggressionen"(Elias 1983, 94) ist er "nicht nur der unversöhnliche und unreformierbare Feind der Palästinenser. Er ist auch unser Feind. Er ist der Feind aller Menschen"(Autonome Nahostgruppe Hamburg 1989, 2).

Dem abstrakten Bösen in Gestalt des Zionismus/Imperialismus tritt geschlossen das konkrete Gute entgegen: ein Volk! "Sehr oft wurde behauptet, das palästinensische Volk gäbe es nicht...Das ist eine absolute Lüge" denn alle Aktionen und Forderungen beweisen die Einheit des palästinensischen Volkes...alles spricht dafür und beweist die Integrität und die Einheit dieses Volkes... Israel ... ist mit dem gesamten Volk konfrontiert..." (Nahostgruppe Freiburg 1988c). Die Zionisten und Imperialisten "zerstören die sozialen Zusammenhänge der Menschen und vertreiben sie von Land und Boden. Damit vernichten sie ihre Würde und Identität." Insbesondere die "völlige Entwurzelung" gefährde ihre "Identität als Volk"(Nahostgruppe Freiburg 1988a). Das derart beschworene Volk ist dem Antizionisten ans Herz gewachsen, weil es erstens ein Opfer ist, zweitens kämpft und das drittens auch noch gegen die Entwurzelung durch die Israelis.

Israel dagegen darf kein Volk vorweisen, und die Juden sind daher auch gar kein richtiges Volk. In der für die PLO wie die deutschen Antizionisten "grundlegenden Frage, ob die Juden ein Volk sind" (Autonome Nahostgruppe Hamburg 198, 14), sind alle der einhelligen Meinung, daß dieses "angebliche Volk" (Rote Presse Korrespondenz, 8.10.1983), "das niemals existiert hatte" (Palästina-Nachrichten Nr.7), selbstverständlich kein 'Naturrecht' auf einen richtigen Staat geltend machen könne, weil es - und hier wird gerne die Palästinensische Nationalcharta zitiert-, weder einen "Heimatboden" vorzuweisen hat noch eine angeborene "Identität...(als) genuine, unauslöschliche Eigenschaft. Sie geht von Elterngeneration auf die Nachkommen über"(nach Al Kamarah Nr. 2/1986, 13). Alle richtigen Völker, die im Genuß von Blut und Boden sind, dürfen Staaten gründen, die Palästinenser und Kurden, nur die Juden nicht, weil sie nach deutsch-völk-

schen Kriterien keines sein dürfen.

Al Kamarah weiß dies am anschaulichsten vor Augen zu führen: "Was das Volk letztlich ausmacht, ist sein Land, seine Bildung, seine Geschichte und auch die folkloristischen und kulturellen Gewohnheiten und Traditionen spielen eine große Rolle." "Wenn die die Wurzeln eines Volkes erkennen willst, schau sein Tänze, seine Folklore an" "Den Zionisten fehlt eine einheitliche Folklore, weil sie aus verschiedenen Teilen der Welt, aus unterschiedlichen Kulturkreisen kommen". "Sie bilden keine Nation und müssen sich nationale Eigenschaften durch Raub erwerben"(Nach Heinrich 1989, 123ff) Da "Zionismus und Frieden...ebenso unvereinbar sind wie Feuer und Wasser"(Al Kamarah Nr.12/1989,4), ist klar: "Wer an eine Lösung glaubt, die an der Beseitigung des zionistischen Regimes Israels vorbeigeht, der irrt"(Nahostgruppe Hamburg 1988, 10). "Israel muß Weg!"(Interim 1992, 6).

Im Rahmen der antiimperialistischen Arbeitsteilung hat das palästinensische Volk, je nach Gusto der metropolitanischen Antizionisten, die sozialistisch-ökologisch-feministische Revolution durchzusetzen: "Die Perspektiven...der palästinensischen Revolution liegen...in der Befreiung der Menschen, der Wiederherstellung ihrer Würde und Identität als freie Menschen und in einer Gesellschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und ihrer Verantwortung gegenüber der Natur orientiert" (Nahostgruppe Freiburg 1988a).

Und während die Tatsache, daß dieses schöne Programm nur durch die Vertreibung oder Tötung der Millionen von Israelis, die nicht mit dem Urteil der deutschen Antizionisten einverstanden sind, hinter der Formel verborgen wird,, doch nur die 'zionistischen Staatsstrukturen zerschlagen' zu wollen, ruft Al Kamarah unverhohlen dazu auf, "für jede und jeden Palästinenser / in [der getötet wird] einen Siedler zu liquidieren" (Al Kamarah, a.a.O. 4). Im "kompromißlosen Existenzkampf" zur "Zerschlagung der allumfassenden zionistischen Verkörperung in Form des zionistischen Staates Israel" (Al Kamarah, Nr 3, 18), "mit dem Rücken zur Wand" - da ist kein Platz mehr zum Zurückweichen. "Vor sich den Feind"(Nahostgruppe Freiburg 1988c), da findet der Antizionist, was er so dringend benötigt, die "kämpferische nationale Identität, die nicht zu zerschlagen ist"(Al Kamarah Nr 7/1988, 3); und auch die RAF fühlte schon 1972, daß die deutsche Linke anhand derlei "antiimperialistischen, antifaschistischen und internationalistischen" Aktionen wie der des Schwarzen September "ihre eigene politische Identität wiederfinden" könne (RAF 1987, 38).

Nachdem so das gute Volk gegen das abstrakte in Gestalt des Zionismus/Imperialismus in Stellung gebracht worden ist und die Palästinenser nun den Kampf gegen das zur Staatlichkeit nicht befugte Pseudo-Volk als Avantgarde der nationalrevolutionären Identifikationsbedürfnisse bundesdeutscher Antizionisten zu führen haben, entwickeln die Traktate noch all die anderen antisemitischen Stereotypen, die symptomatisch sind.

So kann ungeniert von "zionistischer Weltbewegung" (Al Kamarah Nr 3 1986, 18) geschrieben werden, und auch Wall Street darf nicht fehlen: "Die zionistischen Multimillionäre, die in allen Teilen der Welt leben..., treffen sich immer wieder in privaten



Konferenzen, um Israels Aggression zu unterstützen" (Antimperialistisches Informationsbulletin, April 1971). Zions Herrschsucht ist noch immer unersättlich, und manch ein Antizionist fragt sich mit lüsterner Besorgnis: Wird "Groß-Israel von Nil bis zum Euphrat" reichen, wie Brigitte Heinrich als Rednerin der bundesweiten Demonstration gegen die Libanon-Invasion am 21.8.1988 formulierte (Nach Kloke 1990, 139)? Mitnichten! Israels "seit Jahrzehnten erklärtes Ziel...(ist) die mythisch-biblische Ausdehnung seines Einflusses auf den ganzen nahen Osten in der weiteren Perspektive" (Elias 1983, 85). Auch die "Beherrschung der Weltöffentlichkeit durch die zionistische Propaganda" darf nicht fehlen, deren "organisierte Demagogie... in der Lage war, jede kritische Äußerung gegen den zionistischen Staat zum Schweigen zu bringen" (Al Kamarah Nr. 3 1986, 18) Und der Staat des staatsunfähigen Unvolks ist natürlich ein "mit geraubtem Land und geschnorrten Geld errichtetes künstliches Gebilde" (Arbeiterkampf, Januar 1975) mit "Parasitären Charakter" (Konkret 28.6.1973).

Daß diese antisemitischen Stereotypen mit einer systematischen Ignoranz gegenüber dem Antisemitismus und seiner Geschichte einhergehen und dazu mit der durchgängigen Verkennung seines ideologischen Gehalts, kann nicht mehr überraschen. Fall der Antisemitismus überhaupt als Problem erscheint, dann erstens lediglich als eine Form von Rassismus unter vielen, die schon deshalb keine gesonderte Betrachtung erfordere, zweitens wird er zur bloßen Erfindung und Lüge, zum Täuschungsmanöver der Bourgeoisie verniedlicht, "um den Haß der Unterdrückten von den wahren Ursachen abzulenken und zu spalten" (Autonome Nahostgruppe Hamburg 1989, 2). Damit glaubt sich der Antizionismus die Generalabsolution erteilt zu haben, ist doch der Antisemitismus per definitionem die exklusive Angelegenheit von Bourgeoisie und (Neo-)Nazis, gegen die sich der Antizionist "als Teil der unterdrückten Klasse" (ebd.) im Kampf wähnt. Daß der moderne Antisemitismus immer als Bewegung auftrat, die sich als Revolte verstand, wird unverzüglich und rückstandslos verdrängt.

Dagegen spart dies pathologisch gute Gewissen, das sich mit der Gnade der späten Geburt brüstet, nicht mit Vorwürfen an die Zionisten, sie hätten, nur um ihr Leben zu retten, statt den revolutionären Kampf gegen Hitler zu führen, lieber den reaktionären Weg der Flucht gesucht (Vgl. Offenberg 1983, Polkehn 1988; Autonome Nahostgruppe Hamburg 1989, 8). Aber am liebsten mag der Antizionist von Antisemitismus und Auschwitz gar nichts hören, und wie er die Entstehung Israels von Auschwitz trennt, um die Vernichtung des imperialistischen Brückenkopfs fordern zu können, so soll auch die Entstehung des Zionismus mit dem Antisemitismus nichts zu tun haben: "Die zionistische Ideologie entstand um die Jahrhundertwende. (...) Erst später kommt bei einigen zionistischen Ideologien der sog. 'ewige Antisemitismus' als Rechtfertigung für den Staat Israel hinzu." (Nahostgruppe Freiburg 1988c).

Das Bild, das sich der antiimperialistische Antizionismus von Nationalsozialismus macht, wird mit der gleichen Palette gemalt. Streng nach Georgi Dimitroff ist auch er nur eine Verschwörung der Bourgeoisie gegen die revolutionären Massen. So unermüdlich die Politik jeder einzelnen Unterfraktion des Monopolkapitals nachverfolgt und jede Reichsmarkspende der Industrie an die NSDAP akribisch aufgelistet wird, so wenig wird Auschwitz wahrgenommen oder als Schlüssel zum Verständnis des NS auch nur in Betracht gezogen. Krampfhaft wird versucht, der Vernichtung einen Sinn abzugewinnen, um sie den Kapitalisten zuschreiben zu können. "Theorie selbst wurde zu einer Form psychischer Verdrängung" (Postone 1988, 275). Nach neusten Erkenntnissen der Nahostgruppe Hamburg diene "der Terror gegen die jüdische Minderheit zur Warnung an alle, die Widerstand leisten wollten" (Autonome Nahostgruppe Hamburg 1989, 15); Auschwitz war das Mittel, um "den Schein einer ideologischen Motivation aufrechtzuerhalten, daß die Politik des Faschismus nicht allein wirtschaftlichen Zwecken diene." (Ebd., 19). Allenfalls dann, wenn

sich Auschwitz innerhalb einer "Ökonomie der Endlösung" für das Kapital doch noch auf Heller und Pfennig zu rechnen scheint, hat die Massenvernichtung eine Chance, vom antiimperialistischen Weltbild überhaupt wahrgenommen zu werden (man siehe nur die Rezeption der Arbeiten von Heim/Aly 1988, 1991).

Bereits die Zuordnungsreihe Bourgeoisie/NS/Antisemitismus enthält eine Tendenz zur Exkulpation der deutschen Nation. In dem Vorwurf, die Zionisten hätten gekniffen, schwingt die Hoffnung mit, die Juden könnten doch noch einer (Mit-)Schuld an Auschwitz überführt werden. Unverhüllt zu Tage tritt dieses Bedürfnis, in den von Teilen der Palästina-Solidarität betriebenen und nur noch als zwanghaft zu klassifizierenden Versuchen einer Verkopplung des NS und des Antisemitismus mit dem Zionismus bzw. mit Israel. Zwar war die Linke, die den NS strikt nach Dimitroff als bloße Fortsetzung der bürgerlichen Herrschaft mit etwas rabiaten Mitteln mißverstand, schon immer mit dem Faschismus-Vorwurf zur Hand, um irgendein Unrecht als besonders schlimm anzuklagen. Doch kein anderer Staat löst unter Linken - von den K-Sekten bis zur RAF, von den Palästina-Gruppen bis zu den Grünen -, so prompt die Assoziation "Faschismus" aus wie Israel. Der SDS-Heidelberg hatte behauptet, die israelische Regierung wolle "mit den arabischen Völkern ebenso verfahren...wie die Nazis mit den Völkern Polens und der UdSSR" (Rote Kommentare 29.2.1970), die KPD, daß die Zionisten, "die Nazis unserer Tage", Palästina "araberfrei" (Rote Fahne, 28.2.1973) machen wollten. Die RAF schrieb vom "Moshe-Dayan-Faschismus - diesem Himmeler Israels", der "seine Sportler verheizt wie die Nazis Juden" (RAF 1987, 38), und schon 1969 kursierte die Rede vom "National-Zionismus" (Amery 1969, 41)

Die Reaktionen auf die Libanon-Invasion offenbarten 1982 erneut, mit welcher "obsessiver Beharrlichkeit" (Kolke 1990, 139) die deutsche Linke Analogien zwischen der israelischen Politik und der nazistischen Judenvernichtung herstellen will. Bundesweit wurde zur Demonstration "gegen den israelischen Vernichtungskrieg" aufgerufen - die taz, das Antimperialistische Informations-Bulletin, die Blätter des IZ3W und andere schreiben vom "Holocaust an den Palästinensern" und von der "Endlösung der Palästinenserfrage" (nach Kloke 1990, Vgl. Deutsche Linke 1988, 50ff). Das Bedürfnis Israel den Faschismus anhängen zu wollen, äußert sich überdies in der mittlerweile zwanzigjährigen Geschichte jener unzähligen Karikaturen, die in immer neuen Variationen das Hakenkreuz mit dem Davidstern verschmelzen. (Vgl. Kolke 1990, 107ff, Bruhn 1991a)⁽⁹⁾

In den späten Achtzigern bemühte sich Al Kamarah, "das faschistische Gesicht" und die "faschistische Vernichtungsmaßnahmen des zionistischen Siedlerstaates" zu entlarven, die "die Maßnahmen des deutschen Faschismus bei weitem übertreffen." (Nr 7/1988, 4, Nr.9 1988,3). Karam Khella, derzeit der Chefideologe der Restbestände des antiimperialistischen Lagers, entwarf gar eine ganz neue Faschismustheorie zur Beantwortung der ohnehin nur rhetorisch gestellten Frage "Ist Israel ein faschistischer Staat?" (Kehlla o.J. ebenso Interim 1991), um zu dem gewünschten Resultat zu kommen, daß der Faschismus erstens in jedem kapitalistischen Staat, zweitens besonders in Israel, drittens aber keinsfalls im Irak zu finden sei. Der zionistische Faschismus besitze gar einen besonders perfiden Charakter, versuche er doch die Weltöffentlichkeit über seinen wahren Charakter zu täuschen, indem er Wahlen, Gewerkschaften und gar eine KP zuläßt.

Auch mit der Vergangenheit sucht sich dies aggressive Bedürfnis nach Exkulpation zu befriedigen.⁽¹⁰⁾ So werden das Ha'avara-Abkommen, das 1933 zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und der Zionistischen Vereinigung für Deutschland geschlossen wurde und gegen den Export deutscher Waren nach Palästina bis 1939 60.000 Juden die Ausreise ermöglichte, sowie die Kontakte einiger rechtsextremer Zionisten mit der SS (als diese noch die Auswanderung der Juden betrieb) benutzt, um einen "Komplot", eine "Kollaboration" (Pohlkehn 1970), eine "verbrecherische Allianz des Zionismus und des Nazismus" (Al Kamarah Nr.3 1986, 18) zu erfinden.. Die Haganah wird dabei

fast zum Urheber der NS-Judenpolitik, habe sie doch versucht, "die Mithilfe der SS bei der Beschleunigung der Austreibung der Juden zu gewinnen" (Pohlkehn 1970). Zuerst entzogen sich die Zionisten durch feige Flucht der Verpflichtung, den NS anstelle der versagenden deutschen Arbeiterbewegung zu stürzen, und dann brachten sie mit dem Ha'avara-Abkommen "jeglichen Versuch eines wirtschaftlichen Boykotts des Nazireichs zum Scheitern" (Pohlkehn, nach Autonome Nahost-Gruppe Hamburg 1989, 10)! Selbst sind sie schuld die Juden-Zionisten, hat doch "ihre Konspiration mit den Nazis...dazu beigetragen, das Nazi-Regime zu stärken und die Front des antifaschistischen Kampfes... zu schwächen" (Phoken 1970), und hielten sie doch "den Faschismus im Sinne ihrer Pläne für wünschenswert..., der den Juden den Tod brachte." (Elias 1986, 94), womit die Zionisten "den Tod von vielen tausenden von Juden durch Hitler auf dem Gewissen habe" (Al Kamarah Nr.3/1986, 19).

Der antizionistische Export des NS nach Israel, die Rede von einer "ideologischen Verwandtschaft zwischen dem Antisemitismus des NS-Faschismus und dem Zionismus" (Nahostgruppe Freiburg 1988a, ähnlich Offenberg 1983, 102) bis hin zu der obszönen Behauptung einer Mitschuld an der Vernichtung - all das verdrängt den NS derart unverfroren und arbeitet so schamlos an der Exkulpation der deutschen Nation und der Restituierung des deutschen Nationalgefühls wie es noch nicht einmal die Nolte & Co. wagen würden: Israel, dessen Existenz allein schon die Erinnerung an Auschwitz wachhält, steht dem Bedürfnis nach deutschem Nationalgefühl im Wege.

"So sind sie uns perverserweise ähnlich geworden" (Elias, 1983, 92) stellen mit der Gnade der späten Geburt gesalbte deutsche Antizionisten fest, und die einem solch scheinheiligen Entsetzen auf den Fuß folgende Entdeckung der Palästinenser als die "Juden der Juden" (Offenberg 1983, 104) bedeutet in ihrer Konsequenz nicht nur eine Entschuldigung, sondern den Aufruf zu neuerlicher Gewalt - die Juden sollen nämlich bloß nicht glauben, "als hätten sie durch unsere Taten eine Art Mordbonus erhalten" (Elias 1983, 91) "Angesichts der zionistischen Greultaten verblasen.. die Nazigreul" stellte die Gründe Kalender 1983 befriedigt fest und rief nicht nur dazu auf: "Kauft nicht bei Juden", sondern fragte erwartungsvoll, "wann den Juden endliche ein Denkkzettel verpaßt wird" (nach Broder 1984, 45).

Die Reaktionen, die die Kritik daran typischerweise auslöst, sind ein weiterer signifikanter Beleg für den hohen Anteil projektiver Energien und Identifikationsbedürfnisse. Sie zeugen von der Brüchigkeit der "revolutionären Identität" der organisierten Antizionisten, die im antiimperialistischen und autonomen Spektrum allmählich zur Sekte degenerieren. So wenig die Kritik auch nur wahrgenommen werden kann, so rigide muß sie, zumal dann, wenn sie von links kommt, durch aggressive Abwehr verdrängt werden, indem man die Person und die Absicht der Kritiker vernichtend angreift.

Zu dem noch vergleichsweise freundlichen Vorwürfen gehört "der Abschied von einer klassenkämpferischen Praxis" (Autonome Nahostgruppe Hamburg 1989, 2), dazu kommen "Antikommunismus" (Khella 1988, 20) oder die "nur" von antiintellektuellen Res-

sentiment⁽¹¹⁾ gespeiste Abwehr von Kritik als "theoretischer Firlefanzt" (Immer rebellieren 1988b, 62; Autonome Nahostgruppe Hamburg 1989, 2), den sich nur eine "kleinbürgerliche Intelligenz" ausgedacht haben kann (Nahostgruppe Freiburg 1988a, 44). Khella dagegen sieht schon eine "gezielt und systematisch betriebene" "Zersetzung" am Werk, die eigentlich den Tatbestand der "Volksverhetzung" erfüllt (Khella 1988, 18, 20). Al Kamarah entlarvt solche Elemente, die "mit veralteten Slogans wie 'Antisemitismus' daherkommen, als 'pseudolinke Kräfte', die nur eine "massive Propagandakampagne zugunsten des Zionismus durchführen wollen (Nr. 8/1988, 37). Der Antizionist fühlt sich durch "Fälschungen" und "Denutiationsversuche" von "Hofideologen" bedroht (Nahostgruppe Freiburg 1988a, 43), deren "Lumpenhaftigkeit" sie "konsequent" "Staatspolitik" treiben läßt (Immer rebellieren 1988b, 63).

Ende 1991 rechnete eine Revolutionäre Zelle mit dem "Mythos der nationalen Unabhängigkeit und dem ihr immanenten homogenisierenden Volksbegriff" ab, dessen naive Projektionen und handfeste Verdrängungen" spätestens im Fall Israel zu "historischer Amnesie und moralischer Desintegration" führten. Schon die "Katastrophe" von Entebbe, die "Selektion entlang völkischer Linien" hätte zeigen müssen, "daß auch Linke nicht gegen antisemitische Ressentiments gefeit sind, die notdürftig mit nationalrevolutionären Definitionen kaschiert werden" (Revolutionäre Zellen 1991). Doch auch diese traurige Wahrheit quittierte das antiimperialistische Lager in unbewußter Selbstironie postwendend mit dem Vorwurf, daß nun auch die RZ "Propagandalügen" kolportiere, um eine "proisraelische Politik" sowie "ihren eigenen Rückzug" zu legitimieren. Erfolgreich wurden die RZ der "Denuntiation nationaler Befreiungsbewegungen"; des "kleinbürgerlichen Anarchismus", der "tiefen rassistischen Verachtung... gegenüber dem Trikont" sowie des "bürgerlichen Antifaschismus" überführt (Interim 1992, 12f).

...das antiimperialistische Weltbild ist der Fehler - und mehr als nur das

Zwar mag man einzelne Äußerungen immer wieder als bloße "Fehler" erklären und relativieren - in der Gesamtsicht jedoch schlägt die Quantität in Qualität um: Der Vorwurf des antisemitischen Gehalts des Antizionismus, den die 'kleinbürgerlich-zionistischen' Kritiker seit Ende der 60er Jahre erheben, ist kaum zu entkräften. Die Äußerungen und Positionen der überzeugtesten Antizionisten sind alles andere als Ausrutscher. Fehler oder Marginalien, vielmehr bringen sie die dem Antizionismus inhärente Logik nur hemmungslos auf ihren Begriff, d.h. auf das Programm eines rebellischen Nationalismus von links, der nicht umhin kann, sich antisemitisch zu artikulieren. Die "Fehler" haben Methode und sie ergeben ein System; sie verweisen auf zwei miteinander verwobene Gründe des Antizionismus: auf das antiimperialistische Weltbild als ideologische Denkform sowie auf die Abwehr der selbstkritischen Auseinandersetzung mit den eigenen Bedürfnissen nach individueller und kollektiver Identität als deren notwendiges psychologisches Komplement.

Das antiimperialistische Weltbild macht keine Fehler, es ist der Fehler: Es tendiert notwendig dazu, die gesellschaftlichen Ver-



Anti-Bush-Demo, Berlin Mai 2002

hältnisse zu simplifizieren, zu verdinglichen und zu personifizieren, sie verschwörungstheoretisch zu mißdeuten und damit eine auch moralisch binäre Weltsicht zu entwickeln. Weil diese unreflektierten Bedürfnisse nach Veränderung, kämpferischer Gemeinschaft, eindeutigem Feind und einfach zu durchschauenden Verhältnissen hierzulande nicht erfüllt werden können, werden sie in die Fernen des Trikont projiziert. Die unkritische Identifikation mit den nationalen Befreiungsbewegungen muß zwangsläufig zur Unterscheidung von guten und schlechten Staaten, zur Verwechslung von sozialer Revolution mit nationaler Befreiung und schließlich zur Entdeckung guter Völker führen, die gegen das als "Imperialismus" bezeichnete Böse kämpfen. (Die letzte Ursache dieser Denkform ist eine falsche Verarbeitung der gesellschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen und der durch sie gegebenen Verhältnisse im besonderen. Die Übernahme der Pseudothorie des 'Marxismus-Leninismus' erfolgte aus genau diesem Dilemma; hätte er nicht schon bereitgestanden, er hätte erfunden werden müssen).

Wenn sich diese strukturell antisemitische Denkweise dem Palästina-Konflikt widmet, muß sich nahezu zwangsläufig auch materiell antisemitische Erklärungsmuster hervorbringen und reproduzieren. Denn wenn der antiimperialistische Antizionismus mit seinem Bedürfnis nach Revolte die Palästinenser als das gute Volk identifizieren will, das im Kampf gegen fremde Herrschaft sich homogenisieren und einen guten Staat aufbauen soll, dann dürfen die Juden kein Volk sein, muß der Zionismus zur ebenso abstrakten wie magischen Formel für alles Böse werden, dann müssen Antisemitismus und Auschwitz relativiert und negiert werden. Schon um die binäre Weltsicht des antiimperialistischen Antizionismus legitimieren und aufrechterhalten zu können, muß objektiv antisemitisch argumentiert werden.

Doch im Antizionismus manifestiert sich nicht nur der Wunsch nach echter und kämpferischer Gemeinschaft, sondern auch das nie eingestandene Bedürfnis nach "deutscher Normalität", nach Entlastung von der Vergangenheit des "eigenen" Kollektivs.

Keine Linke war vor 1967 so pro-israelisch, keine war so antizionistisch wie die deutsche. Der unkritische Pro-Isrealismus der Linken, der das Leid der palästinensischen Bevölkerung nicht sehen wollte, trug den Charakter einer Politik des schlechten Gewissens und zeigte ihre angesichts der Monströsität der deutschen Verbrechen verständliche Befangenheit gegenüber Israel. Doch der Umschwung zum glühenden Antizionismus war mehr als eine Überreaktion darauf, daß die bisher zum reinen Opfer stilisierten diesem Bild nicht entsprachen und gar von der gehaßten Springer-Presse als Blitzkrieger gefeiert wurden. Es steckte mehr dahinter als nur ein platter Antiimperialismus, der in den Palästinensern die neueren und gar "besseren", weil sich wehrenden Opfer entdeckte.

Denn schon die von Anfang an kursierende Täter-Opfer-Metaphysik, die die Palästinenser zu den "Opfern der Opfer" erklärte und damit die Juden zu Tätern, diente der Relativierung der deutschen Verbrechen. Es war die Dialektik dieser scheinbar nur abstrakt-moralischen Rede, die ihre logische Konkretion in der skandalösen Gleichsetzung Israels bzw. des Zionismus mit dem Faschismus fand.

Mit dem "Pathos des doppelt reinen Gewissens" (Simon 1984, 9), da sich - nachgeboren und links - jeder selbstkritischen Reflexion auf die eigenen Beweggründe enthoben wähnte, verurteilen deutsche Antizionisten, oder genauer: antizionistische Deutsche Israel als ein zu eliminierendes "Gebilde". In der Projektion des NS auf Israel äußert sich nicht nur das Bedürfnis, sich als "revolutionär" und "links" im antifaschistischen Kampf phantasieren zu wollen, sondern zugleich der Wunsch, endlich "normal" und unbelastet von der Geschichte des eigenen Kollektivs zu leben. "Allein der Vergleich an sich ist schon ein Skandal. Man muß um jeden Preis Auschwitz aus dem Gedächtnis der Menschen auslöschen wollen, um einen solchen Vergleich anzustellen. Tatsächlich werden sich am Tage, an dem man bewiesen hat, daß die Opfer

genauso schuldig sind, wie die Henker, die Henker oder die Kinder der Henker erleichtert fühlen" (Alain Finkielkraut, Nach Heenen 1983, 104). In der Bekämpfung der deutschen Vergangenheit an Israel wird so das Geschäft der Normalisierung und Restituierung des deutschen Nationalgefühls betrieben, wieder einmal auf Kosten der Juden - veritabler sekundärer Antisemitismus "linker" Provenienz.

Daß nicht mehr unterscheidbar ist, ob die national-emotional aufladenden Metaphern "Feind der Welt" oder "Feind der Menschen" oder "blutrünstiger und machtgierige Bastion gegen die Völker" oder "Sinnbild des Bösen" nun von "rechten" deutschen Nationalsozialisten auf "die Juden" oder von "linken" deutschen Befreiungsnationalisten auf den "Zionismus" gemünzt sind,⁽¹²⁾ macht endgültig klar, wie kurz der Weg vom "Antiimperialismus der dummen Kerle", den Deutscher 1967 fälschlicherweise bei den Arabern befürchtete, zum Antisemitismus ist.

So ist der Antizionismus gleichsam eine doppelt verschobene und damit doppelt konformistische Rebellion. Er verschiebt nicht nur das Böse auf ein Abstraktum mit dem Namen "Zionismus", sondern delegiert zudem noch den Widerstand an die Palästinenser, die als Brückenkopf nationalrevolutionärer deutscher Bedürfnisse Israel von der Landkarte tilgen sollen (und wenn sie dazu nicht bereit sind, wird auch die PLO des kleinbürgerlichen Verrats geziehen). Der Sache der palästinensischen Bevölkerung erweist die sich revolutionär gebärdende und mit der Gnade der späten Geburt sich brüstende geschichts- und reflexionslose Unschuld einen Bärendienst, weil gerade sie den so oft beklagten Antisemitismus-Vorwurf der israelischen Regierung bewahrheitet.

Die Kritik des Antizionismus trifft nicht nur den sektiererischen Kern der Palästina-Solidarität, sondern das manichäische antiimperialistische Weltbild generell sowie den Nationalismus von links, wie er nicht nur während des Golfkrieges in Erscheinung trat. Antinationalismus stellt nicht nur eine Grundbedingung zum Begreifen und Erkennen des Antisemitismus sondern auch eine Grundbedingung der Linken überhaupt dar. Als gesellschaftlich geprägte Individuen sind die Linken potentielle so nationalistisch und antisemitisch wie die sie umgebende Gesellschaft, als in Deutschland aufgewachsene sind sie ebenso anfällig für die spezifischen Zwänge des deutschen Nationalismus, für die Verweigerung der Auseinandersetzung mit der belastenden Vergangenheit und für die symptomatische Wiederkehr des Verdrängten in Form eines sekundären Antisemitismus. Es wäre die Aufgabe einer als radikal sich begreifenden und historisch reflektierenden politischen Linken, sich der (selbst-)kritischen Auseinandersetzung zu stellen: Das eigene Bedürfnis nach kollektiver und damit potentiell nationaler Identität reflektieren, das die gesellschaftlichen Verhältnisse verdinglichende antiimperialistische Weltbild als ideologisches und falsches zu kritisieren, den Antizionismus als das aufzuweisen und zu denunzieren, was er ist, und nicht weiter als "links" durchgehen zu lassen - das muß zum grundlegenden Selbstverständnis einer Linken werden, die sich der Aufklärung und Kritik verpflichtet weiß.

Nachweise und Literaturliste sind im Buch von Leon Poliakov nachzulesen.

Der Kommunismus und Israel

von der Initiative Sozialistisches Forum Freiburg

Einladungstext zum jour fixe im Sommer 2002

Kommunismus ist „das aufgelöste Rätsel der Geschichte“ (Marx). Dieses besteht darin, daß die Spaltung der menschlichen Gattung in Herrscher und Beherrschte, in Ausbeuter und Ausgebeutete im Kapitalverhältnis einen Aggregatzustand erreicht hat, innerhalb dessen zwischen der vollendeten Verdinglichung einerseits, dem Übergang zum „Verein freier Menschen“ andererseits, nur noch die Revolution als Handumdrehen zu liegen scheint, aber dennoch in immer weitere Ferne rückt. Marxisten jeglicher Couleur betreiben, statt dieses Rätsel in seiner Tragik zu denunzieren, statt es also zu kritisieren, seit je das Geschäft seiner Rationalisierung, das heißt seiner Ideologisierung.

Israel ist das Schibboleth jener doch so naheliegenden Revolution; es ist der unbegriffene Schatten ihres Scheiterns. Israel ist das Menetekel, das zum einen (und ganz unfreiwillig) die kategorischen Minimalbedingungen des Kommunismus illustriert, und das zum anderen sämtliche Bestialitäten zu demonstrieren scheint, zu denen der bürgerlich-kapitalistische Nationalstaat fähig ist. Wer Israel nicht begriffen hat, wer den Haß auf diesen Staat, den Antizionismus, und wer den Antisemitismus, das heißt den Vernichtungswillen sowohl gegen die in diesem Staat lebenden als auch gegen die kosmopolitisch verstreuten Juden, nicht begriffen hat als das, was Antisemitismus wesentlich darstellt: den bedingungslosen Haß auf die Idee einer in freier Assoziation lebenden Gattung, der hat den Kommunismus nicht als das „aufgelöste Rätsel der Geschichte“ begriffen.

Den Linken ist Israel vor allem deshalb ein Graus, weil dieser Staat und weil diese Nation nicht unter den Begriff der antikolonialen Revolution oder der nationalen Befreiungsbewegung subsumierbar sind: es sei denn, man wolle die durchaus terroristischen Aktionen eines Menachem Begin gegen die britische Mandatsmacht darunter fassen. Israel, die „tautologische Nation“ (Bahamas), ist überhaupt eine Anomalie, die in kein geschichtsphilosophisches Schema und kein politisches Interesse paßt, weder in das der Bourgeois und ihrer Kopflanger noch in das der Linken und ihrer Theoretiker.

Wie hoffnungslos das Interesse an der Aufklärung und Emanzipation der menschlichen Gattung scheint, wie aussichtslos, geradezu auf Sand gebaut die Perspektive des revolutionären Ausganges aus der so gesellschaftlich verschuldeten wie individuell verhärteten Unmündigkeit, das demonstrieren jene, deren Geschäft und ganzer Ehrgeiz in der Verewigung der falschen Gesellschaft besteht, gar nicht einmal zu allererst. Von ihnen, den Apologeten und ihren Soziologen, Nutznießern und Ideologen ist eh' nichts anderes zu erwarten als das, was sie jeden Tag in der Frankfurter Allgemeinen als Theorie verlautbaren lassen, zum Beispiel am 11. März: „An den Kapitalismus zu glauben heißt letztlich nichts anderes, als an den Menschen zu glauben.“ Oder an Persil. Der Satz ist so wahr und richtig wie nur noch der, wonach an den Feudalismus zu glauben in letzter Instanz bedeutet, an den Herrgott und seine Kirche zu glauben, hat aber die böse Pointe, das Kapitalverhältnis zu anthropologisieren. So leben die Menschen im Kapital, wie die Ameisen im Staat es tun: zutraulich, ganz unentfremdet und spontan. In ihrem legitimatorischen Interesse allerdings ist die FAZ mit der vollendeten Negativität des tatsächlichen Zustands intimer bekannt als die Linken, die Reform oder Revolution zu ihrem Programm erhoben haben.

Deren Berufung auf Gesellschaft, auf die Klassen, auf das Interesse wirkt nachgerade lächerlich. Um diese Diagnose zu stellen, genügt nicht nur ein flüchtiger Blick in das Schriftgut die-

ser Bewegung, wie die Blätter des IZ3W, Wildcat oder, für Hartgesottene, Analyse und Kritik. Es reicht schon hin, ihren Ikonen von Jutta Ditfurth über Claudia Roth bis Sarah Wagenknecht zuzuhören, wenn sie vom Nazifaschismus sprechen. Letztere weiß zum Beispiel, daß „es keine genetische und auch keine historische Erbanlage gab, die die 'deutsche Nation' zwanghaft und unausweichlich in den Faschismus und nach Auschwitz trieb. Noch hinter der irrsinnigsten Barbarei standen rationale (und nicht 'nationale!') Interessen. Krieg und Völkermord waren hochprofitabel; 'Tod durch Arbeit' sicherte Mehrwertraten nahe 100 Prozent.“ Die Vorstellungen dieser Linken von einer Welt jenseits von Kapitalismus und Faschismus kommt dem entsprechend dann in der Frage zum Ausdruck, die in der Einladung zur diesjährigen BUKO Konferenz gestellt wird: „Wie finden wir etwas Besseres als die Nation?“

So gefragt, kann die Antwort historisch nur sein: Das gibt es schon. Es ist das Volk. Denn wäre die Antwort eine andere, dann würde man über die Abschaffung von Nation, Staat und Geld reden, statt über neue Identitäten. Wenn diese Linke über Israel schwadroniert, dann hört sich das nicht minder grausig an. Dabei liegt der Zusammenhang zwischen dem Antisemitismus und dem Vernichtungswillen gegen die zum Staat gewordene bürgerliche Gesellschaft der Juden, gegen Israel, eigentlich auf der Hand: Der sogenannte Antizionismus

stellt nichts anderes dar als die geopolitische, globalisierte Reproduktion des Antisemitismus, das heißt die Erscheinungsform, die er in Weltmarkt und Weltpolitik nach Auschwitz annehmen muß. Der Antizionismus ist der aus den kapitalisierten Gesellschaften in die Welt herausgekehrte Antisemitismus.

So ist Israel der Jude unter den Staaten; die Verdammung des Zionismus als eines „Rassismus“ durch die UNO gibt es zu Protokoll. Das macht: die moralische Verurteilung der menschlichen Unkosten der Konstitution bürgerlicher Staatlichkeit allein am Beispiel Israels führt vor Augen, was die Welt der Volksstaaten vergessen machen will – daß die Zentralisation der politischen Gewalt über Leben und Tod keineswegs die natürliche Organisationsform der Gattung Mensch darstellt, sondern Ausdruck eben von Herrschaft und Ausbeutung. Dabei ist Israel – und das macht die Kritik an diesem Staat so perfide und muß deshalb immer wieder gesagt werden – der einzige Staat dieser

Max
Horkheimer



Welt, der für sich eine nicht zu bezweifelnde Legitimität beanspruchen kann. Israel, das ist der ungleichzeitige Staat, der entstanden ist sowohl als Reaktion auf das Dementi aller Versprechungen der bürgerlichen Nationalrevolution, sowohl als Antwort auf den stalinistischen Verrat an der kommunistischen Weltrevolution als auch als zu spät gekommene Notwehr gegen den Massenmord an den europäischen Juden.

Was es den gutwilligen Linken, die den Antisemitismus zwar ablehnen und bekämpfen, aber doch an der israelischen Politik gegen den palästinensische Staatsgründungsversuch einiges auszusetzen haben, so schwer macht, die außenpolitische Darreichungsform des antisemitischen Vernichtungswillens auf seine kritischen Konsequenzen hin durchzubuchstabieren, liegt einerseits an ihrer Ignoranz in Sachen bürgerlicher Staatlichkeit, andererseits an ihrem Pazifismus, der sich zu einem revolutionären Antimilitarismus verhält wie Mahatma Gandhi zu Auguste Blanqui. Dieser Pazifismus mag, wo er in Ariel Scharon das Remake eines losgelassenen Chauvinismus nach Art des Hauses Franz Josef Strauß oder Edmund Stoiber erkennt, keineswegs auf sein Recht verzichten, wenn nicht am israelischen Staat als solchem, so doch gegen die Politik der israelischen Regierung Einwände zu erheben und Kritik zu äußern. Er regrediert damit auf den Standpunkt eines Pazifismus, der in etwa der Petra Kellys, Thomas Ebermanns und Horst-Eberhard Richters der Jahre 1982/83 sein dürfte. Daß man, wie die Flause heißt, das „Existenzrecht Israels“ anerkenne, daß man aber die Regierungspolitik doch wohl dennoch kritisieren dürfe, das wiederholt den Sozialreformismus, dessen sich diese Bewegung schon immer befleißigte. Man tut so, als ob einem diese „Kritik“ nicht jeden Morgen aus der Tageszeitung jeglicher politischer Ausrichtung gleichlautend entgegenquellen würde – ein Antisemitismus, der allein darin, daß er von sich behauptet, er wäre keiner, sich das gute Gewissen verschafft, das Deutsche heutzutage notorisch auszeichnet: Mein bester Freund ist Jude...

Dieser Reformismus legitimiert sich, indem er in der israelischen Friedensbewegung und deren Protagonisten wie Uri Avnery, Norman Finkelstein, Felicia Langer oder Moshe Zuckermann seinen Referenzpunkt entdeckt, bei Leuten also, die für Israel in etwa das bedeuten, was für die BRD der frühen Sechziger die Deutsche Friedensunion war. Die Identifikation des deutschen Pazifismus mit der israelischen Friedensbewegung beruht natürlich darauf, daß man so wenig wie von ihnen auch von Zuckermann, geschweige denn von Avnery oder Langer, je einen Satz über den Staat des Kapitals gehört hat und auch nicht über einen materialistischen Begriff der Massenvernichtung, der bei Zuckermann, der gerne sich Kritischer Theorie zurechnen möchte, sogar unter dem Titel „Zweierlei Holocaust“ ins Multikulturelle schwappt.

Im Wesen Israels als des ungleichzeitigen Staates der Juden liegt es aber nicht nur, Reaktion auf den Verrat an Aufklärung und Weltrevolution, nicht nur, Notwehrversuch gegen den Nazifaschismus und Asyl zu sein. Sondern eben auch, daß die üblichen Muster der bürgerlichen Rollenverteilung – hier das Gewalt-

monopol des bürgerlichen Staates im allgemeinen und dort die Personen, die die Regierungsausübung im besondern besorgen – für den israelischen Staat aufgrund seiner Konstitutionsbedingungen keine Geltung mehr hat. Was sich unter anderem darin zeigt, daß diese „Kritiker“ der israelischen Regierungspolitik für den faschistischen Mob und die Behörden, die Selbstmordattentäter belohnen, Verständnis aufbringen (Folge von Besatzung und Ausbeutung), dagegen für den Versuch, die militärische Infrastruktur der Gegner Israels zu zerschlagen, am liebsten die Begriffe Auslöschung oder Ausrottung der palästinensischen Bevölkerung im Munde führen.

Wie hinter der treudoofen Frage, ob es nicht möglich sein müsse, Spekulanten als das zu bezeichnen, was sie sind, ohne gleich als antisemitisch zu gelten, so verbirgt sich hinter der treulinken Frage, ob nicht auch in Israel, weil es sich auch dort um eine bürgerliche Gesellschaft handele, Faschismus möglich sei, die Erkenntnis dieser Fusion in verquerer und verschrobener Gestalt. Verquer, weil ja gerade erklärt werden sollte, wie Israel, dieser Fusion zum Trotz, eine parlamentarische Demokratie ist und bleibt; verschroben, weil diese Einheit von Staat und Regierung im Übergang von einem unerträglichen Alten (die Vernichtungsdrohung) zum noch nicht erreichten Neuen (die herrschaftslose Gesellschaft) ja doch den Inbegriff dessen ausmacht, was einmal als „Diktatur des Proletariats“, als Emanzipationsgewalt und organisierte politische Macht der Revolution, auch und gerade auf den roten Fahnen stand. In Anbetracht der Grundidee des Staates Israel, vor dem Hintergrund der linken Staatsmythen, betreffend die „Diktatur des Proletariats“, muß jede Beurteilung der Handlungen der Regierungsvertreter auch die völlig andere Qualität dieses Staates, verglichen mit allen anderen, deutlich werden lassen.

Nun soll gewiß nicht behauptet werden, Ariel Scharon sei der Lenin von Israel, aber die israelische Staatlichkeit speist sich, historisch wie strukturell, aus ihrem Wesen als parlamentarisch verfaßte und im Staat zusammengefaßte Emanzipationsgewalt. Es ist also nicht möglich, zwischen Herrschaft und Herrschaftsausübung in der Weise zu trennen, wie man es gemeinhin macht, wenn man sich fragt, ob der Schröder oder der Stoiber das Gemeinwesen besser verwalten werden. Vielmehr bekundet, wer in dieser Weise trennt, nicht nur sein Unverständnis für die Staatlichkeit der Juden, sondern auch einen mindest diskreten Antizionismus, etwa nach Art der diesjährigen Ostermärsche, die es duldeten, daß palästinensische Nationalwimpel mitgeführt wurden, oder nach Art der famosen Tute bianche, die zum Boykott israelischer Waren aufrufen, oder nach Art der eitel militanten operaistischen Gruppe Wildcat, die wirklich glaubt, Israel einer „Klassenanalyse“ unterwerfen zu können – all dies Gewese verdrängt, daß Ariel Scharon, natürlich ohne es zu wollen, näher dran ist am Kommunismus als seine Kritiker, daß er, auf seine, ihm als General einzig mögliche Weise, den antifaschistischen Kampf führt als eine Art israelische Ausgabe von Buonaventura Durruti. Denn der Kommunismus, die staaten- und klassenlose Weltgesellschaft, verlangt, soll er gelingen, etwas Unmögliches: Rache für die Toten, für die Opfer der



Barbarei; zugleich aber auch, daß niemand anders behandelt werde als nach seinem eigenen Maß: Gerechtigkeit für die Lebenden. Nur so ist der Kommunismus möglich als die gesellschaftlich bewahrheitete Maxime „Jedem nach seinem Bedürfnis, jeder nach seinen Fähigkeiten“. In dieser Perspektive ist Israel der bewaffnete Versuch der Juden, den Kommunismus lebend zu erreichen.

Das müßte doch eigentlich gerade von Leuten verstanden werden, die vor nicht allzu langer Zeit noch von der Diktatur des Proletariats schwärmten, die sich dem Staatskapitalismus in der Sowjetunion, der DDR, Chinas oder gar Albaniens an den Hals warfen oder den national-völkischen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Heute scheint es, als ob sich all diese abstrusen Identifikationen auf die bedingungslose Unterstützung des palästinensischen Volkes gegen Israel konzentrierten.

Nach dem Untergang des Marxismus-Leninismus als Systemphilosophie wie Legitimationswissenschaft gibt es keinen „wissenschaftlichen Kommunismus“ mehr. Der ist abgelöst von der nicht mehr wissenschaftlich, sondern so instinktiv wie intuitiv praktizierten Fähigkeit der Linken zur welthistorischen Spökenkieerei. Es ist dabei die ontologische Setzung, die, wie schon im Marxismus-Leninismus, das problemlose Zusammenspiel von perspektivischer Wertung und empiristischer Deutung erlaubt: Keine der sklavisch verehrten Tatsachen gibt es, die nicht die vollständige Manifestation der Entfaltung des Wesens zu sich selbst wäre. Jeder gute Ideologe ist daher ein schlechter Hegelianer, der das Gefühl fürs Nicht-Identische abschneidet. Daß jede wirklich gute Ideologie aus diesem Ineinandergreifen und fugendicht sich Verzahnen von intuitiv-spontaner Illustration vermittelt von Fakten, Fakten, Fakten einerseits, andererseits aus der Rationalisierung dieser Tatsachen zum logisch widerspruchsfreien System besteht, davon kann sich überzeugen, wer etwa die Stalinschen Statements zum Nazifaschismus studiert oder Claudia Roth auf Grünen Parteitagern hat sprechen hören.

Weil Ideologie keine Kohärenz hat, ist sie gegen Kritik immun; weil sie jede Erfahrung des je Einzelnen ausschließt, kann sie unmöglich in einen Lernprozeß eintreten. Da die Ideologie das Denken an der Wurzel vernichtet, substituiert sie es durchs Kalkül aufs Interesse. Sie ist das, was Sigmund Freuds Psychoanalyse im paradoxen Bild des „unbewußten Bewußtseins“ zu fassen suchte, eben das, was Karl Marx im Zusammenhang seiner Kritik des Fetischismus über den Zusammenhang von Warenform und Denkform darlegte.

Dies „unbewußte Bewußtsein“ mag man sich vorstellen als den Schlafwandler, der über alle Abgründe hinweg sein Ziel ansteuert. In Europa allerdings ist es in alle Poren hinein antisemitisch. Ob Katholiken und Feudale, ob absolute Monarchen und bürgerliche Revolutionäre, ob Sozialdemokraten, Parteikommunisten oder Nazifaschisten, finitenreich trugen sie alle wie in Trance oder in absichtsvoll-manischer Wut das ihre dazu bei, dem gedankenlosen Denken zur gnadenlosen Durchschlagskraft zu verhelfen.

Dagegen ist die Geschichtsphilosophie des Zionismus von ganz anderer Statur – und auch darin zeigt sich die historische Sonderrolle, die dem Zionismus zukommt: Die Geschichte konstruiert sich hier nicht als Zu-sich-selbst-Kommen des Wesens, sondern als der historische Zusammenhang der Katastrophen und als Abwehr der kommenden. Die Zionisten handeln, als hätten sie sich der Bewahrheitung der „Geschichtsphilosophischen Thesen“ eines Walter Benjamin verschrieben. In dieser negativen Geschichtsphilosophie ist der Materialismus dem Zionismus verwandt, wenn er auch kontrafaktisch sich weigert, dessen These vom „ewigen Antisemitismus“ sich anzueignen.

Der Haß auf den Zionismus hat viele Gründe, das heißt Vorwände. Sie penibel aufzuzählen, mag interessant sein, ist aber nicht von Interesse. So niederschmetternd es ist, aber es geht nicht darum, was beim Vorstoß der israelischen Armee ins Gebiet der Autonomiebehörde an Grausamkeit und Terror geschieht. Das ist der Krieg, von dem niemand je zu behaupten

sich traute, er sei eine Kampagne von Amnesty International. Es geht vielmehr um das Verhältnis der „Fakten“, das heißt von Tränen, Blut und Tod, zu ihrer „Wertung“. Kein vernünftiger Mensch käme auf die Idee, aus dem fraglosen Leid der Bevölkerung von Dresden auf das historische Unrecht von Sir Arthur Harris zu folgern. Es geht auch nicht um Vergleiche, etwa um die Frage, was die Grausamkeit, die die syrischen, irakischen, iranischen Diktaturen gegen ihre eigene Bevölkerung in Szene setzen, angesichts der israelischen Militärstrategie bedeutet. Es geht auch nicht um die „fanatischen“ Siedler, sondern es geht um die historische Legitimität und philosophische Dignität des Zionismus als der israelischen Nationalideologie, die die Staatlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft der Juden nach Auschwitz wesentlich motiviert und organisiert. Und da hat noch Ariel Scharon von der Aufklärung und ihrer seit 1933 negativen Dialektik mehr verstanden als jene, die sich über die Menschenrechte eines „palästinensischen Volks“ echauffieren, das sie erst zum Zwecke ihrer Projektionen sich konstruiert haben. Der jüdische Nationalismus ist der Egoismus von Leuten, die nicht mehr an die unsichtbare Hand glauben können, die den Egoismus ins Gemeinwohl übersetzen würde. Daß die militante Aufklärung die Gestalt Ariel Scharons und der Panzer der israelischen Armee annimmt, das heißt die historisch derzeit einzig mögliche Form, versetzt natürlich diejenigen in basset Erstaunen und helle Empörung, die von der Aufklärung nur gerade den „Aufklärer“ (Ernst Bloch) behalten haben, der hinreicht, sich für das desaströse „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ ob proletarisch-sozialistisch à la Lenin, bürgerlich-demokratisch à la Wilson oder völkisch-nazifaschistisch à la Hitler zu engagieren. Es mag sein, daß die Juden ein „Volk“ sind; Israel jedenfalls ist eine Gesellschaft.

Kein Nazifaschist hat je wirklich geglaubt, er bezöge die Ermächtigung seiner Ansprüche aus dem Teutoburger Wald; keiner seiner demokratischen Erben hat jemals tatsächlich gedacht, ihnen erwüchse Legitimität im Resultat des „Lernens aus der Geschichte“; niemals war ein Sozialist der Ansicht, es sei die famose „Befreiung der Arbeit“ und nicht vielmehr das Recht auf Beute, was seine Politik im Interesse der Arbeiterklasse motivierte. Und keinesfalls erwächst den Palästinensern irgendein Recht aus der Tatsache, daß sie zuerst da waren. Einer Gesellschaft, der Hunger kein Grund ist zur Produktion, kann auch das Leiden kein Grund sein zur Solidarität. Es ist die Ideologie, die mit der Unmittelbarkeit des Leidens agitiert, die aus dessen fragloser Evidenz Sinn zu schlagen sucht, sei es im Sinne von Caritas oder Amnesty International, sei es im Sinne der Freunde des palästinensischen Volkes für den Israelhaß der Antisemiten wie für den Islamfaschismus dieses Volkes. Ariel Scharon jedenfalls, der Zionist und praktische Antifaschist, ist dem aufgelösten Rätsel der Geschichte näher als die deutsche Linke, deren „Antifaschismus“ sich als Aufstand der Anständigen à la Gerhard Schröder oder als Solidarität mit dem palästinensischen Volk ausagiert.

Berlin
13. April 2002



Islamismus, eine religiöse Ideologie

von Claudia Dantschke

Die türkische Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) ist die größte Organisation des politischen Islam in Deutschland. Ihr geistiger Führer und Erfinder der dazugehörenden Ideologie - milli görüs (religiös-nationale Weltsicht) - ist der ehemalige Vorsitzende der in der Türkei verbotenen Refah-Partei und ehemalige türkische Ministerpräsident Necmettin Erbakan. Die IGMG-Europa hat nach eigenen Angaben knapp 84.000 Mitglieder und betreut mit ihren sozialen und religiösen Angeboten 3,5 Millionen Muslime in Europa. Sitz der Europa-Zentrale der IGMG ist Kerpen bei Köln.

Am 5. Juni 2002 erschien in der türkisch-islamischen Zeitung "Zaman" ein langes Interview mit dem Europa-Vorsitzenden der IGMG, Mehmet Sabri Erbakan, Neffe des Milli Görüs-Gründers. In diesem Interview, spricht sich Erbakan für eine Parallelgesellschaft aus, und spricht damit vielen in Deutschland lebenden Muslimen aus der Seele. "Man sollte sich doch mal anschauen, wie die Homosexuellen sich organisieren", führt Erbakan aus, "Sie haben eigene Vereine, Zeitungen, Diskotheken. American Express gibt je nach Zielgruppe unterschiedliche Kreditkarten aus. Für Homosexuelle gibt es ein anderes Design auf den Kreditkarten. Da haben Sie die Parallelgesellschaften. Ist das nicht allzu natürlich, wenn Menschen je nach ihrer Lebensauffassung und ihren Vorstellungen sich mit anderen zusammen tun?" Erbakan weiter: "Wenn ich also eine Parallelgesellschaft möchte, dann habe ich allemal das Recht dazu."

Nicht nur nach den Vorstellungen der IGMG verbirgt sich hinter dem Begriff der Parallelgesellschaft dies: islamische Inseln, in denen das gesamte Leben auf der Grundlage der Religion von und für die Muslime selbst gestaltet wird. Das westliche Demokratiemodell hat nach dieser Auffassung in diesen Inseln keinen Platz. Zu dekadent erscheint vielen Muslimen die in der Demokratie praktizierte Souveränität, die vom Volk längst abgegeben wurde in die Hände von Politikern und Finanzmagnaten. Im Islam dagegen liegt die Souveränität allein bei Allah, der sie auf alle Muslime verteilt habe.

Diese Auffassung von Demokratie und Islam als zwei sich gegenüberstehende Systeme und das Begreifen des Islam als ganzheitliche Ordnung (System), die alle Sphären des Lebens regelt, ist eine Grundkonstante im Denken vieler strenggläubiger Muslime, nicht nur der ersten Generation. Auch für Muslime der oft in Deutschland geborenen oder aufgewachsenen zweiten und dritten Generation ist es nun endlich an der Zeit, dass eine neue Generation von intellektuell befähigten Führungskadern die Leitung der islamischen Vereine und Verbände übernimmt, um diese Vorstellungen in Deutschland umzusetzen. In sie und nicht in auf Integration setzende Politiker scheinen etliche Muslime ihre Hoffnungen auf die Zukunft zu setzen.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington veränderte sich auch in Deutschland die Diskussion über den Islam und die Muslime. Die mutmaßlichen Attentäter mit Hochschulbildung um Mohammad Atta sollen, so wurde berichtet, einer eher liberal-religiösen Mittelschicht entstammen. Die Diskussion über ihre "plötzliche Wandlung" zu religiös motivierten Terroristen lenkte auch in Deutschland den Blick weg vom sozial unterprivilegierten orthodoxen Migranten-Patriarchen und seiner Familie hin zu den Muslimen an den Universitäten und Fachhochschulen. Die zu Recht umstrittene Rasterfahndung nach so genannten "Schläfern" war jedoch kein geeignetes Mittel für eine differenzierte Auseinandersetzung. Zu sehr stand das Sicherheitsinteresse im Vordergrund, "potenzielle muslimische Attentäter" im Vorfeld zu entlarven. Vertreter von antirassistischen Initiativen, religiösen Organisationen und Migrantenverbänden wurden deshalb auch nicht müde, darauf zu verweisen, dass der Islam eine friedliche Religion sei, dass alle Terroranschläge vom islamischen Standpunkt aus zu verurteilen seien und dass sie nichts mit dem Islam zu tun hätten. "Wer immer die Hintermänner dieser blutigen Tat sind, bei dem Islam können sie keine Rechtfertigung für ihre Tat finden", erklärte der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD), Nadeem Elyas, unmittelbar nach den Anschlägen.

Diese Form von einerseits pauschaler Gleichsetzung und andererseits strikter Ablehnung des Begriffspaares "Islam und Terrorismus" verstellt den Blick auf die eigentlich zu führende Diskussion. Der mutmaßliche Anstifter der Attentate vom 11. September, Osama Bin Laden, hat zwar "mit dem Islam, der im Koran offenbarten Heiligen Schrift, ähnlich viel gemein wie die Kreuzfahrer mit der Bergpredigt", wie der Nahostexperte Michael Lüders meint, aber Bin Laden ist der prominenteste Vertreter des "Dschihad-Islam" - "eine Art letztes Aufgebot des Islamismus" (Lüders) in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre.

Der Islamismus bzw. politische Islam ist eine Ideologie, also das Konzept einer Gesellschaftsordnung, deren politische, wirtschaftliche, soziale, religiöse und kulturelle Grundlage der Islam bildet. Diese Gesellschaftsideologie wird von ihren Anhängern als Gegenentwurf zu den beiden großen Weltideologien Kapitalismus/Imperialismus/westliche Demokratie einerseits und Sozialismus/Kommunismus andererseits verstanden. Für dieses Gesellschaftskonzept instrumentalisieren seine Apologeten den ganzheitlichen Anspruch des Islam, den "Tauhid-Gedanken", als die alleinige und uneingeschränkte Autorität Allahs in allen Lebensbereichen des Menschen.



**Berlin
13. April 2002**



So hat zwar die überwiegende Mehrheit der Muslime, wie alle anderen Menschen auch, entsetzt und geschockt auf die Attentate vom 11. September reagiert und den Versuch einer religiösen Legitimation als "islamischer Dschihad gegen Amerika und den Westen" abgelehnt. Nicht Wenige aber - auch in Deutschland - gehen mit den dahinter stehenden Grundansichten des Islamismus konform, auch wenn sie die gewalttätigen Mittel zur Durchsetzung kategorisch zurückweisen.

Vor allem in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre finden sich immer mehr Anhänger dieser Ideologie an den Universitäten und Hochschulen in Europa. Eine neue, intellektuell geschulte Generation ist im Entstehen, die offen und keinesfalls als "Schläfer" getarnt ihre ideologische Überzeugung lebt und in die Community hinein propagiert. Diese jungen Muslime verstehen sich selbst als Angehörige einer Elite, der die Zukunft gehört, denn nach dem Niedergang des Sozialismus/Kommunismus ist nun das islamische Gesellschaftsmodell die einzig verbliebene Alternative zu dem als dekadent und im Untergang begriffenen Weltimperialismus unter Führung der USA.

Ein eifriger Vertreter dieser neuen Elite ist der 24jährige Maschinenbaustudent der Ruhr-Universität-Bochum, Ramis Örlü. Der deutsche Staatsbürger türkischer Herkunft gehört zu den Organisatoren des Freitagsgebets an der Universität. Etwa im Frühjahr 2001 begann er unter den rund 1.000 muslimischen Studenten Gleichgesinnte um sich zu scharen. "Es gibt zwar etliche Moschee-Vereine", beschreibt Örlü im Internet-Forum dieser "Muslimischen Studenten an der Ruhr-Universität Bochum" seine Entwicklung, "doch sind an solchen Orten immer bestimmte Ansichten und hierarchische Strukturen seit Jahren auf die Beine gestellt worden, so dass einer mit anderen Ansichten, also ein Neuer, nicht immer Fuß fassen kann". Örlü wurde an der Universität von "Brüdern, die den Islam zu ihrem Leben machten" aufgenommen. "Ich stellte fest", erzählt er, "dass meine Aqida (Glaubensüberzeugung, C.D.) ein Luftschloss war und ich keinen Sturm überstehen könnte. Obwohl ich schon seit Anbeginn meiner Jugend gebetet habe und in einem religiösen Umfeld war, gab mir dies alles nichts im Gegensatz zu ein, zwei Treffen mit diesen Brüdern".

Aus Örlü wurde ein in seinem Glauben gefestigter und kompromissloser Verfechter des islamischen Kalifats, das "der Feind des Islam vor 77 Jahren abgeschafft und den Islam aus dem täglichen Leben und aus dem Staat verbannt hat". Mit dem Feind des Islam ist Mustafa Kemal Atatürk gemeint, der Begründer der modernen Türkei. "Ich will keine Monarchie, keine Diktatur, keine Demokratie, keinen Gottesstaat, sondern einen Staat, in dem der Kalif vom Volk gewählt wird und die Gesetze gemäß der Sharia erlässt. Ich will dies und nicht die pseudo-islamischen Staaten Iran, Saudi-Arabien, oder die Kufr-Staaten Türkei oder Syrien." Letzteres sind ihm Staaten des Unglaubens. Unermüdlich propagiert Örlü diese Überzeugung, denn "die Muslime müssen begreifen, dass es ihre Aufgabe ist, den islamischen Staat zu gründen". Zur Fundierung von Ramis Örlü trug auch das bereits in 2. Auflage erschienene Buch "Al- 'Aqida" des syrischen Muslimbruders Amir Zaidan bei. Dieses Buch gilt als Renner in der islamischen Szene Deutschlands. Zaidan, der mit seinem "Islamologischen

Institut e.V." in Frankfurt/Main, Berlin und München um die theologische Interpretationshoheit über den Islam in Deutschland ringt, wurde bundesweit im Juli 2000 bekannt als Verfasser der so genannten "Kamel-Fatwa". Der damalige Vorsitzende der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen (IRH) hatte in diesem religiösen Rechtsgutachten (Fatwa) erklärt, dass "eine mehrtägige Reise mit Übernachtung außerhalb der elterlichen/ehelichen Wohnung für muslimische Frauen ohne Begleitung eines Mahram (enger männlicher Verwandter, Red.) nicht erlaubt ist und gegen islamische Regeln verstößt". So sollten Schulausflüge muslimischer Mädchen untersagt werden.

In seinem Buch "Al- 'Aqida", der Untertitel der 1. Auflage lautet "Einführung in die zu verinnerlichenden Inhalte des Islam", bemüht sich Amir Zaidan, für die bei Europäern bereits mit bestimmten Vorstellungen behafteten und bekannten arabisch-islamischen Begriffen, wie "Kufr - Unglaube", neue Deutungen zu finden. So wird bei ihm aus "Kufr" statt "Unglaube" nun "zudecken, die Saat zudecken". Nach der Lektüre dieser Umdeutung versteht kein nichtmuslimischer Leser mehr die abgrenzende Bedeutung, die in diesem Begriff liegt. Für Muslime teilt sich die Welt ein in das "Haus des Islam" (Gebiet, in dem die Mehrheit der Bevölkerung Muslime sind und die Regeln des Islam herrschen) und das "Haus des Kufr" (Gebiet, in dem die Mehrheit der Bevölkerung Nichtmuslime sind). Dort dürfen Muslime nur dann leben, wenn ihnen die Ausübung ihrer religiösen Pflichten gewährt wird. Im "Haus des Kufr" nennt sich dieses Gebiet dann "Haus des Vertrages". Verboten ist es den Muslimen aber, im "Haus des Krieges" zu leben, das ebenfalls ein Teil des Kufr-Reiches ist. Für Islamisten zählt Israel zu dieser letzten Kategorie.

Eindeutiger formuliert Amir Zaidan in seinem Buch dagegen, was er unter "Erzsünden - kaba'ir" versteht. So sei das Tragen von Seide und Gold für Männer eine derartige Sünde und deshalb "haram", also im Widerspruch zu den islamischen Quellen stehend und deshalb für Muslime verboten. Ramis Örlü und viele seiner Altersgenossen und Glaubensbrüder begreifen die strikte Einhaltung derartiger Kleidungs- und Essensvorschriften als essenziell für einen wahrhaft gläubigen Muslim. Schon ein kleines Abweichen in diesen Punkten, für Örlü können selbst "die Haare zu westlich" sein, bedeute der Beginn einer Aushöhlung des Islam und der Einfall des als westlich und ungläubig verteuflten Säkularismus in diese ganzheitliche Religion.

"Der Islam", so Örlü in der islamischen Jugendzeitschrift "Kaaba", "lehnt jegliche säkularen Lebenssysteme ab, denn sie betrachten den Menschen als ein soziales Lebewesen und halten Ethik und die geistige Bestimmung des Menschen für belanglos im Hinblick auf seine gesellschaftlich-wirtschaftliche Existenz oder auf die politische Gesellschaftsordnung, unter der er lebt. Der Islam jedoch berücksichtigt die beiden Seiten des menschlichen Lebens und fügt sie zu einem harmonischen Ganzen zusammen. Dieser Zustand der Harmonie und des inneren Friedens treibt viele Menschen in unseren Tagen an, die materiellen Weltanschauungen des Kapitalismus und des Kommunismus zu verachten und sich den Idealen des Islam, nämlich der Wahrheit, Gottergebenheit, menschlichen Brüderschaft und gesellschaftlich-politischer Gerechtigkeit hinzugeben."



"Der Islam lehnt jegliche säkularen Lebenssysteme ab, denn sie betrachten den Menschen als ein soziales Lebewesen und halten Ethik und die geistige Bestimmung des Menschen für belanglos im Hinblick auf seine gesellschaftlich-wirtschaftliche Existenz oder auf die politische Gesellschaftsordnung, unter der er lebt. Der Islam jedoch berücksichtigt die beiden Seiten des menschlichen Lebens und fügt sie zu einem harmonischen Ganzen zusammen. Dieser Zustand der Harmonie und des inneren Friedens treibt viele Menschen in unseren Tagen an, die materiellen Weltanschauungen des Kapitalismus und des Kommunismus zu verachten und sich den Idealen des Islam, nämlich der Wahrheit, Gottergebenheit, menschlichen Brüderschaft und gesellschaftlich-politischer Gerechtigkeit hinzugeben."

Kabaa

Gemäß einer Studie des Zentral-Instituts Islam-Archiv in Soest halten knapp die Hälfte der hier lebenden Muslime das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland für unvereinbar mit dem Koran. Aktivisten der jungen islamischen Elite vom Schlage eines Ramis Örlü wehren sich vehement schon gegen die Übernahme von Begriffen wie Integration, soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte oder Demokratie in den islamischen Wortschatz, da diese nach ihrem Weltbild nicht dem Islam, sondern den "materiellen Weltanschauungen" entstammen. "Muslime versuchen, so scheint es mir, Wörter, die der hiesigen Gesellschaft schmackhaft sind, zum islamischen Vokabular zu zählen", lautet Örlüs Vorwurf an nicht näher genannte muslimische Vereine und Einzelpersonen.

Am 20. Februar 2002 stellte die Dachorganisation Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) ihre "Islamische Charta" der Öffentlichkeit vor. Diese Charta sollte verstanden werden als eine Grundsatzerklärung zur Beziehung der Muslime zu Staat und Gesellschaft. "Als große Minderheit in diesem Land haben die Muslime die Pflicht, sich in diese Gesellschaft zu integrieren, sich zu öffnen und über ihre Glaubensbekenntnisse und -praxis mit der Gesellschaft in den Dialog zu treten", erklärte der Zentralratsvorsitzende Nadeem Elyas. "Die Mehrheitsgesellschaft hat ein Anrecht darauf zu erfahren, wie die Muslime zu den Fundamenten dieses Rechtsstaates, zu seinem Grundgesetz, zu Demokratie, Pluralismus und Menschenrechten stehen." Das Presseecho vor allem deutscher Medien auf die Islamische Charta war groß und überwiegend positiv, auch wenn einige Kritiker - wie etwa Johannes Kandel von der Friedrich-Ebert-Stiftung - der Charta zu Recht vorwarfen, in ihr keine Verinnerlichung der Fundamente des Rechtsstaates feststellen zu können, sondern maximal eine pragmatische Anerkennung der Realität.

Wie diese Charta jedoch unter den Muslimen selbst aufgenommen und diskutiert wurde, blieb der Mehrheitsgesellschaft zum großen Teil verborgen. Bis heute stößt der Zentralrat, der schätzungsweise 15.000 der über drei Millionen Muslime in Deutschland vertritt, in der innerislamischen Diskussion immer wieder auf Widerstand und Ablehnung hinsichtlich der vermeintlichen Zugeständnisse an die nichtislamische Umwelt. Neben dem Vorwurf der Anmaßung, als relativ mitgliederschwache Organisation im Namen der Muslime aufzutreten, werden aber vor allem die Themenbereiche Demokratie, Integration, Pluralismus und Religionsfreiheit als Verrat am Islam gebrandmarkt.

So wirft eine "Gruppe von Muslimen" am 10. Juni 2002 in einem "Appell an alle Muslime und wahrheitssuchenden Menschen" dem Zentralrat "populistische Propaganda, Opportunismus und Pragmatismus" vor. Die Islamische Charta sei eine "Konzession, die die Säkularisierung der Religion zur Folge" habe. "Die Machthaber werden mit solchen Konzessionen nicht zufrieden sein und solange mehr verlangen, bis die Muslime am Ende sich selbst nicht mehr erkennen", warnen sie. "Der Islam ist unvereinbar mit der Demokratie und auch mit allen anderen Ideologien und Religionen", heißt es weiter in dem Papier dieser Gruppe. "Demokratien sind ein großes Hindernis für den Menschen, der seine Menschlichkeit zu finden versucht". Als Folge der Aufklärung habe die Demokratie nach ihrer Auffassung dazu geführt, dass "sich

der Mensch in seinem intellektuell beschränkten und beeinflussbaren Wesen als befähigt und berechtigt betrachtet, der normative Maßstab zu sein, und somit selbst darüber zu entscheiden, was richtig oder falsch, gut oder schlecht, belohnens- oder bestrafenswert ist". Diese Betrachtungsweise sei mit der Aussage des Koran unvereinbar, lautet ihr Fazit.

Ziel der Agitation zahlreicher weltweit agierender islamistischer Organisationen ist es deshalb, die Muslime in ihrem Glauben zu festigen. Dazu gehören nicht so sehr die spirituellen Aspekte der Religion, sondern hauptsächlich die mit dem Koran begründeten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Elemente der angestrebten islamischen Gesellschaftsordnung - der einzige Ausweg aus „der kapitalistischen Scheinwelt“. Diese auf Überlegenheit und Abgrenzung ausgerichtete religiöse Ideologie beeinflusst auch in unserer Gesellschaft nicht wenige Muslime mit Migrationshintergrund. Hier nützen weder Dramatisierung und Repression noch falsch verstandene Toleranz und Ignoranz.

Autorin:

Claudia Dantschke ist Journalistin beim deutsch-türkischen Fernsehsender AYPÄ-TV und wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) in Berlin. Gemeinsam mit Eberhard Seidel und Ali Yildirim veröffentlichte sie im September 2000 die Broschüre „Politik im Namen Allahs – Der Islamismus, eine Herausforderung für Europa“, herausgegeben vom Europaabgeordneten Ozan Ceyhan.

Jungle World

„Solidarität mit Palästina“ - so nicht!

von der Antisemitismus-AG der Gruppe Subcutan

Ziel dieses Textes ist es ausdrücklich nicht, eine eigene Position zum Nahost-Konflikt zu formulieren, sondern eine Kritik an dem Umgang der hiesigen Linken mit dem Konflikt. Unser Thema sind Antizionismus und Antisemitismus in der aktuellen Palästina-Solidarität.

Eine Kritik am Antisemitismus löst in der deutschen Linken meist ähnlich heftige Reaktionen aus, wie die Kritik an Rassismus in der bürgerlichen Öffentlichkeit. So wie in unzähligen Talkshows zu hören ist, es habe ja nichts mit „Fremdenfeindlichkeit“ zu tun, „einmal offen darüber zu sprechen, wie viele Ausländer dieses Land verträgt“, so lautet die reflexhafte Antwort auf die Kritik antisemitischer Denkweisen in bestimmten Positionen zum Nahost-Konflikt meist, mensch „müsse ja wohl noch Israel kritisieren dürfen“ und das habe „nichts mit Antisemitismus zu tun“.

So wird der Vorwurf konstruiert, „jede Kritik an Israel sei antisemitisch“⁽¹⁾. Das klingt dann so absurd, dass auf die eigentliche Kritik gar nicht mehr eingegangen werden muss – ein geradezu idealer Abwehrmechanismus. Seit 1945 versteckt sich der Antisemitismus in Deutschland hinter der Behauptung, „man dürfe ja nichts mehr gegen Juden sagen“. Diese Strategie, real überhaupt nicht existierende „Denkverbote“ herbeizureden und diese angeblichen Tabus dann mutig zu brechen, wird auch unter Linken immer beliebter. Nicht nur auf Indymedia wehren sich inzwischen Linke dagegen, dass sie Israel „nicht kritisieren dürfen“, nur weil sie Deutsche seien – ein Ausdruck deutschen Opferwahns?

Die jüngsten Debatten zeigen vor allem, dass es hierzulande immer noch an einer Auseinandersetzung damit fehlt, was Antisemitismus ist.⁽²⁾ Der Begriff Antisemitismus ist eng mit dem Holocaust verknüpft, lässt sich aber nicht darauf reduzieren. Es gab Antisemitismus lange vor Auschwitz, es gab ihn danach und gibt ihn heute – in unterschiedlicher Form und Intensität. Antisemitismus ist – stark verkürzt – die Verbreitung von Vorurteilen gegen Jüdinnen und Juden. Gerade der mit den kapitalistischen Nationalstaaten entstandene moderne Antisemitismus ist mehr als eine spezifische, antijüdische Form des Rassismus. Thomas Haury schreibt dazu: „Rassismus projiziert auf die als „die andere Rasse“ [bzw. „Kultur“] - Definierten eine idealisierte Natur, triebhafte Sexualität und starke Körper, dazu Faulheit, Leistungsfähigkeit und -unwilligkeit, eine niedrigere Intelligenz und ungehemmte Emotionalität, schliesslich Irrationalität und Kriminalität. [...] „Der Jude“ dagegen symbolisiert die andere Seite. Er steht für Kapital, abstrakte Herrschaft und künstliche Zivilisation; ihm werden eine hohe, aber verschlagene Intelligenz, sagenhafte Macht und kalte Berechnung zugeschrieben.“⁽³⁾ Der Antisemitismus birgt damit noch über den Rassismus hinaus Potential für eine in sich geschlossene Weltanschauung, in der eine bestimmte Gruppe – „die Juden“ – für sämtliche verunsichernden Aspekte des modernen Lebens verantwortlich gemacht wird.

Nach 1945 entwickelte sich der „sekundäre Antisemitismus“ – nicht trotz, sondern wegen Auschwitz. Jeder Jude und jede Jüdin bedeutet Erinnerung an die deutsche Untat und Anklage zugleich und steht dem ersehnten „Schlussstrich“ im Wege. Eine spezifisch linke Form dieses sekundären Antisemitismus, der sich stets gegen Israel als „kollektiven Juden“ richtete, drückt sich im Antizionismus aus. Die Struktur der aktuellen Palästina-Solidarität ist in diesem Antizionismus angelegt, auch wenn die Äußerungen in Deutschland sehr viel zurückhaltender geworden sind. In den 70er-Jahren wurde noch sehr deutlich auf Israels Charakter als „Judenstaat“ Bezug genommen. Statt „Zionisten“ ist heute meist scheinbar neutral von „Israelis“ die Rede. Doch Israel ist nach wie

vor – sowohl nach seinem Selbstverständnis wie auch in der Fremdwahrnehmung – ein jüdischer Staat. Das heißt keineswegs, dass jede antiisraelische Äußerung automatisch antisemitisch ist. Aber gerade aufgrund des tradierten und gerade in Deutschland völlig „normalen“ Antisemitismus sollte für Sensibilität sorgen: Nicht um die Frage, ob Kritik an Israel erlaubt ist, geht es, sondern darum, wie sie artikuliert wird und mit welchem Ziel sie legitim ist.

Antizionismus und Pali-Solidarität

Unter Antizionismus verstehen wir im Folgenden nicht jegliche [historische] Kritik am Projekt des Zionismus, sondern eine bestimmte Strömung der Linken, in der das Wort „zionistisch“ als Synonym für „jüdisch“ fungiert und anstatt von Juden von „Zionisten“ die Rede ist. Der Begriff Antizionismus wurde zunächst in der Sowjetunion verwendet, um eine Verbindung des tradierten Antisemitismus mit der marxistisch-leninistischen Ideologie zu erreichen. Auch in der westeuropäischen antiimperialistischen Linken galt „der Zionismus“ als Quelle des Imperialismus. Die Haltung vieler Linker zum Nahostkonflikt ist noch heute von diesem Denken geprägt.⁽³⁾

Neben der Wiederbelebung traditioneller antisemitischer Klischees, wie dem der Juden als „Kindermörder“ lebt der Antizionismus vor allem von der Gleichsetzung der israelischen Politik mit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. In den 70er Jahren war es unter deutschen Linken gang und gäbe, sich mit dem „Befreiungskampf der Palästinenser“ zu identifizieren und zu behaupten, „die Juden“ würden „den PalästinenserInnen genau das antun, was die Nazis ihnen angetan“ hätten. Die Logik, mit der Fischer und Scharping 1999 die Bomben auf Belgrad begründeten, hatte hier ihre Geburtsstunde. Damals hieß es, „gerade wir Deutschen“ hätten eine besondere Verantwortung für „das Schicksal der PalästinenserInnen“. Die Rede vom „faschistischen Israel“ und von der „Endlösung der Palästinenserfrage“ war weit verbreitet und keineswegs zufällig: Sie entsprang den Drang, die eigenen Schuldgefühle loswerden und endlich wieder zu „den Guten“ gehören zu wollen. Viele AntizionistInnen sahen und sehen sich selbst in der Tradition antifaschistischer WiderstandskämpferInnen. Dieter Kunzelmann schrieb zu jener Zeit: „Wenn wir endlich gelernt haben, die faschistische Ideologie >Zionismus< zu begreifen, werden wir nicht mehr zögern, unseren simplen Philosemitismus zu ersetzen durch eindeutige Solidarität mit AL FATAH, die im Nahen Osten den Kampf gegen das Dritte Reich von Gestern und Heute und seine Folgen aufgenommen hat“.⁽⁴⁾ Aus diesem Selbstverständnis heraus kam es zu fatalen Aktionen. Erinnerung sei an die Beteiligung der Revolutionären Zellen (RZ) an einer Flugzeugentführung 1976 nach Entebbe, bei der jüdische von nichtjüdischen Passagieren selektiert wurden.⁽⁵⁾ Ein Jahr später verwiesen die RZ auf die angebliche Rolle des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Westberlins, Heinz Galinski, „für die Verbrechen des Zionismus“.⁽⁶⁾ Schon Jahre zuvor, am 9. November[!] 1969 hatte die Spontigruppe „Tupamaros Westberlin“ einen Brandanschlag auf das jüdische Gemeindezentrum in Westberlin verübt.⁽⁷⁾

Bereits in den 70er Jahren wurde jeglicher Zusammenhang von Antizionismus und Antisemitismus heftigst bestritten. Doch auch wenn die AntizionistInnen sich nicht bewusst antisemitisch äußern zeigen allein schon die oben genannten Aktionen, die scheinbar selbstverständliche Verbindung jüdischer Deutscher mit der israelischen Politik, das der Hintergrund des Antizionismus allzu häufig ein antisemitischer ist. Antizionismus wendet sich häufig eben nicht gegen die konkrete Politik einer israelischen Regierung, sondern unter dem Deckmantel des „Zionismus“ gegen die Existenz des jüdischen Staates an sich. In den 70er Jahren wurde dies noch deutlicher ausgesprochen: Häufig

wurde Israel in Anführungszeichen gesetzt [wie die DDR bei Springer] und zur „Lösung des Konflikts“ die „Zerschlagung Israels“ gefordert. Auch wenn sich heute kaum noch deutsche Linke mit dem „palästinensischen Befreiungskampf“ identifizieren und sich selbst als AntizionistInnen bezeichnen, erleben viele antizionistische Denkweisen seit dem Beginn der sogenannten al-Aqsa-Intifada im Herbst 2000 eine geradezu erschreckende Renaissance. Wie in den 70er Jahren verfolgt die deutsche Linke den Nahostkonflikt mit einem Interesse, wie sonst keinen vergleichbaren Konflikt - für die internationale Öffentlichkeit gilt dies mit der Ausnahme Ex-Jugoslawiens. Das Interesse gilt weniger der Situation und den Anliegen der PalästinenserInnen als vielmehr einer Kritik an Israel. Die Lebensbedingungen von PalästinenserInnen in den arabischen Staaten werden dagegen fast nie erwähnt.⁽⁸⁾

Auf die Fresse für „Solidarität mit Israel“

Seit der erneuten Eskalation des Nahostkonfliktes artikulieren sich auch in der hiesigen Linken immer offener antisemitische Denkweisen - bis hin zur offenen Gewalt. Einigen Linken scheint es legitim zu sein, andere Linke, die - aus welchen Gründen und in welchem Ausmaß auch immer - für Israel Partei ergreifen, als „Zionistenschweine“ zu beschimpfen und sie auch körperlich anzugreifen. Inzwischen gab es in mehreren deutschen Städten Übergriffe auf Personen oder Gruppen, die Parolen wie „Solidarität mit Israel“ oder „Lang lebe Israel“ unterstützen. Trauriger Höhepunkt ist der bewaffnete Überfall auf eine proisraelische Veranstaltung in Berlin am 10. April 2002.⁽⁹⁾ Bei aller Eindeutigkeit dieser Tat gibt es in der hiesigen Linken eine Tendenz, den Konflikt als einen Clash zweier gleich durchgeknallter Gruppen - „Antiimps“ und „Antideutschen“ - zu sehen, in dem es eigentlich um nichts geht - ähnlich wie bürgerliche Medien von „Extremisten von links uns rechts“ schwafeln, wenn sich Antifas mal wieder einer NPD-Demo in den Weg stellen. Die Gewalt wird bei beiden Seiten zugeschrieben, die jeweiligen politischen Positionen und Argumente spielen scheinbar keine Rolle mehr.

Was die Angegriffenen mit der Parole „Solidarität mit Israel“ meinen, scheint keinerlei Diskussion wert zu sein, sondern als Eintreten für „einen imperialistischen Staat“ interpretiert sowie eine pauschale Identifikation mit jeglichem Handeln Sharons und/oder des israelischen Militärs unterstellt. Keine Chance für den Gedanken, dass die Existenz Israels eine direkte Konsequenz der Vernichtung des europäischen Judentums durch die Deutschen ist und dass die Verteidigung der eines stabilen und wehrhaften jüdischen Staates als Zufluchtsstätte vor dem auch heutzutage weltweit grassierenden Antisemitismus ein zentraler Bezugspunkt linker Politik nach Auschwitz sein sollte. In diesem Sinne bedeutet „Solidarität mit Israel“ in der Tat etwas ganz anderes, als eine unbedingte Übereinstimmung mit jeglichen Aktionen der jeweiligen israelischen Regierung oder der israelischen Armee. „Uneingeschränkte Solidarität“ - komme sie nun von Schröder oder von der Bahamas - ist immer eine sehr zweifelhafte Angelegenheit.

Angesichts solcher (meist wohl recht folgenloser) Solidaritätsbekundungen völlig auszurasen, Leute zu beschimpfen, sie tät-

lich anzugreifen oder sogar zusammenzuschlagen, verweist auf tiefsitzende Ressentiments. Wenn jegliche Solidarisierung mit Israel solchen Hass auslöst, kann mit der Kritik nur Israel als Ganzes gemeint sein. Dieser Antisemitismus zeigt sich auch in der Idee eines Boykotts israelischer Produkte. Als Begründung dient die Politik Sharons - ein Schelm, wer dabei an die Judenboykotte der Nazis denkt. Doch warum liegt die Idee so nahe? Wer käme etwa auf die Idee, wegen der Politik Schröders [deutsche Waffenexporte und Kriegseinsätze, Deutschlands Rolle in EU, NATO etc., staatlich geduldete „national befreite Zonen“] einen Boykott deutscher Waren zu fordern?⁽¹⁰⁾ Spätestens vor dem Hintergrund solcher Kampagnen ist die Behauptung, „man dürfe ja nichts gegen Israel sagen“, nicht nur ad absurdum geführt, sondern auch faktisch widerlegt.

Die Palästina-Demo am 13. April 2002

Das aktuellste und erschreckendste Beispiel für Antisemitismus in der Linken ist die vom „Solidaritätsbündnis für Palästina“ organisierte Palästina-Solidaritäts-Demo am 13.04.2002. In diesem sehr heterogenen Bündnis sind neben der „Vereinigten Palästinensischen Gemeinde“ Berlins zahlreiche palästinensische, iranische und deutsche Gruppen vertreten, vom „Arbeitskreis Nahost“ und der „Friedensinitiative Wilmersdorf“ über das „Gegeninformationsbüro“ [GIB], die Gruppen „Libertad!“ und „Mücadele“ bis hin zu „Linksruck“.

Die Demo-Motti variieren zwischen „Solidarität mit Palästina“, „Freiheit für Palästina“ und „Palästina muss leben!“⁽¹¹⁾ Der Bezugspunkt ist stets „Palästina“, nicht die Menschen, die dort leben. Aber was ist damit gemeint? Ein „Volk“? Ein Staat? In welchen Grenzen? Dies bleibt unbestimmt.

Ein Aufruf vom Solibündnis steht unter der Überschrift „Schluss mit der Besatzung!“⁽¹²⁾. Doch es gibt keinen expliziten Hinweis darauf, dass damit die israelische Besetzung des Gazastreifens und der Westbank 1967 gemeint ist. Statt dessen wird immer wieder auf ein „Palästina“ Bezug genommen, welches das gesamte Staatsgebiet Israels mit einschließt. So heißt es in dem Aufruf, die PLO habe in den Osloer Verträgen „auf 78% des palästinensischen Gebietes“ verzichtet. Mit anderen Worten: Es ist reine Großzügigkeit der PLO, wenn sie nur die 1967 besetzten Gebiete beansprucht. Schon die bloße Existenz des Staates Israels ist für die unterzeichnenden Gruppen also ein Kompromiss. In einem weiteren Aufruf des Bündnisses heißt es explizit: „1948 besetzten die Israelis ca. 78% Palästinas“.⁽¹³⁾ Indem sowohl im Kontext von 1948 als auch von 1967 vom „geraubten Territorium“ geredet wird, wird der Begriff der „Besatzung“ bewusst unklar gehalten. An keiner Stelle wird deutlich gemacht, dass sich die Forderungen nur auf das „Palästina“ in den Grenzen von 1967 beziehen. Das Existenzrecht Israels wird in dem Aufruf an keiner Stelle unmissverständlich bejaht, was angesichts der Argumentation nicht unbedingt als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann.

Schuld ist Israel

Für das Scheitern des Osloer Friedensprozesses macht das Solibündnis ausschließlich Israel verantwortlich. In der Kritik einer



Nach 1945 entwickelte sich der „sekundäre Antisemitismus“ – nicht trotz, sondern wegen Auschwitz. Jeder Jude und jede Jüdin bedeutet Erinnerung an die deutsche Untat und Anklage zugleich und steht dem erhofften „Schlussstrich“ im Wege. Eine spezifisch linke Form dieses sekundären Antisemitismus, der sich stets gegen Israel als „kollektiven Juden“ richtete, drückt sich im Antizionismus aus.

angeblich „kolonialistischen und rassistischen Politik [...] in den nunmehr 54 Jahren seit seiner Staatsgründung“ [12] verschwindet jegliche Unterscheidung zwischen verschiedenen Regierungen, politischen Strategien, Verhandlungs- oder Kriegphasen in der israelischen Politik. Mit anderen Worten: Das Problem ist schlichtweg Israel. Deshalb findet sich in dem Aufruf auch kein Wort über die Ablehnung sämtlicher Friedenspläne durch Arafat, über seine Unterstützung für antisemitische Selbstmordattentate⁽¹⁴⁾, die offen antisemitische Propaganda der palästinensischen Autonomiebehörde⁽¹⁵⁾, über die Stärke derjenigen palästinensischen Gruppen, die offen zur Vernichtung Israels aufrufen und ihrer Absicht so oft es geht durch Mordanschläge auf israelische ZivilistInnen praktisch Nachdruck verleihen.

In einem Redebeitrag des Solibündnisses zur jüngsten israelischen Militäroffensive⁽¹⁶⁾ setzt sich diese einseitige Sichtweise fort: Mit keinem Wort wird darauf eingegangen, dass die Autonomieregierung sich beständig weigert, gegen palästinensische Terroristen und ihre Strukturen vorzugehen und sie statt dessen deckt und mitfinanziert. „Tausende von Zivilisten“ würden „grundlos [sic!] verhaftet“ und Hunderte „schuldloser Zivilisten“ ermordet. Kein Wort von der Verhaftung lang gesuchter Terroristen, kein Wort von Schusswechseln mit nicht-uniformierten palästinensischen Kämpfern. Um es noch einmal zu betonen: Es geht nicht darum, Kritik am israelischen Vorgehen an sich zu delegitimieren. Unsere Kritik richtet sich aber klar gegen eine Darstellung, nach der das einzige Ziel Israels die Verhaftung und Ermordung möglichst vieler Unschuldiger sei. Dass dabei nicht selten uralte antisemitische Stereotype aufgewärmt werden, zeigt die Behauptung, während der jüngsten Militäroffensive würden „Moscheen und Kirchen geschändet“. ⁽¹⁷⁾

Die Forderungen der Solibewegung

Mit seinen Forderungen strebt das Solibündnis - entgegen dem Presseecho nach dem 13.4. - keineswegs eine friedliche Lösung des Nahostkonfliktes an. Ausgerechnet die deutsche Bundesregierung wird aufgefordert, „Druck auf die israelische Regierung auszuüben“. Spätestens seit Schröders Äußerungen über einen Bundeswehreinmarsch im Nahen Osten ist klar, was damit gemeint sein kann. Peinlich für Gruppen wie das Gegeninformationsbüro [GIB], dass im Protest gegen den Kosovokrieg entstand. Auch der PDS-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Gehrke, der noch vor kurzem mit der Parole „Krieg löst keine Probleme“ gegen den Krieg in Afghanistan mobilisierte, befürwortet nun in einem Redebeitrag einen Militäreinsatz im Nahen Osten - mit deutscher Beteiligung! Mit der Forderung, die „Waffenlieferungen an Israel sofort einzustellen“ rennt das Solibündnis ebenfalls offene Türen ein. Wie jüngst bekannt wurde, gibt es seit einigen Wochen einen de-facto-Stop für militärische Exporte nach Israel. Dennoch wird in einem Redebeitrag behauptet, die BRD betreibe in der EU „die Linie der bedingungslosen Unterstützung Israels“. ⁽¹⁸⁾

Eine weitere Forderung ist die „Auflösung der Siedlungen“. Gemeint sind wahrscheinlich die jüdischen Siedlungen in den 1967 besetzten Gebieten - gesagt wird dies nicht. In dieser Formulierung - ohne jegliche Einschränkung - bedeutet dies im Klartext die Forderung nach einer judenfreien Westbank - eine Forderung,

die noch nicht einmal die PLO in den Verhandlungen vertreten hat.

Eine zentrale Forderung ist die „Anerkennung des Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge“. Zum Hintergrund: 1948 sind mehrere hunderttausend PalästinenserInnen aus Israel geflüchtet. Ebenfalls Hunderttausende Jüdinnen und Juden flüchteten aus den arabischen Staaten nach Israel. In einem Aufruf ⁽¹³⁾ heißt es: „1948 wurden Hunderttausende von Palästinensern aus ihrer Heimat vertrieben“, die Israelis hätten „systematisch ethnische Säuberung“ betrieben. Doch schon ein paar Sätze später heißt es: „Seit über 50 Jahren leben ca. 4 Millionen Palästinenser als Flüchtlinge in der Diaspora“. Nicht umsonst ist in dem Redebeitrag vom „Rückkehrrecht der Vertriebenen“ ⁽¹⁶⁾ die Rede. Denn die wundersame Vermehrung von ein paar Hunderttausend auf „Millionen vertriebener Palästinenser“ ist nur über die Vererbung des Flüchtlingsstatus von Generation zu Generation möglich, wie sie auch die deutschen „Heimatvertriebenen“ propagieren.

Das Flüchtlingsproblem war immer wieder Thema in den Friedensverhandlungen nach Oslo. Die platte Formulierung des Aufrufs fällt jedoch weit hinter den Verhandlungsstand zurück. Hier wird - wiederum ohne jegliche Einschränkungen - auf dem Recht für über fünf Millionen PalästinenserInnen bestanden, in das israelische Kernland „zurückzukehren“. Bei einer Zahl von knapp fünf Millionen jüdischen (und gut einer Million moslemischer und christlicher) Israelis wäre diese „Rückkehr“ gleichbedeutend mit dem Ende Israels als jüdischem Staat. Die undifferenzierte Forderung nach einem „Rückkehrrecht“ ist vor diesem Hintergrund kein Vorschlag zur Lösung des Flüchtlingsproblems im Nahen Osten zu sehen sondern ein politischer Kampfbegriff, der in letzter Konsequenz darauf zielt, die Existenz Israels als jüdischem Staat zu beenden. Das geringe Interesse an der Situation der Flüchtlinge zeigt die mangelnde Kritik an der Politik der arabischen Staaten und der palästinensischen Autonomiebehörde. Pauschal ist auch die Forderung nach einer „Freilassung der politischen Gefangenen“. Es wird also auch die Freilassung von Verantwortlichen für Selbstmordattentate auf israelische ZivilistInnen gefordert. Bei der Forderung nach einem „Ende der Liquidierungen“ wird allerdings unterschieden. Explizit soll „gezielte Ermordung palästinensischer Aktivisten“ beendet werden. ⁽¹²⁾ Von der Ermordung israelischer ZivilistInnen ist keine Rede - sie wird weiterhin als legitimer Teil des politischen Kampfes begriffen. Im Redebeitrag heißt es lapidar: „Es ist eine Lüge, dass die Palästinenser Terroristen seien“. ⁽¹⁶⁾

Ein antisemitischer Aufmarsch

Einer der beliebtesten Sprechchöre am 13.4., wie schon auf den Pali-Solidemos zuvor, lautete: „Stoppt den Krieg - Intifada bis zum Sieg!“ - mit anderen Worten: Israel soll seine Armee zurückziehen, aber die Attentate sollen weitergehen! Deutlicher kann mensch nicht zum Ausdruck bringen, worum es geht: Um den Kampf gegen Israel!

Auf der Demo wimmelte es von Palästinaflaggen. Sie waren das



**Berlin
13.04.2002**

verbindende Element zwischen palästinensischen Familien, Islamisten, Antiimperialisten, deutschen „Friedensfreunden“ und auch einigen anwesenden Neonazis. Der gemeinsame Bezugspunkt der meisten DemonstrantInnen war „das palästinensische Volk“. Die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht für ein Volk und nicht für einzelne Menschen ist gefährlich nah sowohl an den NGOs des rotgrünen Milieus (z.B. der „Gesellschaft für bedrohte Völker“), als auch an der deutschen Außenpolitik, die stets danach strebte, Europa in kleine „ethnisch homogene“ Häppchen zu zerteilen, die nicht in der Lage sind, sich deutschen Interessen in den Weg zu stellen.

Nicht nur in einzelnen Blöcken, sondern in der gesamten Demo fanden sich Symbole der antisemitischen Organisationen Hisbollah, Hamas, Palästinensischer Islamischer Djihaad und der Al-Aqsa-Brigaden. Mit Fotos, Sprengstoffattrappen und unzähligen Märtyrer-Stirnbändern wurden die „Märtyrer des palästinensischen Volkes“ gefeiert und somit der heilige Krieg gegen die Juden bejubelt. Wiederholt wurden Israelflaggen verbrannt – eine eindeutige Symbolik. Zwar versuchten OrdnerInnen immer wieder, die schlimmsten Auswüchse des antisemitischen Wahns zu unterbinden, dennoch kam es – gerade in Sichtweite der proisraelischen Gegenkundgebung – des öfteren zu Hitlergrüßen, Rufen wie „Judenschweine“ und Versuchen, die Gegenkundgebung trotz massiver Bullenpräsenz anzugreifen.⁽¹⁷⁾ Sprechchöre wie „Sharon ist ein Mörder und Faschist!“ oder „Israel Kindermörder - Israel Frauenmörder!“ waren ebenfalls auf der gesamten Demo zu hören.

Schon auf den vorangegangenen Palästina-Solidemos konnten AnhängerInnen des „heiligen Krieges“ gegen die Juden ungestört ihre antisemitische Hetze propagieren. Seit der Demo am 16.03.02 hat es weder von einzelnen beteiligten Gruppen noch vom Solibündnis insgesamt eine öffentliche Abgrenzung von offen antisemitisch agierenden Gruppen wie der Hamas oder der angeblich linken PFLP (die bis heute den Oslo-Friedensprozess und jegliche Anerkennung oder Verhandlung mit dem Staat Israel ablehnt) gegeben. Auch wenn es zaghafte Versuche gab, auf die Formulierung der Parolen und Transparente einzuwirken, wurden die offenen Antisemiten letztlich überall auf der Demo ohne offenen Widerspruch geduldet – dies gilt auch für einen Block deutscher Linker am Ende der Demo.

Ein neuer Holocaust?

Die Gleichsetzung der israelischen Politik mit dem Nationalsozialismus ist gerade in Deutschland nichts neues [s.o.]. Neu ist allerdings, dass diese Sichtweise die nicht nur von deutschen Linken vertreten wird, sondern auch von CDU-Mitgliedern. In Anschluss an Norbert Blüm rief das „Bündnis Solidarität mit Palästina in Düsseldorf“ zu einer Demonstration „Stoppt den Vernichtungskrieg gegen Palästina“ auf.⁽¹⁸⁾ Der Begriff „Vernichtungskrieg“, der bisher das Vorgehen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg beschrieb, wurde nicht etwa unbewusst gewählt. Im Aufruf heißt es, die Medienberichte „erlauben keine andere Beschreibung“. Auch in Berlin wurden am 13.4. zahlreiche Transparente gezeigt, die von einem „Vernichtungskrieg“, einem „Völkermord“ oder gar einem „Holocaust“ in Palästina

sprachen. In diversen Flugblättern wird diese Argumentation ausbreitet. Die Föderation der Arbeitsmigrant/innen in Deutschland [AGIF] spricht von der „Auslöschung des palästinensischen Volkes“. In gänzlich unverhülltem Antisemitismus heißt es weiter: „Der israelische Zionismus badet regelrecht mit dem Blut des palästinensischen Volkes“.⁽¹²⁾ In einem Aufruf vom Solibündnis wird Israel vorgeworfen, sich „wie eine Kolonialmacht des 19. Jahrhunderts“ zu gebärden. Als sei dies noch nicht schlimm genug, heißt es weiter, der „Drang nach Lebensraum im Osten“ sei „israelischer Alltag“.⁽¹³⁾ Der an sich richtige Hinweis, dass der Holocaust nicht zur Rechtfertigung anderer Verbrechen dienen darf, wird hier durch die Gleichsetzung der israelischen Politik mit dem Holocaust auf infame Weise pervertiert. Die Antiimperialistische Koordination Wien [AIK] spricht schlicht von einem „Vernichtungsfeldzug“ gegen die PalästinenserInnen: „Israel benutzt den Völkermord an den Juden durch den deutschen Faschismus, um die systematische Vertreibung, Unterwerfung und Vernichtung [sic!] der Palästinenser als Nation zu rechtfertigen“. Antisemitismus ist für die AIK vorrangig eine „Rechtfertigung des Kolonialprojektes Israel“, die zionistische Bewegung wird gar eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten unterstellt! Der Kampf gegen das zionistische Israel wird so zum antifaschistischen Widerstand: „Die palästinensische Intifada ist nichts anderes als der moderne Nachfolger des antifaschistischen Widerstands der osteuropäischen Völker“ – die Konsequenz der AIK lautet: „Alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte müssen die israelische Okkupation genauso verurteilen und bekämpfen, wie sie dem deutschen Faschismus entgegengetreten“⁽¹⁴⁾.

Mit dieser Argumentation werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Wenn die Israelis die neuen Nazis sind, ist erstens jede Form des Widerstandes legitim – auch das hinterhältigste Attentat: Ausdrücklich fordert die AGIF zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk „in allen Bereichen“ auf.⁽¹⁹⁾ Zweitens kann, wenn die Juden sich jetzt selber wie die Nazis benehmen, der Holocaust ja so schlimm nicht gewesen sein – Walser, Möllemann und alle anderen anständigen Deutschen können endlich wieder in Ruhe fernsehen.

Wie weiter?

Noch einmal: Mit diesem Text wollen wir keine Bewertung des Nahostkonfliktes vornehmen – es geht uns nicht darum, einer Seite die alleinige Verantwortung für den Konflikt zuzuschreiben. Grundsätzlich finden wir es auch mehr als fraglich, ob ausgerechnet Deutsche sich an der vermeintlichen Lösung dieses Konflikts aktiv beteiligen sollten. Absolute Zurückhaltung ist jedoch angesagt bei der Kritik Israels – jedenfalls solange, wie sie sich immer wieder mit dem permanenten Wunsch nach Entsorgung der eigenen NS-Vergangenheit, mit romantisierenden Vorstellungen vom „palästinensischen Volk“ und mit allzu häufig als Antizionismus getarnten antisemitischen Ressentiments vermischt und argumentativ davon bestimmt wird.

Fest steht für uns ferner: Eine Identifizierung oder auch nur Solidarisierung mit dem derzeitigen „palästinensischen Befreiungskampf“ ist aus linker Perspektive untragbar! Bei allem Verständ-



In der palästinensischen Gesellschaft gibt es derzeit keine nennenswerten politischen Kräfte, die eine abstrakte positive Bezugnahme, wie sie in der Parole „Solidarität mit Palästina“ zum Ausdruck kommt, rechtfertigen.



nis für Widerstand gegen die miserablen Lebensbedingungen im Gazastreifen und der Westbank ist die sogenannte al-Aqsa-Intifada mitnichten ein sozialrevolutionäres Projekt. Ihre Hauptakteure stellen vielmehr eine antisemitische Guerilla dar, deren Ziel es ist, den Feind zu vernichten, d.h. die Existenz Israels zu beenden und zu diesem Zweck so viele Juden wie möglich zu ermorden. Nicht nur deshalb sollte es linke Palästina-Freunde stutzig machen, wenn die NPD heutzutage in „Pali-Tüchern“ durch die Straßen läuft und „Lang lebe Palästina“ skandiert.

In der palästinensischen Gesellschaft gibt es derzeit keine nennenswerten politischen Kräfte, die eine abstrakte positive Bezugnahme, wie sie in der Parole „Solidarität mit Palästina“ zum Ausdruck kommt, rechtfertigen. Die Positionen, die für einen Dialog und für ein Zusammenleben mit dem jüdischen Staat Israel und für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in den palästinensischen Autonomiegebieten eintreten, sind in der palästinensischen Gesellschaft derzeit bestenfalls marginalisiert. Zur Legitimation ihrer Position beziehen sich Palästina-FreundInnen derzeit stark auf die israelische Friedensbewegung – nicht ohne Grund: In der palästinensischen Gesellschaft ist eine so sichtbar im Widerspruch zur herrschenden Politik stehende, den Frieden mit dem Feind propagierende politische Bewegung derzeit schlicht undenkbar [allein schon aufgrund der ungleich stärkeren Repression].

Unsere Konsequenz: „Solidarität mit Palästina“ in einer so unbestimmten Form ist vor diesem Hintergrund für uns indiskutabel. Solange nicht konkretisiert wird, welchen Menschen, welchen politischen Gruppen und Forderungen die Solidarität gelten soll und welchen ausdrücklich nicht, gibt es für uns als Linke keinen Grund, den palästinensischen Volksbefreiungskampf zu unterstützen. So wie sie gerade propagiert wird – ohne Abgrenzung gegen völkische und antisemitische Ressentiments – kann die Antwort der Linken nur heißen:

**„Solidarität mit Palästina“ – so nicht!
Gegen Antisemitismus und völkisches Denken überall!
Keine antisemitischen Parolen am 1. Mai und an anderen Tagen!
Deutschland halt's Maul!**

::25.04.2002::
::antisemitismus-ag der gruppe subcutan::
::www.a6laden.de.vu::
::mail: a6_laden@gmx.de::

- 1 „Dem Antisemitismus entgegenzutreten schließt den Kampf gegen die israelische Okkupation ein“ - Flugblatt der Antiimperialistischen Koordination Wien [AIK] vom 08.04.02
[<http://www.antiimperialista.com/de/view.shtml?category=2&id=1018276068>]
- 2 Das zeigt u.a. das Argument, PalästinenserInnen könnten nicht antisemitisch sein, da „sie selber Semiten“ seien. Hier wird Antisemitismus als Rassismus gegen Semiten missverstanden. Spätestens seit Finkelstein sollte deutlich sein, dass auch Menschen jüdischer Religionszugehörigkeit antisemitischen Denkweisen anhängen können
[<http://www.torli.de/gumbo/txt/Finkelstein.htm>].
- 3 vgl. „Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus“ von Thomas Haury
[<http://a6laden.coolfreepages.com/projekte/asag/haury.html>]
- 4 zitiert nach „Aktionspolitologie“ von Klaus Bittermann, in: Konkret 1/99, S. 50.
- 5 Zur Diskussion um Entebbe vgl. den Text „Gerd Albartus ist tot“ von den RZ
[<http://www.txt.de/idverlag/BuchTexte/Zorn/Zorn04.html>] und die Broschüre „We don't like your lovesong“ der Gruppe melange vom Dezember 00
[Kontakt: <mailto:gruppe.m.e.l.a.n.g.e@gmx.net>].
- 6 vgl. „Die Hunde bellen, und die Karawane zieht weiter“ von den RZ, Mai 77
[<http://www.txt.de/idverlag/BuchTexte/Zorn/Zorn21.html>].
- 7 vgl. „Zwischen Scham und Wahn - Israel und die deutsche Linke 1945-2000“ von Martin Kloke [http://a6laden.coolfreepages.com/projekte/asag/kloke.html].
- 8 Im Gegensatz zu den Massakern in Sabra und Shatilla im Libanon 1982, für die Scharon verantwortlich gemacht wird, gab es in der deutschen Linke angesichts der Massaker an PalästinenserInnen in Jordanien („Schwarzer September“ 1970) oder der Amal-Milizen im Libanon 1985 keinen Aufschrei.
- 9 Bericht vom Überfall auf die Bahamas-Veranstaltung, gepostet auf Indymedia am 11.04.02 [http://de.indymedia.org/2002/04/19846.shtml]
- 10 Es geht hier weder darum, die Situation in Israel mit der in der BRD gleichzusetzen, noch zu sagen, dass Boykotte prinzipiell ein falsches politisches Instrument wären. Der Punkt ist, mit welcher Leichtigkeit gerade bei Israel solch eine ansonsten nicht gerade alltägliche Forderung erhoben wird und dass dabei auch schnell mal von „jüdischen Waren“ die Rede ist, vgl. [http://de.indymedia.org/2002/04/20416.shtml]
- 11 Gerade angesichts der als Märtyrer gefeierten Selbstmordattentäter erinnert der letzte Spruch an die Nazi-Kriegspropaganda: „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen“ prangt seit 1936 u.a. auf dem sogenannten Kriegsklotz in Hamburg – worauf sich auch ein bekannter Song der Hamburger Punkband Slime bezieht [http://www.kunstrecht.de/news/00allg12.htm].
- 12 Aufruf „Schluss mit der Besatzung“ vom Solidaritätsbündnis für Palästina vom März 02 [wortgleich mit dem Aufruf zur Palästina-Solidemo am 16.3.02] [http://www.antiimperialista.com/de/view.shtml?category=2&id=1017732630 und http://www.gib.squat.net/texte/pal_gem.html]
- 13 „Aufruf zur Demonstration und Kundgebung für Palästina“ vom Solidaritätsbündnis für Palästina, gez. Khaled Aisha vom 10.04.02 [http://www.linkeseite.de/Texte/diverses/0783.htm]
- 14 Oft wird behauptet, die Anschläge richteten sich ja „nur“ gegen Israelis. Der antisemitische Charakter wird jedoch daran deutlich, dass die Attentate meist an jüdischen Feiertagen stattfinden und dass die Einstellung der [potentiellen] Opfer gegenüber der Besatzungspolitik keinerlei Rolle spielt. Im Jerusalemer Café Moment wurden bewusst jugendliche Israelis in die Luft gesprengt, die der Linken und der Friedensbewegung nahe stehen [http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_2002/13/07a.htm].
- 15 Auf arabisch hat Arafat immer wieder den Kampf der „Märtyrer“ gelobt. In den Schulbüchern und im Rundfunk der palästinensischen Autonomiebehörde wird antisemitische Propaganda betrieben und zum Märtyrertod aufgerufen. Zahlreiche Beispiele hat das Middle East Media Research Institute [MEMRI] veröffentlicht [http://memri.org/].
- 16 „Redebeitrag des Solibündnisses auf Palästina-Demo am 13.4.“, gepostet auf Indymedia am 15.04.02 [http://www.de.indymedia.org/2002/04/20158.shtml]
- 17 Augenzeugenbericht von der Demo, gepostet auf Indymedia am 13.04.02 [http://de.indymedia.org/2002/04/19979.shtml]; Fotos von der Demo am 13.04.02 unter [http://www.krassezeiten.de/foto.php?dir=pali020413]
- 18 Appell „Stoppt den Vernichtungskrieg gegen Palästina“ des Bündnisses Solidarität mit Palästina in Düsseldorf vom 13.04.02 [http://www.friedensforum-duisburg.de/pdf/palaest02-04-13.pdf]
- 19 Flugblatt der Föderation der Arbeitsmigrant/innen aus der Türkei in Deutschland [AGIF] vom April 02 [link?]

Was verbindet und unterscheidet die Jahre 2002 und 1932?

von Max Brym

Am 02.07.02 bestritt Heiner Karuscheit in Kalaschnikow, daß der Antisemitismus im heutigen Kapitalismus noch eine gefährliche Erscheinung wäre. Vielmehr behauptet er, daß der Antisemitismus an eine bestimmte Phase des Kapitalismus gebunden ist, die heute um auf die Quintessenz der karuscheitschen Logik zu kommen, vorbei sei. Um diese These zu belegen zitiert er unter anderem Friedrich Engels, der den Antisemitismus als "eine Reaktion mittelalterlicher untergehenden Gesellschaftsschichten gegen die moderne Gesellschaft" wertet. Es wird behauptet, daß der Antisemitismus in Deutschland keine Massenbasis mehr im alten Kleinbürgertum, hat. Deshalb ist nach Karuscheit der Antisemitismus für die Linke eine zu vernachlässigende Größe. Bevor der Autor dieses Artikels das Ganze theoretisch anleuchtet, gilt es zunächst die Realität und die Bedeutung des Antisemitismus an Hand von Fakten festzuhalten.

Der aktuelle Antisemitismus

Laut dem Buch von Wolfgang Benz („Der Antisemitismus in Deutschland“, dtv) aus dem Jahre 1999 gibt es in Deutschland ein Potential von rund 30% der Erwachsenen, die entweder antisemitische Vorurteile hegen und pflegen, oder gar ein geschlossenes antisemitisches Weltbild haben. Benz stützt sich in seinem Buch auf sämtliche Umfragen aller Meinungsforschungsinstitute in Deutschland und gliedert die antisemitische Klientel auch soziologisch auf. Er bezieht sich unter anderem auf eine Umfrage im Bereich der DGB-Jugend wonach 40% der jungen Gewerkschaftsmitglieder nichts mit Juden zu tun haben möchten. Neuere Untersuchungen belegen, daß Jugendliche z.B. in Magdeburg zu 50% erklären mit keinem Juden befreundet sein zu wollen. Heute im Jahr 2002 kann festgehalten werden, der Antisemitismus ist im Gegensatz zum Jahr 1932 auch eine relevante Erscheinung innerhalb der Arbeiterklasse. Damit ist weniger der Facharbeiter-typus in mittleren Jahren gemeint, sondern leider der Jungarbeiter oder die Jungarbeiterin. Im Jahr 1932 stellte sich das Problem, daß weite Teile des alten Kleinbürgertums, aber auch Akademiker antisemitisch dachten und handelten. Heutzutage ist leider zu bilanzieren, es handelt sich beim Antisemitismus um ein Klassen übergreifendes Phänomen, dem im Gegensatz zum Jahr 1932 kein roter Block mehr gegenübersteht. Im Jahr 1932 gab es zur bürgerlichen Gesellschaft eine rote Gegenkultur, die allerdings das Problem hatte, daß sie den Antisemitismus in seiner Dimension unterschätzte. Erst 1932 findet sich in einer KPD Broschüre (Sowjetstern oder Hakenkreuz) geschrieben von Hermann Remmele einer längerer Abschnitt zum Antisemitismus. Allerdings wird in der Broschüre von Remmele im bebelschen Sinne der Antisemitismus verkürzt als "Sozialismus des dummen Kerls" dargestellt.

Die historische Erfahrung gerade nach der Shoa sollte lehren: Der Antisemitismus darf nicht verkürzt als Randphänomen bzw. als ein Problem unter anderen behandelt werden, gerade nicht im

Jahr 2002 in dem ein Jörg Haider nicht ganz zu unrecht feststellen kann: "Wir repräsentieren in der Stadt Wien die Arbeiter". Der neue Mittelstand in der allseits beschworenen Dienstleistungsgesellschaft ist für den Antisemitismus mehr als anfällig. Ein Beleg dafür sind die Leserbriefspalten der bürgerlichen Zeitungen und vor allem die Homepages der FDP nach den antisemitischen "Tabubröchen" der Herren Möllemann und Karsli, was von Westerwelle abgefedert wurde. In Zehntausenden von Zuschriften, die die FDP erhielt, findet man durchgängig Texte wie "Endlich sagt mal einer, was für ein ekeliger Typ dieser Friedman ist, wenn das keine Jude wäre, hätte er keine Sendung." etc. Wer noch weitere Belege für den real existierenden Antisemitismus in Deutschland sucht, sollte die Augen aufmachen, sich mit Juden unterhalten und auch das Kleingedruckte in der bürgerlichen Presse lesen.

Kürzlich wurden in Berlin zwei Frauen, nach einer Palästina-Demonstration niedergeschlagen, weil sie den Davidstern trugen. Die Zahl der Friedhofsschändungen gegen jüdische Grabstätten hat in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte Rekordhöhen erreicht. Wer das Innenleben jüdischer Gemeinden in Deutschland kennt, der weiß, daß immer weniger Juden und Jüdinnen darauf wert legen, in Deutschland begraben zu werden, nein, sie schließen teure Zusatzversicherungen ab, um ihre letzte Ruhestätte in Israel zu finden. Mit der Ruhe meinen es die älteren Menschen ernst. Vor jeder jüdischen Gemeinde in Deutschland stehen bewaffnete Kräfte und die meisten gläubigen Juden setzen die Kipa erst in der Synagoge auf und nicht auf der Straße. In Antwerpen, obwohl es auch dort Antisemitismus gibt, kann man das Gegenteil beobachten, der Jude hat dort noch keine solche Angst wie in Deutschland, sich als Jude öffentlich zu zeigen.

Welche Bedeutung hat der Antisemitismus für das Großbürgertum?

Unter normalen Umständen ist der Großbürger kein Antisemit (Ausnahmen bestätigen die Regel), dennoch ist jedem der Marx gelesen hat klar, auch der Kapitalist ist nicht Herr seiner Entscheidungen, sondern wird von den Konkurrenzgesetzen des Marktes getrieben. In Krisensituationen ist auch im Großbürgertum die Zunahme von Esoterik, Abenteuerertum und Antisemitismus diagnostizierbar. Gegenwärtig befindet sich das deutsche Großbürgertum mit seiner neuen Rolle als Großmacht in Europa in einer Phase der Zeitwende. Die Unterordnung unter die USA ist spätestens seit der Aneignung der DDR vorbei. Es wird gegenüber der USA bei allen Militäraktionen die Partnerschaft in Leadership eingeklagt. Diese gestehen die USA allerdings dem deutschen Imperialismus nicht zu, sondern sie bestehen nach wie vor auf die Unterordnung Deutschlands im Rahmen "gemeinsamer Militäraktionen". Bis dato nimmt das die bürgerliche Klasse in Deutschland noch genervt hin. In Wirklichkeit wird aber an einer anderen Option gearbeitet. Dieses Anliegen liest sich in der ver-



< München, Oktober 2002 >



teidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr vom November 1992 wie folgt: "Es gehe darum, im deutschen Interesse den freien Welthandel zu garantieren und den Zugriff auf Rohstoffquellen zu gewährleisten." Das Ganze muß nicht nur militärisch, politisch, ökonomisch, sondern auch ideologisch vorbereitet und abgesichert werden.

Historiker wie Nolte, "deutschnationales Schriftgut" im Ullstein-Verlag, antisemitische Tötungsphantasien eines Martin Walser sind alles andere als zufällig. Sie treffen sich mit den Ambitionen bedeutender Teile des deutschen Bürgertums, sich von den USA zu entkoppeln. Der Antisemitismus kann hierbei eine Herrschaft stabilisierende Form nach Innen annehmen (das Bürgertum hat historisches Bewußtsein), kann aber auch als Türöffner in die arabische Welt gebraucht werden. Möllemann ist in der arabischen Medienlandschaft aufgrund seines Antisemitismus zu einer festen und akzeptierten Größe geworden. Der ehemalige Wirtschaftsminister Möllemann, der der deutsch-arabischen Gesellschaft vorsteht und eine private Firma Web-Tec für Wirtschafts- und Exportberatung betreibt, gilt als wichtiger Interessensvertreter der deutschen Industrie im arabischen Raum. Aus jenem Raum bezieht Deutschland wichtige Öllieferungen z.B. aus Libyen und Syrien. (Laut Pentagon - Schurkenstaaten) Im Iran sind deutsche Industrielle die wichtigsten Partner und Deutschland ist über Hermes-Bürgschaften der wichtigste Kreditgeber des Landes. "Eine gute Portion" Antisemitismus ist im arabischen Raum was Geschäfte angeht eher förderlich. Diese Karte und die Zockereien Möllemanns, werden deshalb vom deutschen Großbürgertum beobachtet um zu sehen was herauskommt. Denn andererseits kann man es sich gegenwärtig noch nicht leisten, der USA in irgend einer Form den Krieg zu erklären. Von daher wird Möllemann vom bundesdeutschen politischen Establishment nicht wegen seines Antisemitismus kritisiert, sondern weil er "dem deutschen Ansehen im Ausland schade". (Durchaus wichtig ist noch die USA als starker Absatzmarkt für deutsche Produkte). Dieser Absatzmarkt ist allerdings aufgrund rapide schwindender Massenkaufkraft in den USA am abnuckeln. Das Bürgertum

schwankt demzufolge hin und her. Es gibt aber auch einen Punkt ohne Schwankungen.

Deutsche Militäreinsätze und soziale Härten

Der Antisemitismus wird bewußt reaktiviert, um vor allen Dingen den z.B. durch die Telekom-Aktie auf die Schnauze gefallenen Kleinbürger zu trösten. Er ist nötig, um wirtschaftliche Härten zu rechtfertigen, die die unteren Schichten treffen und nicht einfach mit dem Argument (Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg.) weggewischt werden können. Die bereits zur Gewohnheit gewordenen Bundeswehreinsätze im Ausland müssen ideologisch untermauert werden. Nachdem sich die Bush-Rhetorik deutlich unterscheidet von der Rhetorik eines Bill Clinton (Bush spricht vom Kampf gegen den Terror, Clinton sprach vom Kampf um die Menschenrechte) ändert sich auch die bundesdeutsche Rhetorik. Einerseits wird Bush imitiert, es ist aber auch noch ein Schuß Clinton dabei, andererseits wird durch die Hintertür der Antisemitismus bewußt in modernisierter Form eingeführt. Nur in Deutschland werden israelische Militäraktionen laufend von führenden Gestalten mit den Methoden der Hitlerwehrmacht und des Naziregimes verglichen. Dieser Vergleich ist nur Israel vorbehalten, findet aber keine Anwendung auf die barbarische Kriegführung Rußlands in Tschetschenien oder der Untaten nordsudanesischer Milizen im Süden des Sudan. Der Zweck ist klar: "Wenn die Israelis sich aufführen wie Nazis, dann war der Nazismus gar nicht so schlimm und es gibt schon gar keine Argumente mehr gegen neuzeitliche bundesdeutsche Militäreinsätze." Dieser instrumentalisierte Antisemitismus durch die herrschenden Schichten befördert und weckt den Antisemitismus in Deutschland generell, der über Jahrzehnte ein selbständiges Phänomen in diesem Land geblieben ist.



< München, Oktober 2002

DAMMBRÜCHE - LINKSDEUTSCHER RÜCKSTAU

vom Cafe Morgenland / Fluchschrift

Momentan platzen - eine nach der anderen - die jahrelang aufgeblähten Luft(sprech-)blasen: Die radikalen Sprüche zu Bomber Harris, zur Bombardierung von Dresden oder zur Entsendung von NATO-Schutztruppen nach Ossi-Land oder ähnlich Unverbindlichem, entblößen sich als "Sprüheklopfen". Ohne Substanz, Inhalt und Konsequenz, als Verbalradikalismus der abstoßendsten Sorte.

Was wir leider noch nicht geschafft, was wir aber trotz alledem immer wieder gehofft haben, ist eingetreten und zwar ganz anders als wir es uns erträumt haben ("Strafexpedition" nannten spöttisch die Linksdeutsche unsere Absicht). Innerhalb weniger Tage wurde uns ein segensreiches Hochwasser mit noch erfreulichen Nachrichten beschert. Die "national-befreiten Zonen" wurden überraschend und kurzerhand mit einer Soße überschwemmt, die der Farbe der Gesinnung der dort lebenden Ossis entspricht: braun.

Ungebremst strömte, durch einen so genannten Rückstau, diese braune Kloake über die Kloschüssel zurück zu seinem Ursprung, in die Ossi-Wohnstuben, an den Ossi-Küchentisch, also urgewaltlich an jene Orte der rassistischen, antisemitischen und spießbürgerlichen Palaverthings. Dort, wo die Kultur dieser Population wächst und eskaliert. Dort, wo sie deutsch ist und wird. Dort, wo die Bilder von abgepackelten Flüchtlingsheimen bejubelt und mit dem rassistischen, aktivistischen Nachwuchs manch Bierfass auf erfolgreiches "Fidschiklatschen" geleert wird. Dort, wo die Alten Hass und Neid predigen und jedes Kleinkind schon innerlich zerschneiden, moralisch ruiniert wird. Dort, wo der rassistische Mord geplant und der Völkermord gedacht und gefordert wird. Ein Hochwasser, das diese familiäre und nachbarschaftliche Infrastruktur des deutschen Grauens, für einige Tage punktuell lahm legt, ist für uns alles in allem eine gute Nachricht, Anlass zur Freude oder zumindest zur Schadenfreude.

Nicht so bei den so genannten Antideutschen, die den Verbalradikalismus auf die Spitze trieben: Da sie an ihre eigenen Sprüche nie so recht geglaubt haben (war dies doch lediglich eine Form, sich vom Rest der linksradikalen deutschen Szene konsequenzlos abzusetzen, um trotzdem auf sie zu spekulieren) konnten sie den Anlass der Freude auch nicht würdigen. Da der Ausgangspunkt ihres radikalen Da(heim)seins ausschließlich die Befindlichkeiten der eigenen Person (oder globaler - des eigenen Vereins) ist, konnten sie nicht begreifen was hier geschah. So teilt uns dieser Tage die "Antinationale Gruppe Leipzig" mit, dass sie sich ab jetzt "Karlheinz" nennt. Diejenigen, die vor drei Monaten in einem Papier die Republik Tschechien noch mit dem Nazibegriff "Tschechei" belegten, werden auch unter dem neuen Namen nie begreifen was Bomber Harris und die Mulde oder Elbe gemeinsam haben.

Beispiel Grimma:

"Die Opfer stehen vorerst allein da. Zwar werden ihnen pro Haushalt bis 2 000 Euro Soforthilfe ausgezahlt, doch zur Deckung der Schäden reicht das in keinem Fall. In Sachsen und Sachsen-Anhalt, den am stärksten betroffenen Gebieten, sind Industrieanlagen, Innenstädte und Tausende Häuser und Wohnungen beschädigt, an manchen Orten vollständig zerstört. Im sächsischen Städtchen Grimma, das bislang nur die beschaulich dahinfließende Mulde kannte, stand das Wasser über drei Meter hoch auf dem Marktplatz. Viele, die sich dort mit Krediten selbstständig gemacht hatten, fanden nach dem Abfließen des Wassers nur noch wertlosen Schutt in ihren Geschäften und Restaurants. Die "paar Hundert Millionen Euro" (Süddeutsche Zeitung), die die Bundesregierung im ersten Jahr für alle Hochwassergebiete bereitstellen will, sollen vor allem in den Wiederaufbau der Infrastruktur fließen. Was übrig bleibt, wird für viele Betroffene allenfalls zur Tilgung der Kreditzinsen reichen. In Grimma begann man in der vergangenen Woche bereits damit, alte, zum Teil gerade erst renovierte Häuser, die wegen der Flutschäden einsturzgefährdet waren, abzureißen. Vielleicht wird die Stadt in zehn Jahren wieder das sein können, was sie vor der Flut gerade erst geworden war: ein Ausflugsziel." (Jungle World, 26.08. 2002)

Ein "Ausflugziel" für "lustige Musikanten" wie die der NPD, die im letzten Jahr in Grimma zu ihrem Pressefest immerhin 1500 "Wandergesellen" mit Springerstiefel begrüßen konnten. (Eine Steigerung gegenüber 200 Nazis am 1.Mai 1997.) Die Skinheads in grün (nicht nur die Jäger) waren auch zahlreich präsent und sorgten mit Prügel dafür, dass diese Ausflugsidylle nicht durch ein paar notorische "Antifa-Nörgler" gestört wurde. Das ganze unter regem Beifall und Mithilfe der Eingeborenen, die damals lustiger drauf waren. So auch der stellvertretende Bürgermeister und Leiter des Flüchtlingsheims (PDS), der angesichts der dortigen Asylbewerberunterkunft sicherstellen will, dass er seinen "christlichen Glauben hier leben kann und nicht der Angst unterliegen muss, durch den Moslem tyrannisiert zu werden." Asylbewerber fehle es an nichts, dafür "verführen sie unsere deutschen Kinder mit Drogen und anderen Giften" und "führen ein fettes, sorgloses Leben auf Kosten der hier lebenden Menschen". Eine Hochwasserflut ist wohl das Geringste, was man Grimma an den Hals wünscht.

Beispiel Bad Schandau / Sebnitz

Stolz teilten die Sebnitzer nicht nur ihre erfolgreiche Spendensammlung mit, sondern auch wofür die Spendengelder verwendet werden: für den Wiederaufbau des von dem Hochwasser betroffenen Schwimmbades(!) des Nachbarkaffs Bad Schandau (Know-how-Transfer auf Mobdeutsch).



< Land unter im Osten >



Weil aber die JW die soziale Karte links ausspielen und den Mob rechts einsammeln will, stören die paar Kleinigkeiten. Da werden deutsche Jagdreviere zu "beschaulichen" Idyllen, die Jäger zu bedauernswürdigen Geschöpfen. Die tatsächlichen Opfer aber, etwa die Flüchtlinge, die in diesen Gegenden festgehalten werden, kommen darin überhaupt nicht mehr vor. Die linke Verinnerlichung der "national-befreiten Zonen" ist so weit fortgeschritten, dass ihnen zum Begriff "betroffene Menschen" Deutsche einfallen. Über den Zustand der (diesmal zum Glück) wenigen Flüchtlingsheime kein Wort. Es interessiert niemanden, weder die JW, noch die "Karlheinz"es, noch die deutschen Antira-Gruppen, die doch sonst alles sammeln, was an Fakten und Zahlen gesammelt werden kann: Die Orte der Flüchtlingsheime, die Anzahl der BewohnerInnen usw.

Obwohl man von den Beschäftigten eines Dienstleistungssektors, die nicht nur finanziell von den Flüchtlingen abhängen, sondern auch im Bezug auf die Ausgewogenheit des eigenen Seelenhaushalts auf sie angewiesen sind, etwas mehr erwarten würde, wird von den Antira-Gruppen überhaupt kein Wort darüber verloren, ob die Flüchtlinge evakuiert worden sind. Dafür liest und hört man viel von den antirassistischen Camps, von Karawanen durch Thüringen usw. Es wird auch kein Gedanke daran verschwendet, wo sie wieder einquartiert werden, wo es doch klar ist, dass sie nicht am gleichen Ort untergebracht (weil sonst umgebracht) werden können. Denn bekanntlich sind die Teutonen am gefährlichsten, wenn sie sich als Opfer fühlen. Die überschwemmten Gebiete werden zu Mordgruben während des "Wiederaufbaus"! Keine Spenden für unsere Killer!

Daher zum x-ten Mal langsam und von Vorne: Sie haben gemordet und verwüstet. Minderheiten und ganze Bevölkerungsgruppen ausgerottet. Ganze Landstriche dem Erdboden gleich gemacht. Jüdinnen und Juden in Zentral-, Süd- und Osteuropa aufgespürt, um sie auf der Stelle umzubringen oder in den dafür eingerichteten Todeslager zu vergasen, zu erschlagen, zu erschießen. Sie haben fast keine Mordart ausgelassen. Sicher und beständig, Tag und Nacht. Sie haben eine riesige Tötungsmaschinerie errichtet, betrieben und instand gehalten, massenhafte Täter für massenhafte Tötung. Sie haben, ohne mit der Wimper zu zucken, über Leben und Tod entschieden und gehandelt. Sie haben Menschen in "arbeitsfähige" und "arbeitsunfähige", in "lebenswerte" und "unwerte" selektiert. Todesurteile. Dieses Verhalten der Germanen wurde später als "singulär" charakterisiert. Einerseits, um das absolute Unverständnis und andererseits die Hoffnung, dass es einmalig bleiben soll, zum Ausdruck zu bringen. Für die allerdings, die das Ganze verbrochen hatten, wurde es als Aufforderung zur Überwindung dieser Singularität verstanden: Entweder durch "Schlussstrich ziehen" oder durch seine Wiederholung.

Ihre Niederlage im Jahr '45 dauerte nicht lange. Die Forderung an diese Population, die nächsten Tausend Jahre die Jüdinnen und Juden in Ruhe zu lassen und die Schnauze zu halten, hat ebenfalls nichts gebracht. 45 Jahre danach waren sie wieder Wer. Sie einigten ihre "geschundene", geteilte Heimat und zogen wie-

der in die weite Welt, um die tödlichen deutschen Tugenden zu präsentieren. Im Sudan und im Balkan, in Afghanistan und demnächst (wenn es nach ihnen geht) im Nahen Osten.

Wir erleben seit einigen Jahren (genauer gesagt seit der Wiedervereinigung) den geordneten Übergang von Masse zu Meute, von Programm zu Pogrom. Jegliche Form und Art von so etwas wie Rücksichtnahme, Hemmungen, Moral oder Ethik (also von Bändigungskonventionen der Mordlust) sind weggefegt worden, existieren nur durch ihre Abwesenheit. War der Historiker-Streit der Balsam für den deutschen Intellekt, so waren die Lichtenhagener Pogrome der Katalysator für den deutschen Instinkt. Eins steht fest: Es gibt nicht den geringsten Grund, nicht anzunehmen, dass "Auschwitz oder ähnliches sich nicht wiederholt". Alle dafür notwendigen Grundlagen und Elemente sind vorhanden.

Antisemitismus ist ab Auschwitz mit Vernichtungswahn gleichzusetzen. Da dies anscheinend eine Radikalisierung / Revolutionierung der deutschen Gefühle und des deutschen Treibens darstellt, ist er nur durch Reglementierung zu stoppen. Dieser Vernichtungswahn ist zuerst bei den Deutschen ausgebrochen. Die spezifisch deutsche, auf die Relativierung des deutschen Brauchtums abzielende Diskussion, ob andere auch dazu fähig wären oder sind, dient ausschließlich der Entlastung der Heimatvertriebenen. Fakt ist, die Deutschen sind die einzigen, die dem Wahn einen (Vernichtungs-) Sinn gegeben haben. Viel zu vieles spricht dafür, dass sie immer noch die einzigen sind, die diese Fähigkeit nicht nur besitzen, sondern auch kultivieren. Auch wenn der Antisemitismus stets und überall das Beständigste in dem deutschen Wesen ausmacht, bleibt dieses seinem Grundsatz treu: Das eine zu tun ohne das andere zu lassen! Die Karalis dieser Welt können sich vielleicht ändern: Die Walsers und Möllemänner niemals!

57 Jahre nach Auschwitz zog die linke Enkelgeneration im Jahr 2002 ebenfalls mit: die einen Richtung Afghanistan, die anderen Richtung Israel. Seitdem beschimpfen sie sich gegenseitig, streiten und werfen sich alles Mögliche an den Kopf. Wir meinen zu Unrecht, denn es sieht nur nach Gegensatz aus. Sie liegen inhaltlich näher beieinander, als sie wahrhaben wollen. Wäre es in der Tat so gegensätzlich gewesen, hätten wir uns über diese hoffnungsstiftende Polarisierung gefreut. Es wäre ja ein erster Schritt gegen die volksgemeinschaftlich verfestigten Strukturen dieser Gesellschaft gewesen. Leider ist dem nicht so. Im Prinzip sind sie sich einig. Bei näherer Betrachtung kommt einer der üblichen innerfamiliären Streitigkeiten zum Vorschein. Je mehr sie sich streiten und beschimpfen, umso stärker wird ihre Ähnlichkeit ersichtlich. Zum Verwechseln ähnlich: "antideutsche" und "links-radikale/autonome", Rassenkundler und Historiker, Koran- und Talmud-Experten, Gruppen und ihre Therapeuten, Aktivisten und Passivisten, Globalisierungs- und Lokalisierungsgegner, alles was an Differenzierungen angeboten werden kann, ist zu einer endlosen, unüberschaubaren Masse verkommen, die Wege nach ihrer Ausbreitung sucht und findet. Die mühsam aufgebauten Dämme ("Tabus", "Anstand" usw.) sind längst aufgeweicht, lassen eine



< Dresden 2002 >



ganze Menge an braunem Dreck durch. Ja, sie sind gebrochen. Eine der heftigsten, dammbruchähnlichen Wellen des antisemitischen und des antiislamistischen Hasses, der Vernichtungsphantasien, -äußerungen und -handlungen rollt zurzeit fast über den ganzen Blätterwald der linksdeutschen "Zusammenhänge". Der Antiislamismus für die einen und der Antizionismus für die anderen sind die Einstiegsdrogen zur Befreiung Deutschlands von der Last der Vergangenheit. Der Kitt der Streithähne ist der gemeinsame Wunsch und die gemeinsame Anstrengung, endlich mal Schluss mit der nationalsozialistischen Scheiße zu machen. Heimatschutz auf Linksdeutsch.

Die Linksdeutschen haben keine Skrupel, im Kampf um den Oberhaupt-Posten in der Familie alles zu relativieren, zu instrumentalisieren, zu entlasten. Die einen suchen und forschen nach den Gründen für die seit über zehn Jahren laufenden Pogrome und Anschläge in diesem Land im modernen Kapitalismus (und nicht in Auschwitz - bloß keine Verknüpfung herstellen - selbst dann nicht, wenn das Kollektiv sein Betreiben in der Schändung von jüdischen Friedhöfen und Anschlägen auf Synagogen herauschreit) und die anderen wiederum sehen Auschwitz nur als Blaupause, als Vorlage für die "eentlichen" Nationalsozialisten (Islamisten, Araber usw.). Oder noch konsequenter: Der Koran als Vorlage zu Hitlers "Mein Kampf".

Und wie bei den Fischers dieser Republik (Balkanbombardierung wg. Auschwitz), steht den eigentlichen Motiven nichts mehr im Wege: Ordinär-rassistische Sprüche und Gefühle werden hemungslos ausgebreitet. In solch geballter Form und Offenheit, dass man sich fragen muss, wie sie dies all die Jahre aushalten konnten! Insofern stellt der 11. September ein Befreiungsmoment der angestauten völkischen und rassistischen Gefühle dieser linksdeutschen Sorte dar. Kriegsgeschrei überschattet jeden humanitären Ansatz. Und weil sie immer noch auf die Szene spekulieren, weil sie ein wenig davon ahnen, welch reaktionären Mist sie verbraten, was heißt, dass sie nicht weniger als einen Krieg an die Leute bringen wollen, erzeugen sie akrobatisch formulierte Abstraktionen, die an Lächerlichkeit ihresgleichen suchen. Eine Kostprobe: Mit der US-Invasion in Afghanistan sind "die Bedingungen der Möglichkeit für emanzipatorisches Denken in Afghanistan" (als würde dieses Null-Summen-Spiel nicht schon reichen, wird nachgeschoben: "im Verhältnis zur Taliban-Herrschaft") geschaffen worden. Einzigartige Definition der leeren Menge!

Und die andere Seite? Sie haben auf einmal ihr Herz für "die Araber", für die als "Islamisten" Bezeichneten, für die rassistisch

Angegriffenen entdeckt! Haben sie es tatsächlich? Wohl kaum. Lange vor dem 11. September, seit fast 4 Jahren wütete in einem Teil des linksdeutschen Blätterwaldes die antiislamistische Hetze. Von "17 Grad" bis hin zu "Konkret", "Bahamas" und wie sie alle hießen oder noch heißen. Damals schon wurden alle Register gezogen: Fetischismus (Kopftuch), Rasiermesser (Bärte), Kleiderordnung (Turban) usw. Der Versuch einiger MigrantInnen-Gruppen diese gefährliche Entwicklung zu thematisieren, ist kläglich gescheitert. Warum jetzt auf einmal diese Empörung? Bei genauerem Hinsehen, wird ersichtlich, dass etwas dazu gekommen ist. Der "Ehrencodex" der Familie wurde verletzt: Ein Teil der Verwandtschaft griff den anderen Teil an, indem er ihn des Antisemitismus/Antizionismus bezichtigte usw. Und noch schlimmer: jener erhob Anspruch auf Revier-Anteile!

Die einen haben den Koran von vorne bis hinten (genauer gesagt vorne und hinten) gelesen und sind zu Koranexperten geworden. Die anderen machen sich an demographische und geographische Arbeiten, sie erforschen die israelische Gesellschaft, selektieren nach "guten und schlechten Juden" (Sharon, Israelische Regierung, Siedler vs. israelische Friedensbewegung, Kriegsdienstverweigerer usw.) und - je nach Lager-, umgekehrt, studieren die in Israel veröffentlichten Sichten und Ansichten, lesen sorgfältig die passenden Bücher und bauen ihre Argumentationslinie aus. Bei diesen Forschungsarbeiten gehen beide Lager nach exakt abgestimmten Grundlagen/Auswahlkriterien vor: Feige und mit einem alten Trick: Anstatt die eigene Meinung zu äußern, "borgen" sie sich die von als "unanfechtbar" Geltenden. In Betracht kommen nur Jüdinnen und Juden, die geeignet sind (unabhängig also von der Inhaltsbewertung), um a) die Authentizität der "geliehenen" Meinung sicherzustellen und b) vor allem hinter dieser Meinung die eigene zu verstecken. "Daß es auch anders geht, hat z.B. eine neue Generation von HistorikerInnen in Israel bewiesen, die mit ihren Forschungsarbeiten ab Mitte der 80er Jahre einige zentrale zionistische Erzählweisen in Frage stellte" schreibt W. W. in "anti-deutsche Kriegsführung". Er meint: Juden sind "Märchenonkel", der Rest sind "HistorikerInnen". Konsequenz von einem, der sich bis heute weigert, einige zentrale deutsche antifaschistischen Mythen in Frage zu stellen, einer der sich bis heute weigert den Unterschied zwischen Faschismus und Nationalsozialismus wahrzunehmen, also bis heute die "Erzählweisen" seiner linken Vorfahren nicht in Frage stellt. Konsequenz weitergedacht von einem, der während des Golfkrieges seinen antisemitischen Ressentiments vollen Lauf ließ (siehe www.fluchtschrift.com/lupus.htm).

Ähnlich die "Antideutschen": Die Leipziger Gruppe "Karlheinz" behauptet knallhart, dass "in Auschwitz Wert vernichtet wurde". Darauf sind sie selbst nicht gekommen, das haben sie bei anderen, z.B. den Bahamas abgeköst. Bekanntlich ist die Wiederholung eine Farce, vor allem dann, wenn die Vorlage schon ein Flop war. Andere behaupten diesen Quatsch auf Veranstaltungen, wie Stephan Grigat an der Frankfurter Uni, was die Sache nicht richtiger, sondern nur dumber macht. Obwohl er mit dieser Meinung übereinstimmte, gab er sie "natürlich" als Meinung von "Unangreifbaren"(Postone) wieder.

Um es richtig zu stellen: Solche Sprüche sind im allgemeinen Vulgärmarxismus und im Deutschspezifikum (wenn also teutsche solche Sprüche klopfen) Vernichtungsvorboten: In Auschwitz sind nicht irgendwelche Werte (Gebrauchs- oder sonstige), sondern sechs Millionen Menschen, sechs Millionen Individuen, keiner gleich dem anderen, vernichtet worden. Gegen diese Vernichtung spricht das einzig richtige Argument, das Argument gegen die Vernichtung von Menschen. Aber für den Theoretiker des "Werts, der in Auschwitz vernichtet wurde", sind die ermordeten Menschen das Material, die Objekte ihrer theoretischen Selbstbespiegelung. Zudem eitle, ekelhafte Versuche, durch vulgärmarxistische Schachtelsätze (alle sind ständig auf der Suche nach dem Verb) "dabei" zu sein.

Selbst banale Diskurse enden in Vernichtungsgedanken. Jüngstes



Solingen 1993

Beispiel: Bekanntlich - dank Internet - sind Foren der verschiedenen Portale (insbesondere der linken) der beste Ort, um die (links)deutsche Volksseele in ihrer Reinform, ohne Verzierungen und Rücksichtsnahmen ertragen zu müssen. Die gebotene Anonymität und die dargebotene Möglichkeit - ohne Angst vor Gesichtsverlust - sich in den Mittelpunkt zu stellen, sprengt jegliche Zurückhaltung. Es wird alles ausgekotzt, was ansonsten in der Szene nur hinter vorgehaltener Hand geplaudert wird. So auch jüngst im Sinistra-Forum in Frankfurt. Jemand hatte (anlässlich eines antisemitischen Angriffes im Exzess) nach der über 10 Jahre zurückliegenden Auseinandersetzung zwischen Exzess-Gruppen und CM nachgefragt. Diese berechnete Frage funktionierte just wie eine Zündschnur. "Linksradikale" Kämpfer kotzten all das aus, was sie 10 Jahre nicht öffentlich sagen "durften". Die Diskussion war eine Mischung aus Seelenstriptease, Sozialneid und Vernichtungsgedanken. Nicht einmal mit dem Wunsch, CM abzuschießen hielten sie sich zurück: "... und selbst das werdet ihr noch stolz aus euren Schützengräben funken".

Wenn beide Seiten, einen Bruchteil ihrer "Forschungsarbeiten" auf die eigenen Familien konzentrieren würden, wenn beide Seiten, das gut behütete Familienalbum, die gut versteckten Familienbriefe von der Front, die Geschichten und Taten ihrer Großeltern und Verwandtschaft, die Geschichte ihrer Gemeinde, ihres Stadtteils, die Eintragungen in das Grundbuch wg. damaliger Eigentumsverhältnisse usw. studieren würden, würden sie sich wundern, a) was sie für nationalsozialistische Exemplare entdecken würden (dann könnten sie die Reise nach Morgenland sparen) und b) hätten sie so viel zu tun, dass sie zumindest in den nächsten 10 Jahren "die Israelis", "die Juden", "die Araber", "die Islamisten" in Ruhe lassen würden.

Aktuell befindet sich die deutsche Linke in einer "Selbstfindungsphase". Sie steht vor dem Dilemma antiislamistisch (dann heißen sie "antideutsche", "antidschihadisten") oder antisemitisch (dann heißen sie Antizionisten) zu sein. In beiden Fällen berufen sie sich auf Israel. Die einen, indem sie Israel mit Aggressor, Besatzer oder gar mit Nazis gleichsetzen, und die anderen, indem sie den Vernichtungswahn der Deutschen bereits bei den "Islamisten" entdeckt zu haben glauben. Je nach Lager, zum Schutz der Palästinenser oder der Israelis. Vor so viel edlem Rittertum können sich weder die Palästinenser noch die Israelis retten. Diese Linken benehmen sich wie konkurrierende Erbschleicher. Anstatt einmal, ein einziges Mal inne zu halten, nehmen sie den Mund so voll, dass sie den Anschein erwecken, die Politik in Israel bzw. im Nahen Osten würde von den Deutschen bestimmt. Ausgerüstet mit so viel und so edlen moralischen Imperativen (immerhin ein Volk zu retten verlangt schon einiges, sie versuchen sogar zwei Völker zu retten!) gibt es dann bekanntlich kein Halt mehr: Die einen verlangen Bombardierung von "islamistischen" Zentren und Ländern, die anderen nennen das Tragen der israelischen Fahne (oder das Erscheinen des David-Sterns) als Provokation (genau so, wie sie immer das Tragen der nicaraguanischen, der kubanischen, der kurdischen Fahne oder des schwarzen Sterns (nie) als Provokation bezeichnet haben). "Allzu oft wird eine antideutsche Provokation wie zum Beispiel ein Plakat im Frankfurter

FH-Asta: 'Lange lebe Israel' oder eine israelische Staatsflagge auf einer Anti-Kriegsdemonstration in Düsseldorf mit Reaktionen beantwortet, die den antideutschen 'Opfern' Zutritt zu einer imaginären Diaspora gewähren" (W.W., "Antideutsche Kriegsführung"). Als notorischen Antisemiten stört ihn nicht die antisemitische Tat, sind Opfer in Anführungsstrichen bekanntlich selber schuld und kommen als Provokateure immer zu gut dabei weg. Die "Reaktionen", die LUPUS für adäquat hält, teilt uns W.W. nicht mit, aber wir können sie ahnen.

Wenn jemand wagt, eine Selbstverständlichkeit zu fordern, z. B. - unabhängig von den Widersprüchen der israelischen Gesellschaft - solidarisch zu Israel zu sein, dann ist es eine Unverschämtheit, ein Ding der Unmöglichkeit, ein "Amoklauf".

"Wurde bisher immer noch der Eindruck erzeugt, es handle sich um einen Krieg der westlichen Zivilisation gegen die islamische Barbarei, wird dieser Eindruck durch den aggressiven Wortschwall getilgt. Alles, was Israel ins Recht setzt, wird durch diese Rede zum bloßen Vorwand degradiert. Wer so redet, will nicht den Frieden, auch nicht für Israel. Das Bild von Israel, das hier an die Wand gemalt wird, unterscheidet sich nicht von der schlimmsten Verteufelung, bloß, daß sie gerechtfertigt wird. Die Logik ist fatal: Wenn man aus der Geschichte ableitet, daß Israel alles darf, kann man aus der Geschichte ebenso ableiten, daß die Palästinenser alles dürfen. Wenn eine "schlechtere Einstellung zu Minderheiten" akzeptabel ist, sind auch Terroranschläge von Selbstmordattentätern gegen Zivilisten akzeptabel" (antideutsch ist amokdeutsch, Trend onlinezeitung 7-8/02). So schrieb die linksradikale Seele anlässlich des CM-Beitrags in der Berliner Demo "Solidarität mit Israel".

Hier findet sich eine bewusste Verdrehung der CM-Aussage ("Solidarität mit Israel unabhängig davon ob Israel die richtige Staatsform hat oder nicht, unabhängig davon ob die israelische Gesellschaft die richtige Einstellung zu Minderheiten hat oder nicht"). D.h., dass auch dann, wenn ein Deutscher nicht mit der Staatsform, Politik oder Gesellschaft Israels einverstanden ist (was seine freie Entscheidung bzw. Bewertung impliziert), trotzdem solidarisch sein muss. Dies war aus dem Zusammenhang unmissverständlich zu erkennen. Von niemandem wurde die eigene Bewertung oder Kritik verboten. Dies reiht sich ein, in die übliche Hysterie "wir dürfen Israel nicht kritisieren".

Aber damit nicht genug. Der Autor folgt der Tradition seiner Population und versucht eine Relativierung von Auschwitz "durch die Hintertür" vorzunehmen: Er setzt Auschwitz mit dem Leiden der palästinensischen Bevölkerung gleich. Dann leitet er (und nicht "man") die sein Wunsch entsprechende Konsequenzen (eine Mischung aus Erpressung und Kuhhandel) daraus: dass er nur dann bereit ist die Mordanschläge zu verurteilen und zu kritisieren, wenn er auch Israel kritisieren darf. Drunter geht's nicht. Auf einen solchen Kuhhandel lassen wir uns nicht ein. Es bleibt dabei: Deutschland halt's Maul (forever!). Wie es aussieht, kann man den Linksdeutschen alles reglementieren, nur eins nicht: Israel in Ruhe zu lassen!

57 Jahre nach Auschwitz zog die linke Enkelgeneration im Jahr 2002 ebenfalls mit: die einen Richtung Afghanistan, die anderen Richtung Israel. Seitdem beschimpfen sie sich gegenseitig, streiten und werfen sich alles Mögliche an den Kopf. Wir meinen zu Unrecht, denn es sieht nur nach Gegensatz aus. Sie liegen inhaltlich näher beieinander, als sie wahrhaben wollen. Wäre es in der Tat so gegensätzlich gewesen, hätten wir uns über diese hoffnungsstiftende Polarisierung gefreut. Es wäre ja ein erster Schritt gegen die volksgemeinschaftlich verfestigten Strukturen dieser Gesellschaft gewesen. Leider ist dem nicht so. Im Prinzip sind sie sich einig.



Auch für die deutsche linksradikale Szene ist nach dem 11. September 2001 "nichts mehr so, wie es war". Endlich haben sie das Vehikel gefunden, sich um den Vernichtungsdrang der deutschen Vergangenheit und Gegenwart nicht mehr zu kümmern. Sie haben neue Feindbilder gefunden: Islam und Israel.

- Während Deutschland (Mob und Regierung) nach dem Hochwasser (Naturkatastrophen sind in Deutschland scheinbar die einzigen Bündnispartner) mit Unterstützung, Spendensammlungen, Benefizkonzerte und zu allerletzt Fernsehsendungen zum Dank an die Katastrophenhelfer (Wir haben auch unseren 11. September !) den Notstand und die Volksgemeinschaft probt;

- während der ostdeutsche Mob mit der bekannten Mischung aus Gejammerge und Drohung, Genöhl und Unverschämtheit ("Alles kaputt, aber wir wollen Cash, keine Kredite", Bürgermeister von Grimma), d.h. zu einem Zeitpunkt, der selten so günstig war, die deutsche Besonderheit gegenüber dem Rest der Welt, zum Thema zu machen,

- während in Algerien/Hildesheim ca. 50 Mob-Heimer, Jung und Alt, ein Flüchtlingsheim überfallen, eine Stunde lang die Flüchtlinge terrorisieren, mehrere verletzen, die Polizei macht- und willenlos dem Treiben zuschaut (die Knarren, die bei MigrantInnen schnell gezogen werden, bleiben im Halfter), während also vor der eigenen Nase wie immer der antirassistische und antisemitische Mob tobt, lädt in Berlin eine Ansammlung von deutschen LinksMicheln zu einem antiislamischen Kongress ein. Nach dem Motto "am deutschen Wesen soll die Welt genesen". Sozusagen die linksdeutsche Variante zu Fischers "Nahost-Vermittlungspolitik".

Das Thema "Die Anschläge, Ursachen und Folgen" meint nicht den zehnten Jahrestag der Brandanschläge in Rostock, die Brandanschläge in Mölln oder Solingen, den aktuellen Brandanschlag auf die Gedenkstätte Sachsenhausen, meint nicht die täglichen Anschläge auf MigrantInnen in ganz Deutschland. In der Vergangenheit bekennende Linksradikale (KABD, KBW, KB), legen sich auf dem Markt der linken Eitelkeiten neue Etiketten zu, weil sie sich nun dem allgemeinen Mainstream absolut unterworfen haben. Günther Jacob nennt sich jetzt "Hamburger Autor", Mathias Küntzel bezeichnet sich jetzt als "Hamburger Journalist", wobei die Differenz von Autor zu Journalist vielleicht ein Thema für einen neuen Kongress hergibt.

Was bspw. Mathias Küntzel dort sagen würde, ist klar: er wird wieder seinen antiislamischen Ressentiments freien Lauf lassen: "Selbstverständlich müssen die amerikanische und die britische Politik weiterhin kritisiert werden. Jedoch nicht deshalb, weil sie die Dschihadisten verfolgt, sondern weil sie diese nicht zielgenau und konsequent verfolgt." (Konkret, 11/01) Und Günther Jacob wird mit ihm auf dem Podium sitzen, wie damals auf dem KONKRET-Kongress neben dem Rassisten Türcke, der nur mal so über Rassen und Hautfarben diskutieren wollte. Immer schön den Diskurs am Köcheln halten, damit niemand auf die Idee kommt, dass es außerhalb der heiligen Hallen linksradikaler Kongresse auch noch ein härteres Leben in Deutschland gibt. Das ist der Stand im Jahr 2002 in Deutschland!

Und der Staat Israel? Es sollte eigentlich genügen, den alten guten Gromyko zu zitieren: "Was den jüdischen Staat betrifft, so ist seine Existenz bereits ein Faktum, das gefalle oder nicht ... die Delegation der UdSSR kann sich nicht enthalten, ihr Erstaunen über die Einstellung der arabischen Staaten in der palästinensischen Frage auszudrücken. Ganz besonders sind wir überrascht zu sehen, dass diese Staaten oder zumindest einige von ihnen sich entschlossen haben, militärische Maßnahmen zu ergreifen mit dem Ziele, die nationale Befreiungsbewegung der Juden zu vernichten. Wir können die vitalen Interessen der Völker des Nahen Ostens nicht identifizieren mit der Erklärungen gewisser arabischer Politiker und arabischer Regierungen, deren Zeugen wir jetzt sind". (Rede von Andrej Gromyko, 1948 vor der UNO). So sprach in trockener, diplomatischer Sprache der damalige Außenminister der UdSSR, als die SU noch die Trümmer des Krieges aufräumte, als also die Erinnerung an die Gräueltaten der Deutschen gegen die jüdischen und nichtjüdischen Bürger der SU noch ganz lebendig waren und die antifaschistischen Ideale den Krieg überstanden hatten.

Es bleibt auch an uns, dafür zu sorgen, dass Israels Existenz "ein Faktum" bleibt. Dies geht nur und ausschließlich durch die Reglementierung/Zerstörung der antisemitischen Brut und niemals durch die Verteufelung bzw. rassistische Zuschreibungen von anderen. Dies ist der beste Garant für die Sicherung seiner Existenz. Bis dahin wird er - leider - auf seine militärischen Strukturen angewiesen sein müssen. Und auf die Weltmacht USA.

Apropos USA: Sie ist weder pro-arabisch noch pro-israelisch. Sie war und ist pro-USA. Die heutige Weltkonstellation und die - noch vorhandene - Israel-Unterstützung von Teilen der US-Gesellschaft bieten keine langfristige Garantie für die Existenz Israels. Diese Konstellationen können zu jedem Zeitpunkt - wenn die US-Interessen es erfordern - umkippen. Dieser Widerspruch, die US-Aggression, wo sie auftritt zu widersprechen und gleichzeitig den US-Schutz für Israel gut zu heißen, zeigt nur eins: Den katastrophalen Zustand dessen, was als Links bezeichnet werden kann bzw. das Fehlen jeglichen Ansatzes einer emanzipatorischen Bewegung die den Namen verdient, die diese Rolle übernehmen kann. Solange also nichts in Sicht ist und die weltweite linke Bewegungen den antisemitischen Rausch verfallen sind, werden wir mit diesem Widerspruch leben müssen. So lange wie dieser Zustand das Beste für Israel ist.

Man kann durch Aufklärung, durch Erziehung, durch gute Vorträge und Diskussionen, durch noch bessere Appelle versuchen, die antisemitischen Exzesse zu stoppen. Allerdings mit ungewissem Ausgang. Wir halten es lieber mit Woody Allen, der auf diese Fragestellung antwortete: "Ich bevorzuge Baseballschläger".

***) Vorabdruck aus der Zeitschrift "6000"**



"National Beflutete Zone 2002"

...Den Rotdorn von der Strasse fegen!

vom Gruppe Internationale Webteam

KRITIK vs. VOLKSGEMEINSCHAFT - ein Essay zur inhaltlichen Festnahme der Rotdorn-Redaktion und seiner Symphatisanten im Nordosten von Berlin.

„.... allerdings liebte man die Kultur der „unterdrückten Amerikaner“, insbesondere der Afroamerikaner. Diese Haltung verursachte keine kognitiven Dissonanzen, im Gegenteil. Je größer der selbstverständliche Abscheu über die Supermacht, desto inniger die Liebe zu den von ihr primär Unterdrückten. Ekelhaft war zuweilen, wie man aus der Selbsteinschätzung, ein Opfer des US-Kulturimperialismus zu sein, die Identifizierung mit der Kultur anderer Opfer der USA ableitete - etwa der des tatsächlichen Rassismus. Viel Blues kam so nach Deutschland.“

Diedrich Diederichsen ::: Jungle World ::: 28.August 2002

Seit 1989 ist die in vielen Fraktionen der politischen Linken vorherrschende Meinung „gegen Amerika“ zu sein und nationale Befreiungsbewegungen „bis zum Sieg“ zu unterstützen ins Wanken geraten. Ursächlich für diese Entwicklung war das Aufkommen einer Position, die heute unter dem Label „anti-deutsch“ subsumiert wird.

Im Hass auf die USA wurde von dieser fortschrittlichen Strömung der politischen Linken ein verkappter Antisemitismus analysiert und logischerweise auch denunziert. Bei genauerem Hinsehen entpuppte sich damals die gesamte bisherige linke Kritik an den USA als „pseudolinke“ Variante antisemitischer Ideologeme. Kein Wunder. Die auf die „antiimperialistische Ideologie“ zurückgehende Theorie war zu dieser Zeit weit verbreitet in der deutschen Linken. Und das obwohl sie schon lange weltweit in der Praxis gescheitert war. Sei es in Vietnam, Algerien oder Nikaragua überall zeigte sich spätestens Mitte der 80er Jahre deutlich, dass die von deutschen Linken als emanzipatorisch bezeichneten „nationalen Befreiungsbewegungen“ nur einem verkürzten reaktionären Antikapitalismus anhingen.

Die Konsequenzen der linken Parteinahme für „nationale Befreiungsbewegungen“ liegen heute für uns klar auf der Hand. Im Kampf der von den Linken mitgeprägten „neuen sozialen Bewegung“ gegen das „Sterben“ des deutschen Waldes und die Raketen der „amerikanischen Besatzer“, der mit der Wiederentdeckung von Brauchtum, Mundart und dem angeblich eigensinnigen Widerständlertum der „ganz normalen Leute“ einherging, wurden die im Anti-Imperialismus erprobten völkischen Denkformen nun auch im Kampf an der Heimatfront hoffähig gemacht. So erweist sich das von der antiimperialistischen Linken immer wieder hervorgebrachte Ressentiment gegen „Fremdbestimmung“ als das, was es schon immer war: als Moment völkischen Verfolgungswahns, das der deutsche Nationalismus insbesondere mit seinem arabischen Pendant teilt und in dessen Zeichen das souveräne Deutschland seine einstige historische Verspätung in der kolonialen Aufteilung der Welt gegenüber den USA, England und Frankreich geltend macht.

„Eins haben wir jedenfalls gelernt: die Feinde dieser völkischen deutschen Gesellschaftsordnung können niemals deutsch sein in Deutschland!“

Cafe Morgenland, Frankfurt / M. und KÖXÜZ, Berlin im Mai 1997

Kritik am linken Anti-Imperialismus

Die Weltsicht des Anti-Imperialismus ist mit dem Kampf von „Gut“ und „Böse“ eigentlich erschöpfend charakterisiert. Auffällig ist zunächst, dass im Anti-Imperialismus davon ausgegangen wird, alles Elend in der sogenannten „Dritten Welt“ sei zurückzuführen auf einen Verursacher, welcher es bewusst und mit böser Absicht produziert und aufrechterhält. Dieses finstere Subjekt soll nun der „Imperialismus“ sein. Wenn Linke also vom „Imperialismus“ reden, dann ist mit dem Begriff weder, wie bei Lenin, ein bestimmtes „Stadium“ in der Entwicklung des Kapitalismus noch, wie eine lexikalische Definition uns lehrt, Expansions- und Machtstreben, also eine Eigenschaft von Staaten gemeint. Vielmehr ist „Imperialismus“ der Name für ein weltweit handelndes Subjekt, das zwar als bewusst und selbstbewusst handelndes auf der Weltbühne auftritt, als solches aber merkwürdig blass und unbestimmt bleibt und somit greifbar nur an seinen Erscheinungsformen ist: skrupellosen Multis, fiesen Bankern, finsternen counterinsurgency-Strategen, stiernackigen Militärs, gegen welche Schurken dann auch antiimperialistischerseits mit grosser moralischer Verve zu Felde gezogen wird und welche, zusammenaddiert, das Subjekt „Imperialismus“ ergeben.

Konstitutiv für den gemeinplätzlichen linken Imperialismus-Begriff ist also die Annahme, die unmittelbaren Nutzniesser und Profiteure der bürgerlichen Gesellschaft seien deren bewusste und selbstbewusste Subjekte. Diese Annahme gründet wiederum in einem auf die sozialdemokratische und parteikommunistische Bewegung zurückgehenden, personalisierenden Missverständnis des Kapitalverhältnisses und der bürgerlichen Gesellschaft. Danach soll das ausschlaggebende Merkmal der bürgerlichen Gesellschaft darin bestehen, dass in ihr sich verschiedene Kollektiv-Subjekte gegenüberstehen, die an und für sich nichts miteinander zu tun haben und sich nur äußerlich durch ihre jeweiligen kollektiven Interessens- und Willenshandlungen aufeinander beziehen. Innergesellschaftlich betrachtet handelt es sich bei diesen Kollektiv-Subjekten um die altbekannten Klassen: die KapitalistInnen, die aus bösem Willen, d.h. subjektiver „Profitgier“ die ProletInnen ausbeuten und mit Hilfe ihres „Erfüllungsgehilfen“, des Staates, unterdrücken; und die ArbeiterInnen, die als wesentlich unversöhnliche AntagonistInnen des Kapitals „objektiv“ beständig Klassenkampf führen. Der materialistische Begriff des Kapitals wird hier völlig verdreht. Nach Marx sind KapitalistInnen und ArbeiterInnen gleichermaßen als Charaktermasken des sich verwertenden Werts, des Kapitals, bestimmt. Ausbeutungsverhältnis ist das Kapitalverhältnis nicht deshalb, weil ausgekochte Schurken irgendwelche arme Schlucker übers Ohr hauen und damit die Gesetze des freien und gleichen Tauschs verletzen würden - es ist gerade die strikte Befolgung von dessen Gesetzen, die das Tauschverhältnis in ein Ausbeutungsverhältnis umschlagen lässt.

Das Kapital ist empirisch zu dem geworden, was es seinem materialistischen Begriff nach immer schon war: Herrschaft versachlichter Verhältnisse über die Individuen.

Das personalistische Gesellschaftsverständnis samt der in ihm implizierten moralischen Kapitalismuskritik und der kernigen Klassenkampfrhetorik ist damit an sich unwiderruflich vernichtet, mit der Konsequenz, dass den in diesen Denkfiguren nachhängenden Linken außer immer wahnhafteren und hilfloseren Subjekt-Beschwörungsformeln meist nichts mehr einfällt.

Obwohl das personalisierende Gesellschaftsverständnis mit all seinen Implikationen in der linken Imperialismus-Vorstellung nicht nur beibehalten, sondern auf die Spitze getrieben ist, vor allem, was den moralischen Impetus anbetrifft. So besteht doch

dessen spezifische Differenz darin den „Grundwiderspruch“, der aufgemacht wird, keiner mehr zwischen „Klassen“ ist, sondern der zwischen dem Moloch „Imperialismus“, der in Form von Konzernen, Banken, Politikern, aber auch als mehrere „imperialistische Nationen“ auftreten kann., und den Völkern der „Dritten Welt“, deren Elend wesentlich darauf beruhen soll, dass sie vom Imperialismus fremdbestimmt werden.

Bereits, wenn man ihn nur sprachkritisch unter die Lupe nimmt, transportiert der Begriff der „Fremdbestimmung“ die tiefende Gemütlichkeit des „Bei-sich-selberbleiben-wollens“, die Teilnahme fürs Bewährte, Angestammte und Identische, in welcher unmittelbar das rohe barbarische Ressentiment gegen das Fremde, Unvertraute und Vermittelte impliziert ist.

Und was hat das mit der Rotdorn-Redaktion zu tun??

Die Rotdorn-Redaktion steht in der Tradition der sozialdemokratischen antiimperialistischen Linken. Ihre Wurzeln hat dieses vierteljährlich erscheinende Revolverblatt in der ostberliner Juso-Szene. Nach jahrelangem Dasein als SPD-Werbeblatt für linke Jugendliche ist die Rotdorn-Redaktion vor über 2 Jahre zur wirklichen Heimstatt der Sozialdemokratie in Deutschland gewechselt, zur PDS.

In ihrem Selbstverständnis steht neben vielen anderen Ungereimheiten auch folgende Irrationalität:

„Wir verstehen uns als unabhängige, linke Jugendzeitschrift, da wir linke Jugendliche sind. Dankenswerter Weise finanziert uns die PDS die Druckkosten... Da uns die PDS weder beim Inhalt noch beim Layout oder sonst irgendwie bei der Erstellung der Zeitung reinredet, sind wir absolut unabhängig.“

Rotdorn 33 / Sommer 2002

Wenn diese totale Fehleinschätzung der gesellschaftlicher Verhältnisse, die einzige inhaltliche Katastrophe in den letzten Ausgaben des Rotdorn gewesen wäre, geschenkt. Doch die Redaktion hat sich bedeutend größere Ziele gesetzt:

„Wir erklären uns solidarisch mit dieser Bewegung, die gegen die ausbeuterische Globalisierung, gegen kriegsrische Mittel, gegen Zerstörung unserer Erde und für eine andere Welt, ohne Ausbeutung und Unterdrückung eintritt. Wir verstehen uns als Teil dieser Bewegung.“

Rotdorn 33 / Sommer 2002

Bingo, so scheint der gesamten Redaktion völlig klar zu sein, dass dem globalisierungskritischen Themenbereich oder Hetzartikel gegen die USA viel Platz in den Ausgaben der Zeitung gelassen wird. So auch in der aktuellen Ausgabe. Daneben gesellen sich in dieser Ausgabe noch Rezensionen von Lafontaines neuem Buch, ein zweiseitiges Interview mit der Direktkandidatin der PDS für den Bundestag und eine Anzeige für eine private Arbeitsvermittlung. Doch diese Ungereimheiten sollen hier nicht weiter ausgeführt werden.

Interessant ist die inhaltliche Klärung der antisemitischen und antiamerikanischen Ressentiments in den letzten Ausgaben des Rotdorn. „Ariel Sharon - Ein Mann der Siedler an der Macht“ prangt in der aktuellen Ausgabe in großen schwarzen Lettern auf der sechsten Seite der aktuellen Ausgabe und der einseitige Text endet mit dem Satz: „Der Frieden wird wohl unter diesem Manne noch auf sich warten lassen!“ Doch damit nicht genug, auf der zwölften Seite in der findet sich die bisherige „Meisterleistung“ der Rotdornredaktion.

„Jenseits der menschlichen Rasse“ ist die Überschrift für einen anti-amerikanischen Hetz-Artikel über die us-amerikanische Politik im speziellen, wie auch allgemeinen. Hier einige Textpassagen:

„Die Bundesstaaten wucherten wie Krebsgeschwür immer schneller und weiter in den Wilden Westen. Der Großteil der rechtmässigen Amerikaner wurde durch die Eindringlinge ermordet.“

„Zwar ist es nicht richtig, Tote gegeneinander aufzurechnen, aber dieser Terrorismus kostete weit mehr Opfer als der vom elften September.“

„Aber leider hat Bush die Bibel nicht zu Ende gelesen und weiß nicht, das Auge um Auge, Zahn um Zahn nicht mehr gilt. Im neuen Testament steht, du sollst nicht Gleiches mit Gleichem vergelten. Es wurde in altbewährter Manier wieder ein großer Teil der Welt mit Terror überzogen.“

„Aber die Bombardierung von Dresden war ein Kriegsverbrechen. Das größte Kriegsverbrechen aller Zeiten begingen die USA in Hiroshima. Aber damit war es nicht genug. Nach dem 2. Weltkrieg begingen die USA Terrorismus und Kriegsverbrechen am Fließband.“

alles aus Rotdorn 33 / Sommer 2002

Diesem Alptraum von Unwissenheit, fehlender Analyse- und Kritikfähigkeit, sowie Querfront-Argumentationen muss ein Ende bereitet werden. Die Unmöglichkeit der inhaltlichen Auseinandersetzung hat die Rotdorn-Redaktion schon in unzähligen Versuchen unter Beweis gestellt. Wir plädieren für eine kontinuierliche Konfrontation der Redaktionsmitglieder mit ihren Hirn-gepinsen. Und rufen dazu auf sich den deutschen Zuständen überall in den Weg zu stellen. In diesem Sinne:

Deutschland denken, heißt Auschwitz denken!

Kosmopolitischer Kommunismus statt deutscher Volksgemeinschaft!

„Aber die Bombardierung von Dresden war ein Kriegsverbrechen. Das größte Kriegsverbrechen aller Zeiten begingen die USA in Hiroshima. Aber damit war es nicht genug. Nach dem 2. Weltkrieg begingen die USA Terrorismus und Kriegsverbrechen am Fließband.“

Rotdorn 33 / Sommer 2002



Alles wird gut, oder wie Kritik das A3 irre macht! von unabhängigen Antifas aus dem Nordosten Berlins

„Die Gemeinschaft der ewigen Spießer“ (Ödön von Horváth) mit ihren Mordphantasien, die geistigen Brandstifter von Walser bis Augstein und die deutschen PolitikerInnen von Gysi bis Schröder, also die "kompakte Majorität" (Henrik Ibsen), die zu jeder Schandtät fähig ist, die birgt die Möglichkeit einer Neuauflage vergangener Zeiten. Absurd im Bündnis mit Gewerkschaften, Parteien oder sonst einer deutschen Kraft Politik betreiben zu wollen, wo doch noch dem/der Dümmersten auffallen muß, daß diese Teil der Misere sind. Wer, wie das A3, in der derzeitigen Debatte über den Rechtsradikalismus Chancen wittert, politische Forderungen zu artikulieren, der hat den Charakter des deutschen Staatsantifaschismus nicht verstanden, der kann sich sein "Deutschland halt's Maul" in die Haare schmieren. "Eintrag aus dem A3-Gästebuch im Internet unter: www.a3.antifa.de"

Die Debatte um die inhaltliche und praktische Ausrichtung antifaschistischer Politik im Nordosten Berlins ist älter als ihre Organisationsstrukturen, wie zum Beispiel das vier Jahre alte Antifaschistische Aktionsbündnis III [A3]. Doch bekanntlich hat ja alles sein Ende. So ist nun seit einigen Monaten innerhalb des A3, und damit auch in der gesamten „Antifa-Szene“, des Nordosten Berlins, die Kontinuität der inhaltlichen Auseinandersetzung empfindlich gestört worden.

Warum eigentlich?

Nach dem AntifaSommer 2000 entschlossen sich einige wenige Antifas, nun endlich den Schritt hin zu einer kontinuierlichen linksradikalen Organisation zu wagen. Aus logischer Konsequenz traten sie dementsprechend auch aus den Zusammenhängen des A3 aus. Nicht im Streit, sondern in dem Bewußtsein, daß die übliche antifaschistische Organisation, wenn sie sich nicht ändert im Sumpf des „Aufstandes der Anständigen“, steckenbleibt.

Die Kommunikation untereinander, sowie die praktische Zusammenarbeit liefen ohne Probleme über die nun unterschiedlichen Zusammenhänge an. Doch schon sehr früh war der Bruch zwischen den „Anti-Nazi-AkteurInnen“, und der sich selbst als radikale Linke verstehenden Zusammenhänge zu bemerken. Die kulturellen Unterschiede, und auch die sich gerade entwickelnden inhaltlichen Gegensätze waren schwerwiegend.

Der Versuch diese sich früh abzeichnende Entwicklung, durch interne Kommunikation und gemeinsame Theoriebildung zu verhindern, gilt für uns seit einiger Zeit als gescheitert!

Was ist passiert?

Die angehäuften Kritik an dem politischen Selbstverständnis des

A3 und der sich daraus zwangsläufig entwickelnden Politik, ist praktisch wie inhaltlich an dem verständnislosen, leicht debilen Auftreten vieler GruppenvertreterInnen gescheitert. Dies mag hart formuliert sein, doch wenn die Situation in einem antifaschistischen Bündnis eher einem Kaffeekränzchen im Altersheim ähnelt, ist es der Job der radikalen Linken dies entsprechend zu kritisieren. Und genau hier beginnt die wirkliche Tragödie, harte politische Kritik ist für die meisten, apolitischen Subjekte, innerhalb des A3 zu viel des Guten. Diese „Gemeinschaft der Guten“, will eben nicht, daß ihre undifferenzierten und festgefahrenen Meinungen in Frage gestellt werden. Erstrecht nicht wenn es dabei auch noch um die Aufgabe ihrer „eigenen Wahrheiten“, geht.

Gerade die Selbstidentifizierung der A3-Dauerbesucher als „antifaschistische Linke“, wurde dabei zum großen Problem. Natürlich wäre es zu begrüßen, würde das A3 die „Anti-Nazi-Arbeit“, organisieren und dabei sogar noch ein wenig Attraktivität in Richtung alternativer Jugendszene ausstrahlen. Doch genau dies funktioniert seit anderthalb Jahren nicht!

>> Als kleines Beispiel für das letzte halbe Jahr in einen Stadtteil des Großbezirkes Pankow: Nachdem die Veranstaltung eines Fußballturniers der Kameradschaftszone in diesem Stadtteil nur wenig Elan bei den organisierten Antifas im A3 hervorrief. War nach den beiden gefährlichen Körperverletzungen auf einen Jugendantifa und ein Gewerkschaftsmitglied in diesem Stadtteil nichts mehr von dem A3 zu hören. Nun ist und bleibt die Frage – Was bedeutet das „Aktionsbündnis“, im Namen des A3?

Wenn mensch die TeilnehmerInnen des A3-Plenums befragt warum sie dorthin gehen, kommen immer die gleichen Phrasen: „Es dient der Vernetzung der linken Initiativen im Nordosten“, oder andersherum „Die Kommunikation und Vernetzung der anwesenden Gruppen ist mir wichtig,.. Nachtigall ick hör dir trap-sen – die Offenbarung ist also, daß das A3 als heimeliger Treffpunkt für „sich selbst als linke Gruppen verstehende Zusammenhänge“, aus dem Nordosten Berlins gelten kann. Nicht mehr, und nicht weniger!

Damit entfällt auch innerhalb des Treffens/Bündnisses, was nach der allgemeinen „Bewegungslehre“, eher ein Gruppentreffen als ein Bündnistreffen ist, anscheinend die Notwendigkeit der Auseinandersetzung um die eigene Geschichte und der Versuch der praktischen Intervention in den mörderischen Alltag. Die etwas eigenmächtige Rechtfertigungen ihrer Inhalte paßt zum Umgang mit der Praxis dabei wie die Faust auf das Auge. Wenn nämlich die Theorie die gedankliche Zusammenfassung einer



Die antifaschistische Bewegung ist nun das was sie von Anfang an war: eine Protestbewegung junger Leute aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Verhältnissen, die sich zwar gegen die bürgerliche Wirklichkeit auflehnen - aber keineswegs automatisch darüber hinausgehen. Der Protest der Antifa ist zunächst eine moralische Empörung, das das Postulat der Menschenrechte gegen deren tatsächliche Entwicklung, in der Bundesrepublik kehrt. Diese Empörung kann nur der Anfang sein und darf nicht dazu führen, daß Emotionen eine wichtige Rolle in politische Zusammenhänge spielen.

bestimmten Wirklichkeit ist, ist die nicht vorhandene Praxis des A3 die Grundlage der theoretischen Irrungen und Wirrungen innerhalb des A3.

Und nun: Die Trägheit überwinden!

"Entschiedene Abgrenzung aber ist geboten gegenüber den individualistischen Anarchisten, die in der egoistischen Steigerung und Durchsetzung der Persönlichkeit allein das Mittel zur Verneinung des Staates und der Autorität erblicken und selbst den Sozialismus wie jede allgemeine Gesellschaftsorganisation schon als Unterdrückung des auf sich selbst beruhenden Ich zurückweisen.Wir behaupten: Niemand kann frei sein, solange es nicht alle sind. Die Freiheit aller aber und damit die Freiheit eines jeden setzt voraus die Gemeinschaft im Sozialismus." Erich Mühsam aus „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat.“

Die antifaschistische Bewegung ist nun das was sie von Anfang an war: eine Protestbewegung junger Leute aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Verhältnissen, die sich zwar gegen die bürgerliche Wirklichkeit auflehnen - aber keineswegs automatisch darüber hinausgehen. Der Protest der Antifa ist zunächst eine moralische Empörung, das das Postulat der Menschenrechte gegen deren tatsächliche „Entwirklichung“, in der Bundesrepublik kehrt. Diese Empörung kann nur der Anfang sein und darf nicht dazu führen, dass Emotionen eine wichtige Rolle in politische Zusammenhänge spielen. Doch das Verhalten des A3 zeigte immer wieder auf, dass die an das A3 gerichtete Kritik auf emotionaler Weise gegen die KritikerInnen gewandt worden ist.

So ähnelt das Ausgrenzungsverhalten des A3 gegenüber kommunistischen und linksradikalen Gruppen eher den Bestrebungen „individualistischer Anarchos“, die ihre Macht in dem betreffenden Gremium nicht verlieren wollen.

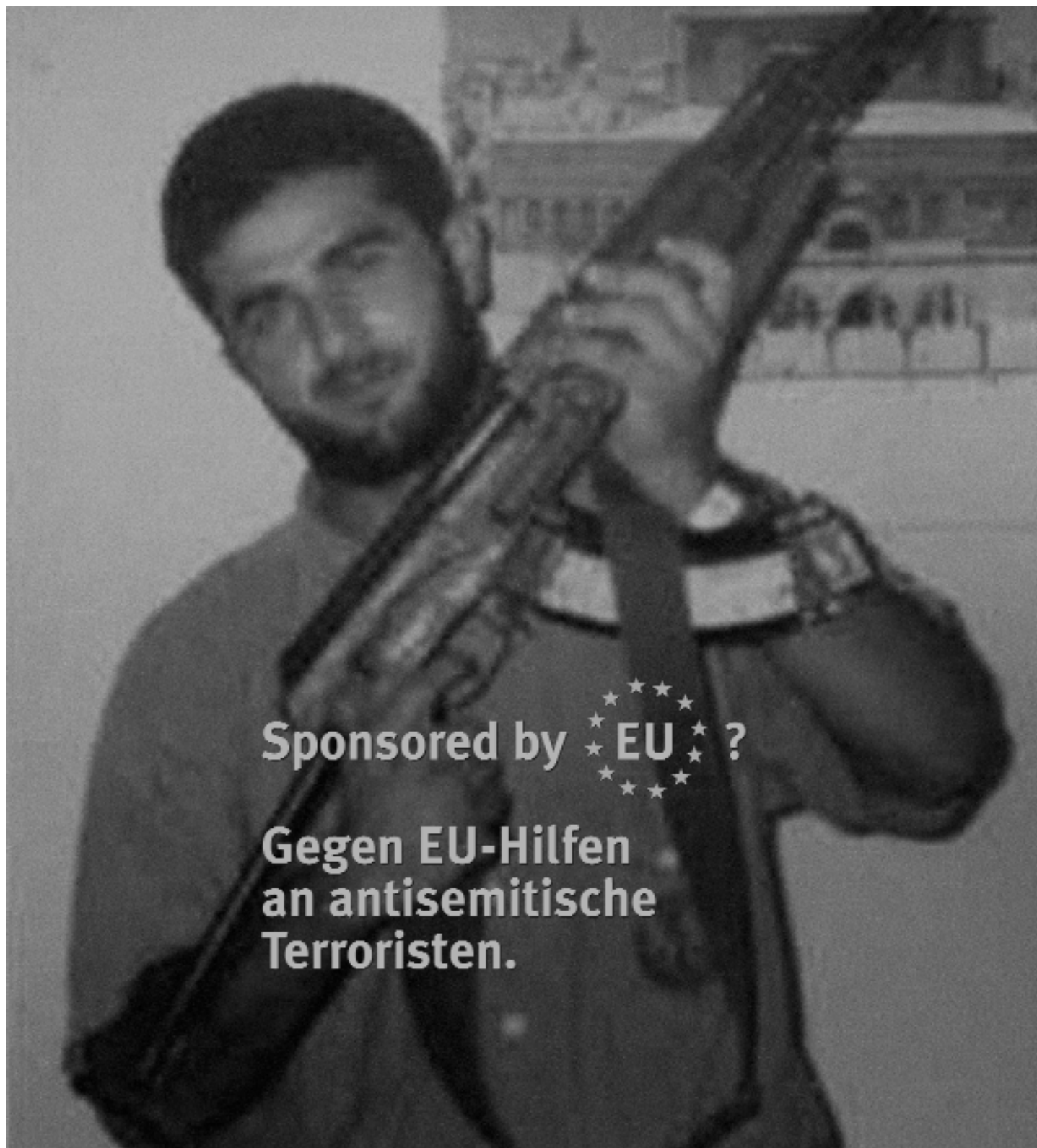
Nach der 5. Aktionswoche gilt es den Prozeß der Umstrukturierung innerhalb des A3 zu beenden, und den unschlüssigen Subjekten alternative Möglichkeiten anzubieten. Dies heißt für uns, das die Debatte um eine Umstrukturierung nun nicht mehr endlos verschoben werden kann, sondern nun zwanghaft ein Teil des Prozesses innerhalb des Bündnisses sein muss. Die Möglichkeit diese Umstrukturierung für eine Stärkung der radikalen Linken im Nordosten zu nutzen ist unser Ziel. Dabei wird das Hauptaugenmerk auf die Forcierung von Angeboten an politisierte Jugendliche und deren Zusammenhänge gelegt. Das beharren auf alten Standpunkten, Machtansprüchen und Vorteilen ist eben nicht emanzipatorisch, sondern linksdeutsch!

Einzelpersonen der Gruppen:

- Autonome Antifa Nordost Berlin [AANO]
- Geschlecht ist konstruiert [Gik]
- Gruppe Internationale Webteam [GI.WEBTEAM]
- Rote Antifa Weißensee [RAW]
- Pankower Antifaschistische Offensive [PAO]



**Bewegung, kommt von sich bewegen!
Eine revolutionäre Perspektive erkämpfen!**



Sponsored by  EU ?

**Gegen EU-Hilfen
an antisemitische
Terroristen.**



ilka schröder mdep



GUE/NGL

Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentarische Fraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

Kommentar: Juden, Nazis und Amerikaner

Aus der FTD vom 23.9.2002

In Deutschland sind Antisemitismus und Antiamerikanismus wieder salonfähig. Jeder Wahlkampf hat seine Verlierer, seine Opfer. Diesmal waren es die deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Condoleezza Rice, die Sicherheitsberaterin von US-Präsident George W. Bush, nannte in einem Interview der Financial Times das Klima zwischen Deutschland und den USA "vergiftet". Die "New York Times" berichtet, der Präsident habe sein Vertrauen in den Bundeskanzler Gerhard Schröder vollends verloren.

Am Donnerstag schrieb William Safire, der berühmte Kolumnist der "New York Times", einen selbst für seine Verhältnisse bitteren Artikel über das deutsch-amerikanische Verhältnis. Darin berichtete er, dass der ehemalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping am 27. August im Hamburg gesagt habe, US-Präsident George W. Bush plane nur wegen der jüdischen Lobby einen Krieg gegen den Irak. Bushs Bruder Jeb, Gouverneur von Florida, und George Pataki, Gouverneur von New York, seien dringend auf die jüdischen Stimmen angewiesen.

Rückkehr der Verschwörungstheorien

Was Scharping da verbreitet haben soll, ist manifester Unsinn. Schlimmer noch: Es ist eine klassische antisemitische Verschwörungstheorie. Hier zeigt sich wieder: Wenn es Deutschland nicht gut geht, dann sucht man die Schuld zunächst bei den Juden. Bei jüdischen Spekulanten - ein Synonym für Investoren - die man für die Börsenblase, den Aktiencrash und den daraus resultierenden Konjunktüreinbruch verantwortlich macht; oder bei jüdischen Wählern in New York und Florida, in denen man die wahren Drahtzieher hinter dem Konflikt mit dem Irak vermutet. Der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon ist für viele diese Kritiker ein Segen: Endlich mal ein Jude, den man ohne schlechtes Gewissen so richtig niedermachen kann.

Auch Herta Däubler-Gmelin hat ihre Verschwörungstheorien. Als sich die Bundesjustizministerin letzte Woche mit Gewerkschaftlern traf, erklärte sie ihren staunenden Zuhörern, dass Bush nur Krieg führen wolle, um von seinen innenpolitischen Problemen abzulenken. So habe es auch Margaret Thatcher gemacht - und Hitler. Ob sie nun Bush mit Hitler direkt oder indirekt vergleicht, ist überhaupt nicht wichtig. Entscheidend ist die tiefe Verachtung, die Frau Däubler-Gmelin den USA und ihrem Präsidenten entgegenbringt.

Es reichte ihr nicht zu sagen: die USA haben Unrecht, oder: wir sehen das anders. Wenn Deutsche wie Frau Däubler-Gmelin von ihren Stammtischen aus die Amerikaner kritisieren, dann nicht ohne die üppig gefüllte Kiste der Verschwörungstheorien. Die Amerikaner müssen ziemlich verwirrt sein. Denn einerseits vergleicht man sie mit den Nazis, dann wieder sieht man sie als Teil eines jüdischen Komplotts.

Was Leute wie Däubler-Gmelin auszeichnet, ist, dass sie über Amerika reden und nicht mit den Amerikanern. In diese Kategorie fällt auch der Bundeskanzler. Schröder hat sogar mit Stolz verkündet, sich nicht mit Präsident Bush abgestimmt zu haben, bevor er die tief sitzenden Kriegsängste der Deutschen für seinen Wahlkampf instrumentalisierte. Dabei schadete er mit einem Schlag gleich drei außenpolitischen Interessen seines Landes: dem deutsch-amerikanischen Verhältnis, dem außenpolitischen Zusammenhalt der Europäischen Union und Deutschlands Einfluss innerhalb der EU.

Deutschlands Sonderweg ins Abseits

Schröder, Scharping, Däubler-Gmelin und Noch-FDP-Vize Jürgen W. Möllemann ernten für ihren Antiamerikanismus und ihren Antisemitismus großen Beifall von ihren Zuhörern. Denn in Deutschlands Provinzen rumort es. Deutschland steckt in einer tiefen Wirtschaftskrise und leidet an zunehmender internationaler Bedeutungslosigkeit. In den 20er und frühen 30er Jahren suchte man die Schuld bei den in Deutschland lebenden Juden. Heute richtet sich der Zorn gegen die New Yorker Diaspora und gegen Israel, gegen den einzigen demokratischen Staat im gesamten Nahen Osten.

Natürlich ist es nicht das erste Mal, dass es aus Deutschland Kritik an den USA geübt wird. Deutsche demonstrierten gegen den Vietnamkrieg in den 60er Jahren und gegen die Nachrüstung von Pershing-II-Mittelstreckenraketen in den 80er Jahren. Die jetzige Verstimmung zwischen Berlin und Washington unterscheidet sich in einem Punkt grundlegend von damals. In der Vergangenheit stand die Bundesregierung immer auf Seiten der US-Administration. Kein Minister unter Helmut Kohl oder Helmut Schmidt oder Konrad Adenauer hätte es je gewagt, einen amerikanischen Präsidenten auch nur in die Nähe von Adolf Hitler zu rücken oder ihn eines jüdischen Komplotts zu bezichtigen. Die Leute, die früher in Deutschland auf die Straße gingen und gegen die USA demonstrierten, sitzen heute in der deutschen Regierung. Aus einer Position der Macht lassen sie dort ihrer tiefen Verachtung für Amerika und Israel freien Lauf.

Es besteht sicherlich ein qualitativer Unterschied zwischen Antisemiten wie Möllemann, Amerikagegnern wie Däubler-Gmelin oder Amerika-Schönwetterfreunden wie Gerhard Schröder. Wer aus Amerika nach Deutschland blickt, den wird dieser Unterschied nicht mehr interessieren. Who cares?

Dieser Artikel ist im Internet abrufbar unter der URL:
<http://www.ftd.de/sp/ak/1032719439529.html?nv=nl>



Es besteht sicherlich ein qualitativer Unterschied zwischen Antisemiten wie Möllemann, Amerikagegnern wie Däubler-Gmelin oder Amerika-Schönwetterfreunden wie Gerhard Schröder. Wer aus Amerika nach Deutschland blickt, den wird dieser Unterschied nicht mehr interessieren. Who cares?

Die »Gruppe Internationale Kommunisten« in Holland

Persönliche Erinnerungen aus den Jahren 1934 - 1939, von Cajo Brendel

Vorbemerkung der Redaktion:

Cajo Brendels Bericht über die GIK (»Groep van Internationale Kommunisten«) bezieht sich ausdrücklich auf die Periode von 1934 bis 1939; vor 1934 war er noch nicht mit dieser 1927 in Holland gegründeten rätekommunistischen Gruppe in Berührung gekommen. Seit dem Ausbruch des 2. Weltkrieges liefert diese Gruppe keinen neuen theoretischen Beitrag. Ihre Stärke, die Diskussion um Grundfragen der revolutionären Theorie im Zusammenhang mit einer entscheidenden Kritik der traditionellen Arbeiterbewegung, findet sich nur in den Diskussionen der dreißiger Jahre wieder (vgl. Brendels Literaturangaben). Daher die zeitliche Einschränkung, wenngleich die Gruppe auch während der deutschen Besatzung aktiv war.

Von Cajo Brendel (Amersfoort) erschienen auf deutsch: die Einleitung zu H. Roland-Holst, *Die Revolutionäre Partei*, Berlin 1972, und das Buch *Autonome Klassenkämpfe in England 1945 - 72*, Berlin 1974. In holländischer Sprache veröffentlichte Brendel, neben mehreren Aufsätzen und Broschüren, eine umfangreiche Biographie Anton Pannekoeks: *Anton Pannekoek, Theoretikus van het Socialisme*, Nijmegen 1970.

Der witzige holländische Trotzlist Sneevliet¹ war es, der die »Gruppe Internationale Kommunisten Hollands in den dreißiger Jahren einmal mit jener ihn auszeichnenden Prägnanz, als »die Klosterbrüder des Marxismus« bezeichnete. Die Charakteristik war, selbstverständlich, eine Karikatur, aber eine geistreiche, und darum wurde sie gerade im Kreis der Gruppe gebührend geschätzt. Wie jede Karikatur enthielt sie einen gewissen Prozentsatz einer Wahrheit, die für Sneevliet politisch unannehmbar, für die Gruppe selbst jedoch historisch unabweisbar war.

Es handelt sich dabei um einen Punkt, an dem es - u. a. - zwischen Sneevliet und der GIK eine klare Trennung gab. Er erstrebte als Führer einer parlamentarischen und dazu eng mit einer gewissen Gewerkschaftsbewegung zusammenarbeitenden Partei an erster Stelle eine politische Wirkung. Eine sich inmitten der damaligen Arbeiterbewegung ganz anders verhaltende Gruppe, für die es darauf gar nicht ankam, sondern die sich bemühte, aus den Erfahrungen der zurückliegenden Kämpfe und somit aus der aktuellen ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus das theoretische Fazit zu ziehen, konnte Sneevliet eigentlich nicht placieren. Er konnte das noch um so Weniger, als jene theoretische Bilanz eben die politische Tätigkeit als solche, und damit unmittelbar auch die sie voraussetzenden herkömmlichen Organisationsformen, in Frage stellte.

Die Internationalen Kommunisten bildeten nicht nur ohne weiteres eine Gruppe, welche dem Bedürfnis einer theoretischen Analyse der Revolutionsperiode 1917 - 1923 entgegenkam. Sie waren zugleich mittelbar das Produkt jener Periode. Jeder Versuch à la Sneevliet, sie als irgendeinen »Studienverein« hinzustellen oder ihre Entstehung auf Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratie vor 1914 zurückzuführen², ging an dieser Tatsache, d. h. an dem Zusammenhang ihres Auftretens mit den proletarischen Kämpfen nach dem Ende des 1. Weltkrieges, rücksichtslos vorbei.

In Deutschland, worauf ich mich hier, ohne die russische, die ungarische oder die italienische Erfahrung auch nur im geringsten herabzusetzen, bequemlichkeitshalber beschränken möchte, zeigten sich November 1918 und in den folgenden Jahren bei nicht unbeträchtlichen Teilen der Arbeiterschaft antiparlamentarische und antigewerkschaftliche Tendenzen, zu denen es übrigens schon längst Ansätze gegeben hatte. Die deutschen Arbeiter hatten sich in der Form ihrer Räte neue Werkzeuge geschaffen, mit denen verglichen die traditionellen Organisationen sich auf einmal als unzulänglich, ja sogar als untauglich erwiesen. Auf der

organisatorischen Ebene führte das bekanntlich zu der Entstehung der KAPD und der AAU, auf theoretischem Gebiet zu dem erstmalig von Otto Rühle erhobenen Satz, »die proletarische Revolution (sei) keine Parteisache«³.

Jedoch, zu Rühles konsequenter historisch-dialektischer Logik stand die Praxis der KAPD (und die ihrer in den Niederlanden gegründeten Schwesterpartei KAPN) noch durchaus im Widerspruch, was dann auch seinen Austritt veranlaßte. So sehr sie sich auch immer wieder anstrengen mochte, ihren von den üblichen Parteien wie SPD, USP, KPD usw. wirklich verschiedenen Charakter in den Vordergrund zu stellen, ihr struktureller Aufbau war trotzdem mit der organisatorischen Tradition der Vergangenheit belastet. Obwohl eine Partei neuen Typus⁴, war sie nichtdestoweniger noch immer eine Partei, und das wollte sie auch sein. Das Beispiel ihrer Geschichte belegt eindrucksvoll die Bedeutung von Rühles These. Die KAPD wollte die Vergangenheit austreichen, ohne daß sie - den realen Erfordernissen der kommenden Arbeiterrevolution gemäß - grundsätzlich mit ihr gebrochen hatte. Sie kam somit zwischen die Mühlensteine und wurde zermürbt. Bevor sie formell von der Bildfläche verschwand, führte ihr innerer Widerspruch bereits zu ihrem faktischen Untergang. Die GIK, die auf ihren Trümmern entstand, hatte eine ganz andere Position inne. Weit davon entfernt, daß sie dem theoretischen Studium eine politische Wirkung opferte oder seinetwegen darauf verzichtete, war es im Gegenteil so, daß sie grundsätzlich sich davon enthielt. Indem sie gerade über die KAPD und die KAPN hinausging, faßte sie nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse als das Werk der Arbeiterklasse selbst auf, sondern sie war gleichfalls überzeugt, daß es zu diesem Werk keiner, sei es auch nur rein-propagandistischen Vorhut bedürfe, sondern einer neuen, von der herkömmlichen Arbeiterbewegung grundverschiedenen Bewegung der Arbeiter, welche die politische Hülle und die traditionellen Formen einer Avantgarde abstreife.

Die GIK konnte weder erneut die Widersprüche der KAP und der AAU reproduzieren, noch sich selbst als die neue Arbeiterbewegung proklamieren, von der sie nur allzu genau wußte, daß sie erst im Laufe langfristiger Kämpfe und der dabei gesammelten Erfahrungen entstehen konnte. Den geistreichen Spott Sneevliets nahm sie gelassen hin in der Überzeugung, daß er letzten Endes mit seiner Partei und mit seinen Revolutionsauf-



Lenin, russ. Revolutionär

fassungen auf einem Boden fußte, der mit dem Befreiungskampf der westeuropäischen Arbeiterklasse nichts zu tun hatte.

Im Frühsommer 1934 kam ich mit der G.I.K. zum erstenmal in Berührung. Die 1929 in den USA ausgebrochene Wirtschaftskrise hatte sich über den alten Kontinent ausgedehnt und vertiefte sich noch immer. Vor den Stempellokalen standen die Arbeitslosen Schlange. Ihr Glaube an Kapitalismus und Prosperität schrumpfte im gleichen Verhältnis, wie sich tagaus, tagein ihre Existenzmöglichkeiten verringerten. Zugleich gab ihnen ihre Lage außerhalb des Produktionsprozesses ein niederschmetterndes Gefühl der Machtlosigkeit, das durch die Ereignisse in Mitteleuropa nochverstrkt wurde. Im Februar 1934 hatten Dollfuß' Geschtze die sterreichische Sozialdemokratie niedergedrückt. Genau ein Jahr zuvor war die deutsche ruhmlos untergegangen. Hitlers Machtergreifung lag damals schon fast anderthalb Jahre zurück. Jenseits der holländischen Ostgrenze war der Faschismus »wie ein furchtbarer Tank über Schädel und Wirbelsäulen* der Arbeiter hinweggegangen.

Ich kannte die Broschüre Trotzki's, worin er die Katastrophe buchstäblich vorausgesagt hatte, gesetzt, die KPD und deren Drahtzieher im Kreml verharrten bei ihrer verhängnisvollen, die Arbeiter zersplitternden Politik.⁴ Ich hatte damals - ohne Zweifel verschwommene - trotzkistische Sympathien. In einer öffentlichen Versammlung ließ ich mich mit irgendeinem stalinistischen Bürokraten auf eine Debatte ein. Hinter mir saßen zufällig ein Molkerei- und ein Metallarbeiter, die mich nachher anredeten und die sich zum Rtekommunismus bekannten. Es stellte sich später heraus, daß einer von den beiden Verbindungen hatte zu jener Gruppe, die uns hier beschäftigt. Den ganzen Sommer und Herbst hindurch fuhr ich fast jeden Abend in seine Wohnung. Die Diskussionen dauerten meistens bis Mitternacht und waren sehr gründlich. Was dabei nicht gesagt wurde, das erarbeitete ich mir zu Hause aus den Schriften der GIK, die mir in die Hand gedrückt wurden. Ich hatte das Gefühl, daß ich aus einem politischen Kinderladen in eine Art Hochschule versetzt worden war. Die GIK legte überhaupt keinen Wert auf dummes Nachplaudern. Sie förderte das selbständige Denken. Sie verbreitete keine Losungen, sondern Kenntnis der Marx'schen Gesellschaftslehre. Das geschah keineswegs aus rein wissenschaftlicher Leidenschaft und erst recht nicht von ungefähr. Die Erfahrungen der bolschewistischen Revolution in Rußland zwangen die Gruppe einfach, sich von vorne an mit dem Marxismus zu beschäftigen. Eine derartige Beschäftigung betrachtete sie als eine Frage des Seins oder Nichtseins der Arbeiterbewegung überhaupt.

Schon zehn Jahre früher hatte Gorter die russische Revolution als eine bäuerlich-bürgerliche charakterisiert. Die Charakteristik wurde von der GIK fortwährend geprüft und vertieft. Gerade in jener Zeit, als ich die Gruppe kennenlernte, gab sie die »Thesen über den Bolschewismus«⁵ heraus. Bald folgte eine holländische Übersetzung der früher schon in Deutschland veröffentlichten Schrift »Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung«⁶, worin abermals die russische Revolution im allgemeinen und dazu die bolschewistische Wirtschaftspolitik insbesondere einer grundlegenden marxistischen Analyse unterzogen wurde.

Abgerundet und abgeschlossen wurde diese theoretische Arbeit

sodann mit einer prinzipiellen Darlegung der Differenzen zwischen Rosa Luxemburg und Lenin und mit Harpers Arbeit »Lenin als Philosoph«⁷. Daß der Verfasser der letzteren kein anderer war als Anton Pannekoek, wurde damals schon im Kreis der Gruppe nicht verheimlicht. Daß die »Thesen« - wenn ich mich nicht irre - von Alexander Schwab stammten, der Aufsatz über Lenin und Luxemburg von Paul Mattick, erfuhr ich erst viele Jahre später. Matticks Schrift war nicht nur wichtig, weil sie die gesellschaftlichen Hintergründe der Leninschen Organisationsgrundstze aufdeckte. Sie befaßte sich auch mit dem fundamentalen Unterschied der proletarischen von der bürgerlichen Revolution. Indem Mattick nachwies, daß Lenin, der »sich eine proletarische Revolution ohne ein Intellekt-Bewußtsein nicht vorstellen (könne), der die ganze Revolution zu einer Frage des bewußten Eingreifens der Wissenden oder der Leninschen »Berufsrevolutionre« (mache), zum bürgerlichen Revolutionär (herabsinke)*⁸, kritisierte er zugleich Lenins »Überbetonung des subjektiven, politischen Momentes«, welche für ihn (Lenin) »die Organisierung des Sozialismus zum politischen Akt werden (ließe)«.

Der Auffassung von der proletarischen Revolution als einem politischen Akt stellte Mattick das Verständnis ihres sozialen Charakters gegenüber. Im Gegensatz zu Lenin, der das politische Bewußtsein - das die Arbeiterklasse außerstande zu entwickeln sei - als die Voraussetzung der rein politischen Umwälzung betrachtet, wies Mattick darauf hin, daß gerade die Arbeiterrevolution solch ein von einer politischen Vorhut entwickeltes Bewußtsein nach der Einsicht von Marx gar nicht braucht. So wurden die Avantgardisten jeder politischen Farbe belehrt, daß die proletarische Revolution etwas ganz anderes sei als jene bürgerliche des 19. Jahrhunderts, von der sie noch immer träumten. Die Frage, weshalb die GIK keine politische Arbeit machte und nicht machen wollte, weshalb sie keine »Vorhut« im traditionellen Sinne sein könne, wurde da nochmals in klarer Sprache beantwortet.

Die theoretische Höhe derartiger Auseinandersetzungen empfand ich damals als charakteristisch für die GIK, die sich damit deutlich von allen Richtungen der traditionellen Arbeiterbewegung unterschied. Sie tat es auch noch in anderer Hinsicht, nämlich durch ihre Krisenauffassung. Auf allen damaligen politischen Versammlungen und in allen linken Wochenzeitungen oder sonstigen Publikationen war die kapitalistische Wirtschaftskrise selbstverständlich ein immer wiederkehrender Gegenstand. Ob es sich nun um Erörterungen von sozialdemokratischer, linkssozialistischer, anarcho-syndikalistischer, trotzkistischer oder stalinistischer Seite handelte, sie wurde fast ohne Ausnahme entweder in irgendeiner Weise im Kielwasser der bürgerlichen Ökonomen als eine Folge von Überproduktion interpretiert oder (mehr oder weniger metaphysisch) für eine Todeskrise des Systems gehalten, freilich nicht ohne daß der Wunsch zum Vater des Gedankens gemacht wurde. Das eine wie das andere führte unmittelbar oder mittelbar zur völligen Mißachtung des proletarischen Klassenkampfes, sei es im reformistischen, sei es im durchaus fatalistischen Sinne.

Die GIK dagegen vertrat Auffassungen, welche die Krise aus den



< Cajo Brendels Bericht über die GIK (»Groep van Internationale Kommunisten«) bezieht sich ausdrücklich auf die Periode von 1934 bis 1939; vor 1934 war er noch nicht mit dieser 1927 in Holland gegründeten rtekommunistischen Gruppe in Berührung gekommen.

eigentümlichen Tendenzen der kapitalistischen Akkumulation erklärten, eine Erklärung, welche die Gruppe nicht nur der >Krisentheorie< des Reformismus, sondern auch den Illusionen, an welche sich in ihrer damaligen Machtlosigkeit die Massen klammerten, gegenüberstellte. Letzteres war zum Beispiel sehr deutlich der Fall in ihrer Schrift über die >Bewegungsgesetze des kapitalistischen Wirtschaftslebens< worin anhand wirtschaftlichen Tatsachenmaterials auch gegen jene Täuschung, die Krise sei aus Überproduktion entstanden, angekämpft wurde.

Mit alledem will nicht besagt sein, daß die GIK über die Krise eine ganz einheitliche Auffassung gehabt hätte. Ich erinnere mich lebhaft, wie heftig auch innerhalb der Gruppe über Krise und Zusammenbruch diskutiert wurde und wie diese Diskussion in ihren Veröffentlichungen ihren Widerhall fand.⁹ Im Mittelpunkt stand dabei das Grossmannsche Werk >Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems<¹⁰, das sich anfangs bei der GIK einer großen Autorität erfreute. Als Pannekoek das Buch - sowohl schriftlich wie in einem Vortrag - äußerst scharf kritisierte, wurde die Beurteilung differenzierter. Einzelne hielten den Angriff Pannekoeks für verfehlt, andere für nur zu berechtigt, wieder andere teilten in vielem seine Ansichten, hielten aber trotzdem die Grossmannschen Darlegungen für »eindrücklich« und blieben dabei, daß ihnen seine außerordentliche Bedeutung« beikomme. So buchstäblich hat sich einmal mir gegenüber der 1962 gestorbene Henk Canne Meijer geäußert, den man mit Recht die Seele der GIK nennen darf."

Nur sehr, sehr wenigen Leuten bin ich in meinem Leben begegnet, die so wie er im Stande waren, die schwierigsten Probleme derart zu erläutern, daß sie wirklich jedem verständlich wurden. Ursprünglich Metallarbeiter, wurde er später Volksschullehrer, zeichnete sich aber auch in der Gruppe durch seine didaktische Begabung aus, von welcher unzählige Genossen Nutzen gezogen haben. Aus seiner Feder stammten u. a. aufschlußreiche Artikel, die auf der Philosophie Josef Dietzgens basierten und wesentlich zu einem besseren Verständnis der Marxschen Methode beitrugen.

Nichts wäre indes unrichtiger, als nun zu folgern, daß die GIK sich nur mit rein theoretischen Untersuchungen beschäftigte. Was die Gruppe sich theoretisch aneignete, wurde täglich praktisch angewandt. Die Tagesereignisse forderten dazu auch ständig heraus. In Frankreich wurde ab 1934 die Volksfrontpolitik erprobt, die 1936 die - sich alsbald arbeiterfeindlich zeigende - Regierung des Reformisten Leon Blum ans Ruder zu kommen half. Es waren die Jahre der spanischen Revolution, der Betriebsbesetzungen in Frankreich, Belgien und in den amerikanischen Automobilwerken, der Moskauer Prozesse, der planwirtschaftlichen Versuche Roosevelts, der aufflammenden >wilden< Streiks, des zunehmenden Verfalls der herkömmlichen Arbeiterbewegung, der rassistischen Stachanowbewegung, der internationalen Goldwährungskonferenz, des Rüstungswettlaufs zum 2. Weltkrieg. Zu all diesen Dingen nahm die GIK eine Stellung ein, dessen Kern immer wieder dieser war, daß die Führerpolitik der parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften zu bekämpfen sei und daß zur Verwirklichung einer kommunistischen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Lohnarbeit, d. h. einer Assoziation freier und

gleicher Produzenten, die Arbeiter Verwaltung und Leitung von Produktion und Distribution selbst in die Hand zu nehmen hätten; daß die Kampflosigkeit weder Volksfrontpolitik noch Planwirtschaft sei, sondern: >Alle Macht den Arbeiterräten<. So auch stand es am Kopf ihres Pressedienstes.

Nicht nur in Wohnzimmern saßen wir damals in leidenschaftlichen Diskussionen beisammen. Die >Brüder< begaben sich auch außerhalb dieser >Klostermauern< in öffentliche Versammlungen, vor die Zeitungsgebäude und Stempellokale, wo die Arbeiter ihren Widerspruch gegen die Gewerkschaftsbürokratie artikulierten oder die Frage diskutierten, ob denn die UdSSR, allen entgegengesetzten Angaben zum Trotz, noch immer ein Arbeiterstaat sei. Da bildete die Erkenntnis, daß der russische Bolschewismus mit dem proletarischen Klassenkampf und mit dem Sozialismus nie etwas zu tun hatte, einen wesentlichen Beitrag zur Aufklärung der Gehirne, die übrigens vor allem darauf gerichtet war, das Selbstdenken und die Selbsttätigkeit zu fördern, wie es von den Parteien und Gewerkschaften systematisch unterlassen wurde. Verschiedene kurzgefaßte Protokolle derartiger Debatten habe ich aufbewahrt. Sie zeigen unzweideutig den prinzipiellen Charakter dieser mündlichen Propaganda. Pannekoek hatte seine Grossmann-Kritik mit der These beschlossen, daß der Zusammenbruch des Kapitalismus die Selbstbefreiung des Proletariats bedeute, daß die Arbeiter selbst, als Masse, den Kampf zu führen hätten und sich dazu in neuen Kampfformen zurechtfinden müßten. Die Aktionsausschüsse der >wilden< Streiks boten sich der GIK als die wirklichen Ansätze zu solchen neuen Kampf- und Organisationsformen dar. Sie entstanden damals im Laufe fast aller Arbeiterkonflikte und hatten ihre eigene Geschichte. Nur ganz primitiv zuerst, bildeten sie in dem Maße, wie sich die >wilden< Streiks notwendigerweise vermehrten, immer deutlicher auf selten der Arbeiter das Mittel, mit dessen Hilfe sie sich - so wie sie es wollten, aber von ihren >Führern< vergeblich verlangten - gegen Lohnabbau oder gegen Verschlechterung des Arbeitsklimas wehren konnten. Auch wenn dies öfters ohne Erfolg geschah, so zeigten die Ausschüsse trotzdem in der Praxis Wege zu einer Machtbildung, zu der die Gewerkschaften unfähig waren. Je häufiger sie auftraten, je besser sie sich organisierten, je rücksichtsloser sie vorgingen - bei extremer Gewährleistung einer >proletarischen Demokratie von unten< - um so mehr drang ihre Wesensgleichheit mit den Räten der Revolutionszeit zum Bewußtsein durch. Die GIK verfolgte diese Entwicklung mit Aufmerksamkeit, stellte immer wieder deren Bedeutung zur Diskussion und verband dabei aufs engste diese Praxis der Werktätigen mit dem von ihr für unvermeidlich gehaltenen Aufstieg einer kommenden neuen Organisationsform der proletarischen Klasse. Ihr widmete Henk Canne Meijer Mitte der dreißiger Jahre seinen Aufsatz >Das Werden einer neuen Arbeiterbewegung¹². Die Schrift zeichnete sich von vorneherein schon dadurch aus, daß der Verfasser für die Machtlosigkeit der Arbeiterbewegung jener Zeit nicht deren Verwirrung verantwortlich machte, sondern umgekehrt die Verwirrung als die Folge ihrer Machtlosigkeit verstand. Die von ihm entwickelten Hauptlinien, namentlich jene, daß die Arbeiterbewegung der Zukunft sich durch die Selbsttätigkeit aller Angehörigen der pro-

**Demonstration linksradikaler AntifaschistInnen
unter dem Motto: "Alles für Alle - und zwar umsonst!"
Berlin Januar 2002**



letarischen Klasse von der früheren wesentlich unterscheiden und abheben würde, kehrte in verschiedenen Streikanalysen oder Kommentaren zu den täglichen Kämpfen wieder.

Die Aktivitäten der GIK umfaßten viele Bereiche. Die Gruppe organisierte - hauptsächlich an Sonntagmorgen - Kurse. Sie verbreitete, außer ihrem monatlichen Pressedienst und außer ihren unzähligen Broschüren, an einem Amsterdamer Stempelokal auch wöchentlich eine kleine, äußerst volkstümliche, von Anfang bis Ende in der Sprache der Arbeiter verfaßte Schablonenzeitung: Proletenstimmen (>Proletenstimmen<). Sie erschien über etwa zwei Jahre ununterbrochen in fortwährend steigender Auflage, wurde von einem kleinen Kern hergestellt und erweckte - nicht ohne Grund - die furchtbare Wut der Stalinisten und Reformisten, da sie mit einfacher Logik und mit glänzendem Sarkasmus die verheerenden Folgen und den arbeiterfeindlichen Charakter ihrer Politik ins Licht rückte.

Geschrieben wurde sie hauptsächlich von einem überaus geistreichen und tüchtigen Amsterdamer Genossen, der als geborener Pamphletist mühelos und treffsicher Ausdrücke oder Beispiele zu finden vermochte, die am direktesten überzeugten und im Gedächtnis blieben.

Der Genosse, von dem hier die Rede ist, war damals - fast möchte ich sagen: selbstverständlich - arbeitslos. Er widmete Proletenstimmen all seine Kraft und Zeit. Vor demselben Stempelokal, wo am Freitag das Blättchen verteilt wurde, stand er auch einen beträchtlichen Teil der anderen Tage. Er hörte den Diskussionen zu und bekam Informationen aus erster Hand, die sich direkt auf das Leben der Arbeiter bezogen. Er versäumte nicht, sie beim Schreiben dankbar zu benutzen. Nicht zuletzt diesem Umstand verdankte die bescheidene Zeitung eine große Wirkung. Sie trug nicht wenig dazu bei, die Auffassungen der GIK in weiteren Kreisen bekanntzumachen. Meiner Meinung nach trug dazu besonders eine in Proletenstimmen veröffentlichte Artikelserie unter dem Titel >Die Kampfausschüsse der wilden Streiks< bei. Es handelte sich dabei tatsächlich um eine Vermittlung von Erfahrungen in jenem Sinne, wie es der GIK immer vorschwebte. Die Anstrengungen der Genossen von Proletenstimmen waren eigentlich eine, übrigens wohl unbeabsichtigte, Antwort auf eine Frage, die ein paar Jahre früher in der Gruppe erhoben worden war. Im Sommer 1935 nämlich warfen Genossen im Haag, in Leiden und in Groningen ihren Amsterdamer Gesinnungsfreunden vor, sie hätten für das Problem der praktischen Tätigkeit keine genügend passende Lösung. In einer >Resolution< stellten sie fest, die GIK habe bislang nur Informationsarbeit geleistet. Ihre Funktion im Prozeß der revolutionären Entwicklung sei die gewesen, daß sie theoretisch, aus den Erfahrungen der vorangegangenen Revolutionen, die notwendigen Voraussetzungen künftiger Umwälzungen destilliert habe. Solange eine theoretische Neuorientierung noch das Wichtigste war, habe es bei der GIK ein Gleichgewicht gegeben. Der theoretischen Arbeit habe daher die praktische Organisation entsprochen. Aber, so fuhr jene Resolution fort, von der gesellschaftlichen Entwicklung werde jetzt >die Praxis< in den Vordergrund geschoben. Daraus ergebe sich eine Konfliktsituation, denn die Gruppe sei darauf nicht eingestellt. Sie versuche

zwar, theoretische Formeln für eine neue Arbeiterbewegung zu entwickeln (gemeint war natürlich die Canne Meijersche Schrift), verstehe aber nicht, daß die Arbeiterklasse ihre Schritte zur Praxis völlig unabhängig von den Studiengruppen machen werde. Die Verfasser der >Resolution< zogen aus ihren Feststellungen den Schluß, die GIK sei faktisch >gestorben<. Das führte dann dazu, daß die Gruppen Den Haag, Leiden¹³ und Groningen sich von der Amsterdamer Gruppe lossagten. Sie teilten zwar, schrieben sie, deren theoretische Auffassungen, könnten aber mit deren praktischen Methoden nicht übereinstimmen. Nennenswerte Konsequenzen hatte das alles kaum. Die persönlichen Beziehungen dürften sich etwas gelockert haben, dennoch wurden sie aufrecht erhalten.

Wie zuvor boten die Genossen im Haag und in Leiden die Schriften der Amsterdamer Gruppe feil. Die Amsterdamer haben wohl die Achseln gezuckt und dann mit ihrer Arbeit weitergemacht. Nur ein wenig später gaben sie mit der Herausgabe von Proletenstimmen ein Beispiel, das die in der Resolution enthaltene Kritik zunichtemachte. Die Haager Genossen taten das Ihrige es nachzuahmen. Was sie herausbrachten, konnte den Vergleich mit Proletenstimmen nicht aushalten. Es fehlten ihnen dazu nicht nur die Kräfte, sondern auch die Fähigkeiten und Kenntnisse. Damals gehörte ich zu denjenigen, die für die Resolution verantwortlich waren. Nach fast vierzig Jahren lassen sich deren Hintergründe nur schwer ins Gedächtnis zurückrufen. Ich habe eine schattenhafte Vorstellung von persönlichen Gegensätzen, die der GIK natürlich ebenso wenig wie anderen Gruppen erspart blieben. Darauf gibt es an einer gewissen Stelle der Resolution ja auch Hinweise.

Wenn ich sie heute durchlese, so mit ziemlich gemischten Gefühlen. Worauf zielten wir eigentlich, als wir die Forderung erhoben, die GIK solle sich der Praxis anpassen, welche - wie 'es von uns gesagt wurde - die Gruppe >lediglich zu formulieren wußte<? Ich befürchte - und dies mit Grund - es war uns noch ungenügend klar, daß die GIK sich zwar von der alten Arbeiterbewegung grundsätzlich unterschied, aber zu gleicher Zeit auf keinen Fall die neue Arbeiterbewegung war, noch sein konnte, da deren Entstehung nur als ein langwieriger Prozeß aufgefaßt werden konnte. Wenn es richtig war, daß die Revolutionserfahrung den Beweis erbracht hatte, die Befreiung der Arbeiterklasse könne nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, dann sollte das nicht nur so verstanden werden, daß der Sozialismus nicht von einer Partei oder von einer Gewerkschaft herbeigeführt werden konnte, sondern auch so, daß diese Befreiung ebenso wenig das Werk der GIK sein konnte. Der Vorwurf einer mangelnden revolutionären Praxis war in diesem Sinn so wenig berechtigt wie jener, daß die Gruppe sich hinter >Klostermauern< zurückziehe. Das tat sie nicht. Sie arbeitete inmitten ihrer damaligen Welt.

Was man ihr vielleicht hätte vorwerfen können: sie hielt die Entwicklung des Selbstbewußtseins der Arbeiter zu sehr für eine Voraussetzung des künftigen Klassenkampfes, statt für eine seiner Begleiterscheinungen. Das aber war eine Erwägung, die seinerzeit kaum in Betracht gezogen wurde, weder außerhalb, noch - soviel mir bekannt - innerhalb der Amsterdamer Gruppe.

Wie dem aber auch gewesen sein dürfte, die GIK hat sich jedenfalls einer >Praxis< enthalten, die darauf hinausgelaufen wäre,



Demonstration jüdischer Revolutionäre, wahrscheinlich des Bundes, in Russland am 1. Mai 1917.

**Die Losungen auf dem Transparent lauten:
Es lebe die demokratische Republik / Es lebe die nationale
Autonomie / Es lebe der internationale Sozialismus / Es lebe die
Jüdische Sozialistische Arbeiterpartei**

daß sie sich Aufgaben gestellt hätte, die von einer Gruppe nicht erfüllt werden können. Und wenn sie so verfahren wäre - ihre theoretische Leistung wäre sofort herabgesunken. Ihre Aktivität nach außen war keineswegs zu gering, wie es bestimmte Kritiker behaupteten. Im Gegenteil! Diese aber hatte mit einem Voluntarismus nichts zu tun. Wenn sie sich tatsächlich innerhalb gewisser Schranken bewegte, so nur deshalb, weil diese Schranken nun einmal zeitbestimmt vorgefunden wurden. Daran sollte erinnert werden in einer Zeit, in der es derartige Schranken noch immer gibt, viele Gruppen jedoch sich deren weniger bewußt sind, als es die GIK war, und die nach meiner Meinung gerade darin ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung von morgen hat.

Amersfoort, im März 1974

**Aus Jahrbuch Arbeiterbewegung:
Theorie und Geschichte 2 (1974)**

Anmerkungen:

1) Henk Sneevliet (1883 - 1942), Mitglied der holländischen Sozialdemokratie (SDAP) ab 1900; Gewerkschaftsführer und Publizist. Schloß sich 1912 der damaligen weiter links stehenden, 1909 gebildeten SDP an. Beteiligte sich nachher in Indonesien am Antikolonialkampf und war einer der Gründer des Indonesischen Sozialdemokratischen Vereins. Ab 1919 Bolschewist. War unter dem Namen Maring als Kominternvertreter in China tätig und war Mitgründer der chinesischen KP. Stand ab 1927 auf seiten der russischen Opposition. Gründete dann in Holland die kleine Revolutionär-Sozialistische Partei, die sich 1935 mit dem schon 1932 aus der SDAP getretenen linken Flügel der Sozialdemokratie vereinte. Hatte etwa 1937 Meinungsverschiedenheiten mit Trotzki, der ihn alsdann nicht länger als den offiziellen Vertreter des Trotzismus in Holland anerkennen wollte. Wurde am 13. April 1942 aufgrund illegaler revolutionär-sozialistischer Tätigkeit von einem Kommando der deutschen Besatzungsmacht erschossen.

2) So z. B. Gottfried Mergner (Hg.), Gruppe Internationale Kommunisten Hollands, Reinbek 1971, S. 8.

3) Otto Rühle, Die Revolution ist keine Parteisache', Berlin-Wilmersdorf 1920. Als Artikel unter dem Titel >Eine neue kommunistische Partei?<, in: Die Aktion, 17-18/1920. Neuveröffentlichung in: Dokumente der Weltrevolution, Sonderband: Die Linke gegen die Parteiherrschaft. Ötten und Breisgau 1970, S. 329 ff.

4) L. Trotzki, Soll der Faschismus wirklich siegen? Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?, Berlin-Neukölln -1932, S. 23'.

5) Neuauflage Berlin, o. J.

6) Neuauflage Berlin-Wilmersdorf 1970.

7) Neuauflage Frankfurt "1969.

8) Paul Mattick, Die Gegensätze zwischen Luxemburg und Lenin, in: Partei und Revolution, Berlin o. J., S. 152/53.

9) S. Korsch-Mattick-Fannekoek, Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus oder Revolutionärer Subjekt, Berlin 1973, S. 20-45 und 47-70.

10) Erstveröffentlichung 1929; Neuauflage: Frankfurt 1967.

11) So z. B. das ehemalige GIK-Mitglied Dr. Ben Seiles in einem Lebensbericht Canne Meijers. S. Mergner, Internationale Kommunisten, S. 209 ff.

12) Neuauflage in: Partei und Revolution, Berlin o. J.

13) Nur ein Genösse aus Leiden stimmte damals gegen die betreffende Resolution.

„Man kann durch Aufklärung, durch Erziehung, durch gute Vorträge und Diskussionen, durch noch bessere Appelle versuchen, die antisemitische Exzesse zu stoppen.

Allerdings mit ungewissem Ausgang. Wir halten es lieber mit Woody Allen, der auf diese Fragestellung antwortete: „Ich bevorzuge Baseballschläger“.



Aus dem Text

„Dammbrüche - Linksdeutscher Rückstau" vom Cafe Morgenland

**Für den kosmopolitischen
Kommunismus!**

<> gruppe.internationale.webteam <>